Montag, 29. August 1983 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 200 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6.50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kabinett drängt Begin: Die israelischen Minister wollen heute versuchen, Ministerpräsident Begin von seinen Rücktrittsabsichten abzubringen, erklärt Vize-Premier Levy. Bundeskanzler Kohl hält zunächst an Reiseplänen (ab Mittwoch) fest; endgültige Entscheidung nach „Verständigung" mit Jerusalem.

Nahost-Beratungen: Der US-Sonderbotschafter McFarlane hat zusammen mit dem israelischen Libanon-Beauftragten Lubrani mit dem Führer linker Drusen, Dschumblatt, über den zunächst verschobenen israelischen Teilrückzug konferiert.

Gromyko nach Frankreich: Der sowjetische Außenminister wird voraussichtlich auf dem Weg zur Schlußsitzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) am 7. September in Madrid einen zweitägigen Arbeitsbesuch in Paris machen.

Normalisierung in Chile: Der seit dem Putsch vor zehn Jahren geltende Ausnahmezustand ist von Präsident Pinochet aufgehoben worden. Auch wurde 1160 Exilanten die Rückkehr gestattet.

Hernu zu Tschad: Frankreich will sich nicht direkt in den „Bürgerkrieg" in Tschad verwickeln lassen, erklärt Verteidigungsminister Hernu nach seinem Besuch in N'Djamena.

Unterschiedliche Reaktion: Das Angebot des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow, die Zahl der Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 auf 162 zu verringern – was der Zahl britischer und französischer Systeme entspricht –, stößt auf unterschiedliches Echo. Reagan: Das ist, was wir erreichen wollten. NATO: Ein geschickter Schachzug. SPD: Nicht das letzte Wort. (S. 1)

Orientierungshilfen: Die katholische Kirche in der „DDR" gibt jungen Christen Orientierungshilfen zum Thema Frieden. Die Kirche vertrete „keinen absoluten Pazifismus"; sie sei der Ansicht, daß Krieg heute nur durch das Gleichgewicht der Kräfte erhalten werde, heißt es in der Zeitschrift „Begegnung".

Anschläge in Paris: Die Anarchistengruppe „Action Directe" verübte zwei Anschläge auf das Verteidigungsministerium und auf die Parteizentrale der regierenden Sozialisten. Angeblicher Grund: Protest gegen Tschad-Engagement.

Heute: Bundeskanzler Kohl im hessischen Landtagswahlkampf (Wetzlar). – Französischer Generalstabschef Lacaze besucht die Bundeswehr. – Der schweizerische Wirtschaftsminister Furgler bei Japans Regierungschef Nakasone. – Pakistans Präsident Zia ul-Haq in der Türkei. – Palästina-Konferenz in Genf wird eröffnet.

ZITAT DES TAGES



» Man wird Abschied nehmen müssen von der jahrzehntelangen Vorstellung, daß Vollbeschäftigung machbar ist. «

Stephan Koren, Präsident der österreichischen Nationalbank.
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Lambsdorff optimistisch: Die Konjunktur laufe besser als noch im Frühjahr von der Regierung erwartet, erklärt der Wirtschaftsminister bei Eröffnung der Offenbacher Ledermesse. (S. 7)

Sorgen des Außenhandels: Zweifel an angeblich zu erwartenden positiven Wirkungen des Dollar-Höhenflugs für die Exportwirtschaft, äußert der Präses der Handelskammer Hamburg, Illies.

Bedenken gegen 35 Stunden: Finanzminister Stoltenberg hat „große Bedenken" gegen die 35-Stunden-Woche. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit würde sich verschlechtern. – Loderer: IG Metall kann Streik um Wochenarbeitszeitverkürzung finanziell durchstehen.

Subventionen kürzen: DIHT-Präsident Wolff von Amerongen erinnert Bundesregierung an ihr Versprechen, die Subventionen zu kürzen. Bonn soll auch festen Termin für Steuerreform nennen.

BMW teurer: Um durchschnittlich 1,5 Prozent werden die Preisempfehlungen ab heute angehoben.

KULTUR

Exil-PEN zu Polen: Gegen die „Willkürakte" der polnischen Behörden, die Auflösung des Schriftstellerverbandes, hat der Exil-PEN-Club protestiert (S. 13).

Klett-Cotta und dtv: Beide Verlage arbeiten ab 1984 zusammen. Literarische, wissenschaftliche und Sachbuch-Titel von Klett-Cotta werden bei dtv erscheinen.

SPORT

Fußball: Fünf Vereine der Bundesliga sind bereits in der ersten Runde des deutschen Pokals ausgeschieden: Dortmund, Leverkusen, Bochum, Düsseldorf, Nürnberg. (S. 10)

Rudern: Die Weltmeisterschaften in Duisburg-Wedau begannen mit einem sicheren Vorlaufsieg von Peter-Michael Kolbe im Einer. Auch der Zweier kam eine Runde weiter.

Schwimmen: Die Schwimmer aus der Bundesrepublik bleiben hinter der „DDR" und der UdSSR die dritte Kraft in Europa. In Rom gewannen sie überraschend 15 Medaillen. (S. 11)

Schach: Erstmals wurde das Spiel zweier Großmeister original im Fernsehen übertragen. Robert Hübner und Weltmeister Anatoli Karpow (UdSSR) trennten sich remis.

AUS ALLER WELT

Beste Freunde: Die Briten halten nach einer Umfrage von Gallup die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland für ihre besten Freunde. Es folgen Frankreich und die Niederlande. (S. 14)

Überschwemmungen: Bei schweren Unwettern und nachfolgenden Überschwemmungen im französischen und spanischen Baskenland sind mindestens 28 Menschen ums Leben gekommen. Allein in Bilbao starben 19 Menschen.

Wetter: Heiter, im Süden sonnig. Zwischen 23 Grad im Norden und 28 Grad im Süden. Ab Dienstag auch im Norden wieder wärmer.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Ist Begins einsame Entscheidung endgültig? Kohl will reisen

Rücktrittsankündigung des israelischen Premiers löst Verwirrung aus

DW. Jerusalem

Mit seiner Rücktrittsankündigung hat der israelische Ministerpräsident Menachem Begin gestern innenpolitische Verwirrung und Unruhe ausgelöst. Begins Kabinettskollegen bemühten sich, den seit 1977 amtierenden Regierungschef (70) von seinem Entschluß abzubringen. Die Aussichten dafür wurden aber als sehr gering beurteilt. Der für kommenden Mittwoch angekündigte Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel wird durch die innenpolitische Situation in Jerusalem offenbar nicht gefährdet. Kohl, so hieß es in Bonn, wolle reisen, da sonst die gesamte Terminplanung seiner weiteren Nahost-Visiten durcheinanderkäme.

Seinen Ministerkollegen versprach Begin gestern, nicht vor heute vormittag zum Staatspräsidenten zu gehen, um ihm seinen Rücktritt zu melden. Ohne diesen gesetzlich vorgeschriebenen Schritt ist eine Demission nicht rechtskräftig. Und auch dann hätte Begin eine Frist von 48 Stunden, innerhalb der er den Rücktritt rückgängig machen kann. Aber in Jerusalem herrschte gestern die Einschätzung vor, Begin sei nicht der Mann, der einen einmal gefaßten Beschluß umwirft, nur weil man ihn darum bittet.

Wissenschaftsminister Professor Yuval Ne'Eman sagte vor Journalisten, als er die Regierungssitzung verließ: „Wir haben versucht, Begin zum Verbleiben zu überreden, doch bin ich überzeugt, es ist aussichtslos." Vizepremier David Levy erklärte – so der staatliche israelische Rundfunk –, der Ministerpräsident

SEITE 3:
Ein Kampf für Israel
SEITE 6:
Kohl und Leo 2

sei aus persönlichen Gründen entschlossen zurückzutreten, das Kabinett werde jedoch versuchen, Begin von seinem Entschluß abzubringen. Weitgehend wurden gesundheitliche Gründe hinter der „einsamen Entscheidung" Begins vermutet. Seit dem Tod seiner Frau im November vergangenen Jahres hat sich der 70jährige verschlossen und nach Meinung einiger ihm nahestehender Personen sogar niedergeschlagen gezeigt. Es hieß auch, Begin sei wegen der zunehmenden Probleme in Libanon, vor allem aber wegen der ständig steigenden Zahl der israelischen Todesopfer in Libanon bedrückt. Nur vereinzelt wurde die Auffassung vertreten, die Rücktrittsankündigung sei ein politischer Schachzug Begins mit dem Ziel, die auseinanderstrebenden Koalitionspartner wieder enger aneinander zu binden. Die kleine Tami-Fraktion hat angesichts der schwierigen Wirtschaftslage mit ihrem Austritt aus der Regierung gedroht. In einem solchen Fall bliebe der Rest-Koalition nur noch eine Stimme im Parlament.

Der Besuch des Kanzlers braucht nach dem israelischen Grundgesetz von einem Rücktritt des Regierungschefs nicht berührt zu werden. Begin und seine gesamte Regierung blieben mit unverminderten Vollmachten im Amt, bis ein neues Kabinett vereidigt ist.

Der israelische Staatspräsident hat weitgehende Entscheidungsmöglichkeiten. Da Präsident Herzog der oppositionellen Arbeiterpartei angehört, ist es wahrscheinlich, daß er versuchen wird, der derzeitigen Opposition in den Sattel zu helfen. Sollte es Oppositionsführer Perez gelingen, der Koalition auch nur drei Abgeordnete abspenstig zu machen, so könnte er schon eine Regierung bilden. Daher ist es wahrscheinlich, daß Begin im Falle eines Rücktritts versuchen wird, Neuwahlen anzustreben.

Andropow-Offerte: Skepsis bleibt

NATO-Kreise glauben, daß der Vorstoß aus Moskau in der Sache nicht weiterführt

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ungeachtet des freundlichen Interesses, mit dem der Westen auf neue Vorschläge Jurij Andropows zur Belebung der Genfer Mittelstreckenverhandlungen reagierte, herrscht in der NATO die Bewertung vor, der Vorstoß aus Moskau führe in der Sache nicht weiter. Einer der Hauptpunkte der Kritik: Der Kreml beharre auf der Einbeziehung der britischen und französischen Raketen. Selbst bei einer westlichen Zustimmung zu dieser Moskauer Forderung behielte die UdSSR einen großen Vorsprung bei der Zahl der Sprengköpfe, wurde argumentiert.

Andropow hatte in einem Interview der Moskauer Parteizeitung „Prawda" die sowjetische Bereitschaft erklärt, die im europäischen Teil der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen auf 162 Systeme zu verringern und alle darüber hinausreichenden – nach westlichem Erkenntnisstand rund 90 Werfer zum *Abschuß von je einer Rakete mit* je drei einzellenkbaren Sprengköpfen – zu verschrotten und nicht in den asiatischen Teil der Sowjetunion zu verlegen. Diese Bereitschaft koppelte Andropow mit der Forderung, die NATO solle ganz auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, wie sie der Doppelbeschluß vorsieht, verzichten. In einer Übersetzung der sowjetischen Botschaft in Bonn lautet die *entscheidende Passage der Äußerungen* Andropows so: „Falls eine für beide Seiten annehmbare Vereinbarung einschließlich des Verzichts der USA auf die Stationierung neuer Ra-

SEITE 2:
Likwidirowatj
SEITE 6:
Die Reaktion der USA

keten in Europa erzielt wird, würde die Sowjetunion bei der Reduzierung ihrer Mittelstreckenraketen im europäischen Teil des Landes bis auf einen der Zahl der Raketen Englands und Frankreichs gleichen Stand alle abgebauten Raketen verschrotten. In diesem Fall wäre auch eine bedeutende Anzahl der modernsten Raketen liquidiert worden, die im Westen un*ter der Bezeichnung SS 20 bekannt* sind." (Im russischen Text wird das Wort likwidirowatj benutzt, das zumeist in der Diplomatensprache mit „beseitigen" übersetzt wird, doch in der sowjetischen Innenpolitik eher die Bedeutung hat, „den Klassenfeind vernichten", die Red.)

US-Präsident Reagan begrüßte die sowjetische Bereitschaft, einen Teil der SS 20 zu verschrotten: „Das ist, was wir versuchen, von ihnen zu erreichen." Im amerikanischen Verteidigungsministerium wurde der Vorschlag Andropows als noch keine „substantielle Bewegung" gekennzeichnet. Ähnliche Reaktionen kamen auch aus den europäischen Hauptstädten der NATO.

Außenminister Genscher erinnerte daran, daß die sowjetische Führung noch 1980, als der damalige Bundeskanzler Schmidt und er in Moskau waren, der Auffassung zugestimmt hätte, die französischen und britischen Raketen seien strategische Waffen, die bei den Verhandlungen über die Mittelstreckensysteme der USA und der UdSSR nichts zu suchen hätten.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sagte deren stellvertretender Vorsitzender Ehmke, der sowjetische Vorschlag sei ein „deutlicher Schritt nach vorn", könne aber „nicht das letzte Wort in der uns alle bedrückenden Raketenfrage sein". Im NATO-

● Fortsetzung Seite 6

Jaruzelski verweigert jeden Kompromiß

Neue Kampagne gegen die „Solidarität" / Die Bischöfe zeigen sich enttäuscht

DW. Warschau

Die polnische Parteiführung bemüht sich, mit einer breit angelegten Propagandakampagne die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" in Mißkredit zu bringen. Der stürmische Disput des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski mit Arbeitern der Danziger Leninwerft, darunter auch Lech Walesa, war offensichtlich als „Schlußakkord" für „Solidarität" gedacht.

Mehr als eine Stunde brachte der Rundfunk am Samstag Auszüge von der Begegnung Rakowski und Walesa. In der Sendung waren zwar sorgfältig die meisten Zwischenrufe und der Beifall für den „Solidarität"-Führer herausgefiltert worden, aber sie ließ die „Privatperson" Walesa immerhin in Auszügen zu Wort kommen. Der Verlauf des Disputs wurde in den staatlich gelenkten Medien als Beweis dafür gewertet, daß die „Solidarität" nur „Schreier" aufbringen und daß man mit ihren Vertretern nicht reden könne. „Walesa und seine Anhänger haben wieder, und jetzt wohl zum letzten Mal, gezeigt, daß sie für uns keine Partner bei irgendwelchen Gesprächen über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung sein können", versicherte Rakowski den neuen regimetreuen Gewerkschaften in Kattowitz.

Walesa hatte in der Dabatte unter anderem gesagt, ohne Drohung sei nichts zu erreichen gewesen. „Ihr habt einfach geschlafen. Das wiederum hat in der letzten Phase unsere Angriffe auf die unfähigen gesell*schaftlichen, wirtschaftlichen und* politischen Kader hervorgerufen. Heute, nachdem ihr auf uns herumgetreten seid, statt uns zu verstehen, sind wir enttäuscht. Ihr beleidigt uns, löst alles auf und setzt gegen uns Panzer und Schlagstöcke ein. Im August 1980 hieß unsere Losung 'Sozialismus ja – Entstellungen nein'. Heute heißt unsere Losung 'Sozialismus ja – aber nein zu den Methoden und Wegen, die ihr gewählt habt'."

Partei- und Regierungschef General Jaruzelski nannte die neuen Gewerkschaften die „Erben des gesunden Teiles des Arbeiterprotests" von 1980. Allen Forderungen nach gewerkschaftlichem Pluralismus erteilte er eine scharfe Absage. Für den 31. August (Jahrestag der Vereinbarungen zwischen Regierung und „Solidarität" von 1980) hat die „Solidarität" zum Boykott der öffentlichen Verkehrsmittel und zu einem Bummel*streik aufgerufen.*

Die polnische Bischofskonferenz übte scharfe Kritik an der Warschauer Führung. Diese habe während des Papst-Besuchs die Gelegenheit zu einer „nationalen Übereinkunft versäumt".

Steuerreform: Termin gefordert

rtr, Bonn

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hat die Bundesregierung zur Einhaltung ihrer Zusage aufgefordert, die Subventionen zu kürzen. Im Süddeutschen Rundfunk sagte Wolff, er wisse sich dabei mit dem gesamten Mittelstand einig, der das „Subventionsunwesen" mit größtem Mißfallen beobachte. Mehr Subventionen bedeuteten mehr Staat und die Untergrabung der freien Marktwirtschaft.

Der DIHT-Präsident forderte die Bundesregierung auch auf, einen festen Termin für eine Steuerreform zu nennen, durch die die Spitzensteuersätze gesenkt und damit die Unternehmen entlastet würden, um die Investitionstätigkeit anzuregen. Davon sei auch eine Verstärkung des Exports abhängig.

Chile: Ende des Ausnahmezustands

AFP, Santiago de Chile

Das durch landesweite Proteste bedrängte chilenische Militärregime unter General Augusto Pinochet hat erste konkrete Schritte auf eine politische Öffnung unternommen.

Am Freitag kündigte die Regierung die Aufhebung des Ausnahmezustands an, der seit dem Putsch Pinochets am 11. September 1973 ununterbrochen in Kraft war. Das von den Oppositionsparteien geforderte Versammlungsrecht ist somit wiederhergestellt. Die Armee darf keine „Verdächtigen" mehr ohne Hinzuziehung der Justizbehörden auf unbegrenzte Zeit festhalten. Darüber hinaus kündigte die Regierung die baldige Ausarbeitung eines Parteiengesetzes an und veröffentlichte eine weitere Liste mit den Namen von 1160 Exil-Chilenen, denen die Rückkehr in ihre Heimat gestattet wird.

Manila: Kardinal rügt Marcos

DW./rtr, Manila

Der Primas der katholischen Kirche auf den Philippinen, Kardinal Jaime Sin, hat das Verhalten der Regierung im Mordfall Aquino kritisiert. Wenige Stunden nachdem er seine Teilnahme an einer Untersuchungskommission abgesagt hatte, erklärte der Kardinal, Oberhaupt von 42 Millionen Katholiken, die Regierung von Präsident Ferdinand Marcos könne sich nicht von jeglicher Mitverantwortung an dem Verbrechen freisprechen.

Die Leiche Aquinos ist am Samstag unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in seine nordphilippinische Heimatprovinz überführt worden. Nach Mitteilung der Polizei haben die Ermittlungen um Täter und Tatmotiv bislang nur wenige Fortschritte erbracht.

DER KOMMENTAR

Ende einer Ära?

HERBERT KREMP

Wenn Menachem Begin zurücktritt, wenn die bekundete Absicht nicht nur eine Drohgebärde des fintenreichen Politikers ist, wird in Israel und in der gesamten nahöstlichen Szene eine Ära enden.

Die Ära ist gekennzeichnet vom israelisch-ägyptischen Friedensschluß, der bis jetzt Anwar Sadat überlebt hat; von der Zerstörung des PLO-Hauptquartiers in Beirut, das die willkürlich definierte Politik und Macht „der Palästinenser" für die nächste Zeit undefinierbar machte; von dem israelisch-libanesischen Abkommen, das auf die Restitution des alten souveränen Libanon abzielte, an der sowjetisch inspirierten Machtpolitik Syriens jedoch scheiterte.

Begin hat also Friedens- und Sicherheitspolitik miteinander verbunden, wie es der Lage eines jungen Staates angemessen ist, der wie kein anderer auf der Erde in seiner Existenz bedroht und mit allen erdenklichen, vom konventionellen bis zum terroristischen Krieg reichenden Mitteln bekämpft wird. Die westliche Welt hatte die Gründung des zionistischen Staates und seine Verteidigung bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967 geradezu euphorisch begrüßt. Erst als mit dem Jom-Kippur-Krieg sechs Jahre später die Schatten weltweiter Konfliktrisiken die Siege überdeckten, begann der Geist des Westens zu schwanken. Die „Moral" begab sich auf die Wanderschaft zwischen den Welten.

Kein anderer hat darauf so verletzt reagiert wie Menachem Begin. Er reagierte schroff, nicht selten beleidigend auf jene Amerikaner, Europäer und auf Deutsche, die offenbar unter dem Eindruck eines weniger gesalbten als geölten Zeitgeistes nicht mehr erkennen wollten, daß die Gefahren für die Existenz Israels und der durchdringende Haß der Feinde sich nicht geändert und gewandelt hatten – nicht in der nahen Wirklichkeit, höchstens in fernen Vorstellungen und Illusionen. So erschien der Verteidiger Jerusalems am Ende in der Gestalt des Unerbittlichen, der das Stahlgewitter über Beirut in den Frieden der westlichen Fernsehgeräte schleuderte. Ein *tragischer Schluß? Nicht der erste in der Geschichte.*

Daran gemessen steht wie am Rande die Frage, ob der Bundeskanzler in zwei Tagen nach Israel reisen soll oder nicht. Seit zehn Jahren wäre Helmut Kohl der erste deutsche Regierungschef, der das Land besucht. *Diese Tatsache genießt Vorrang.* Nicht einem Amtskollegen gilt die Aufwartung, sondern dem Staate Israel.

Peking reagiert auf Andropow vorsichtig

jo/AP, Peking/Bonn

Mit unterschiedlichen Bewertungen haben Japan und Peking auf die jüngste Offerte von Staatschef Andropow reagiert, daß eventuell abzubauende SS-20-Raketen verschrottet und nicht nach Asien verlegt werden sollen. Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone bezeichnete die Rede Andropows als eine „gute Nachricht", in der er eine Chance für globale Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen sieht.

In Peking berichtete der amerikanische Senator Henry Jackson nach einem Treffen mit dem chinesischen Spitzenpolitiker Deng Xiaoping dagegen, China habe seiner Auffassung nach Vorbehalte gegen den Vorschlag. Nach amerikanischen Angaben verfügt die Sowjetunion in ihrem asiatischen Raum derzeit bereits über 108 SS-20-Raketen.

Am Samstag hatte der chinesische Außenminister Wu Xueqian bei einer Begegnung mit dem japanischen Politiker Haruo Okada auf das Angebot Andropows nach einer Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen erklärt, in den drei Hauptstreitpunkten, dem Truppenabzug aus Afghanistan, der Intervention der Vietnamesen in Kambodscha und der Truppenkonzentration an der Grenze zu China habe sich die sowjetische Haltung bislang nicht geändert.

Andropow hatte den Zustand der Beziehungen als „unnormal" bezeichnet, für die jüngste Zeit aber positive Tendenzen festgestellt und den Zeitpunkt der dritten chinesisch-sowjetischen Konsultationsrunde in Peking für den 6. Oktober angegeben.

„Kirche gegen absoluten Pazifismus"

DW. Berlin

Die katholische Kirche in Mitteldeutschland bemüht sich in wachsendem Maße darum, ihre differenzierte Position in der Diskussion um Frieden und Abrüstung verständlich *zu machen. Jugendstunden in den* Gemeinden, die dem Friedensthema gewidmet sind, hätten in jüngster Zeit großes Interesse gefunden, berichtete das Informationsbüro West, gestützt auf Berichte in der in Ost-Berlin erscheinenden Zeitschrift „Begegnung".

Katholische Priester und fachkundige Laien machen danach kein Hehl aus ihrer Auffassung, daß von der Kirche „kein absoluter Pazifismus" vertreten werde. Sie forderten auch dazu auf, die Überzeugung jener ernst zu nehmen, die der Ansicht sind, „daß der Ausbruch des Krieges heute leider nur durch das Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte verhindert werden kann". Sie halten sich damit konsequent an die Linie, die der Anfang des Jahres veröffentlichte Hirtenbrief der Bischöfe in Mitteldeutschland markiert hatte. Die moderne Kriegstechnik, so die Oberhirten, hätte zwar die Lehre vom „gerechten Krieg" in eine Krise geführt. Aber, so wurde hinzugefügt: „Wenn überhaupt, ist die Androhung von Gewalt nur dort zu rechtfertigen, wo diese überzeugend die Gerechtigkeit, die Freiheit und die Sicherheit eines Volkes gegenüber offensichtlicher Böswilligkeit verteidigt." Mit dieser Formulierung wurden auch entsprechende Forderungen des Papstes aufgenommen.

US-Verlage bleiben der Moskauer Buchmesse fern

Protest gegen Kreml-Druck auf Regimekritiker

rtr, New York

Große amerikanische Verlage planen einen Boykott der Moskauer Buchmesse im September. Eine Reihe von Verlegern begründete dies damit, sie wollten gegen die Verhaftungen und Ausweisungen sowjetischer Schriftsteller protestieren. Andere gaben jedoch als Grund an, sie würden sich an der Messe nicht beteiligen, weil es zu schwierig sei, in der Sowjetunion Bücher zu verkaufen.

1981 hatten an der Moskauer Buchmesse noch 224 amerikanische Verleger teilgenommen. In Kreisen des Verbandes amerikanischer Verleger hieß es, bislang hätten sich erst 14 Verlage angemeldet. Darunter sei nur einer der großen Verlage – Harper and Row. Bei den anderen handele es sich vor allem um Fachverlage für religiöse, technische und wissenschaftliche Texte.

Der Verlagsleiter von Random House, Robert Bernstein, der 1981 wegen seiner Unterstützung für Regimekritiker von den sowjetischen Behörden von der Messe ausgeschlossen worden war, sagte, es sei klar, daß Amerikaner sich dieses Jahr fernhielten. „Offen gesagt, ich glaube, es ist an der Zeit", sagte Bernstein. „Sie (die Sowjets) veranstalten eine Messe, um glauben zu machen, daß sie Bücher schätzen, dann schikken sie die Autoren ins Gefängnis oder ins Exil im eigenen Land oder in andere Länder." Bernstein wies auf das Schicksal Lew Kopelews hin, der jetzt in der Bundesrepublik Deutschland lebt. „Denken Sie an die Grausamkeit einer Handlung wie dieser: *Kopelew ist ein 70 Jahre alter Mann.* Er wird seine Kinder nie wiedersehen."

Bernstein und Joh MacRae – der Vorsitzende des Internationalen Ausschusses des Verlegerverbandes für Freiheit der Veröffentlichung – unterzeichneten kürzlich einen Protestbrief gegen die Moskauer Buchmesse. In dem Brief werden *100* Schriftsteller genannt, die im vergangenen Jahrzehnt entweder in die Verbannung oder ins Exil geschickt worden waren. Ferner wurden 17 Autoren aufgeführt, die ausgewiesen worden waren.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Likwidirowatj

Von Herbert Kremp

Die verhaltenen, betulichen, von allerlei innenpolitischen Rücksichten gekennzeichneten westlichen Reaktionen auf Andropows Raketen-Interview machen wieder einmal deutlich, wie leicht es der Sowjetunion gelingt, Verwirrung ins Lager des Gegners zu tragen. Während dort von einem „Schritt in die richtige Richtung" die Rede ist und der Bundesaußenminister auf „positive Faktoren" verweist, beharrt der sowjetische Führer auf seinem für den Westen lebensgefährlichen Grundkonzept: 162 hochmoderne SS 20 sollen in Europa der gleichen Zahl britischer und französischer, bestenfalls in Zukunft modernisierter Systeme gegenüberstehen – bei gleichzeitigem Verzicht auf jederart amerikanischer Nachrüstung mit modernen Gleichgewichts-Waffen.

Was also ist neu an dem mit Interview-Pomp angekündigten Andropow-Vorschlag? Auf dem entscheidenden Gebiet der Sicherheitspolitik nichts. Die effiziente amerikanische Waffentechnologie soll von Europa ferngehalten werden. Die absehbaren Folgen einer solchen Tatsache kalkuliert die sowjetische Diplomatie mit Schachspieler-Logik ein: Der waffentechnische Riß im westlichen Bündnis würde sich in kurzer Zeit zu einem bündnispolitischen ausweiten; denn was sollen die Amerikaner in Westeuropa, wenn sie per Modernisierungsverbot zur militärischen Unterlegenheit verurteilt sind? Händchen halten? Dafür ist eine Allianz zu viel oder zu wenig.

Das Reizwort Andropows, das einige westliche Politiker beeindruckt, lautet „verschrotten". Die Raketen über 162 in Europa sollten „verschrottet" werden, kämen nur keine neuen amerikanischen auf den Kontinent. Im russischen Text kommt allerdings das Wort „verschrotten" nicht vor, lediglich das Wort „likwidirowatj". Im innenpolitischen Sprachgebrauch bedeutet dieses Wort „vernichten" – das Vernichten des Klassenfeindes. Im diplomatischen Sprachgebrauch bedeutet es „beseitigen", was etwas anderes sein kann als „vernichten". So bleibt alles im Sprachnebel, der bekanntlich die Gehirne zu vernebeln vermag. Sicher ist nur eines: Moskau will die in Europa erreichte Rüstungsüberlegenheit behalten.

SPD und Friedensbewegte

Von Günther Bading

Die Mehrheit unserer Bevölkerung würde liebend gern auf die Stationierung neuer Raketen oder Marschflugkörper verzichten. Alle möglichen Meinungsumfragen – fast so zahlreich wie vor Wahlen – bestätigen das. Der Wunsch, Frieden mit möglichst wenig Waffen zu schaffen, ist verständlich. Er dürfte als Gemeingut der Parteien, der Regierung und auch der gern als „unpolitisch" eingestuften Leute auf der Straße gelten.

Für den Frieden zu sein, heißt allerdings nicht, sich auch gleich hinter jene Gruppierungen zu stellen, die sich in der Organisationsform des wohlgeordneten Chaos selber „Friedensbewegung" nennen. Nach einer vom ARD-„Bericht aus Bonn" veröffentlichten Infas-Umfrage wollen zwar nur 14 Prozent der Bevölkerung, daß Mittelstreckenraketen tatsächlich stationiert werden, falls man sich in Genf nicht einigen kann. Die restlichen 86 Prozent wollen weiterverhandeln, überhaupt auf Raketen verzichten oder sind schlicht unentschlossen. Nur neun Prozent aber wollen die „Friedensbewegung" mit ihren einseitigen Unterwerfungsforderungen aktiv unterstützen.

Noch widersprüchlicher als das Bild bei der Gesamtbevölkerung auf den ersten Blick zu sein scheint, ist das Ergebnis, *gewichtet nach Anhängern der politischen Parteien. Hier zeigt* sich bei den Sozialdemokraten Überraschendes: Nur zwölf Prozent der SPD-Anhänger lehnen die „Friedensbewegung" ab. Ein sicheres Indiz, so könnte man glauben, daß die ganz auf Integration alles Friedensbewegten gerichtete taktische Linie von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die richtige sei. Diese Vermutung wäre gerechtfertigt, läge denn nun die Zahl der Sozialdemokraten oder sozialdemokratischen Wähler bei etwa 70 bis 80 Prozent, die die „Bewegung" unterstützen möchten. Doch weit gefehlt: Ganze elf Prozent, so hat das bestimmt nicht SPD-feindliche Infas-Institut herausgefunden, der ausgewiesenen SPD-Anhänger sehen sich auch als Unterstützer der „Friedensbewegung".

Die Umfrage wird nun kaum zu drastischem Kurswechsel in der „Baracke" führen; ihre Ergebnisse werden auch nicht das praktisch feststehende „Nein" der SPD zum Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses auf dem Sonderparteitag im November in Frage stellen. Aber nachdenken sollte die SPD über diese Studie zum Thema Realitätsferne im Ollenhauer-Haus.

Geld für eine Schmäh-Firma

Von Manfred Neuber

Über der Unesco schwebt ein Damoklesschwert. Wird die Unterorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur den Streit um ihre ideologische Einäugigkeit bei der Haushaltsdebatte in Paris überleben?

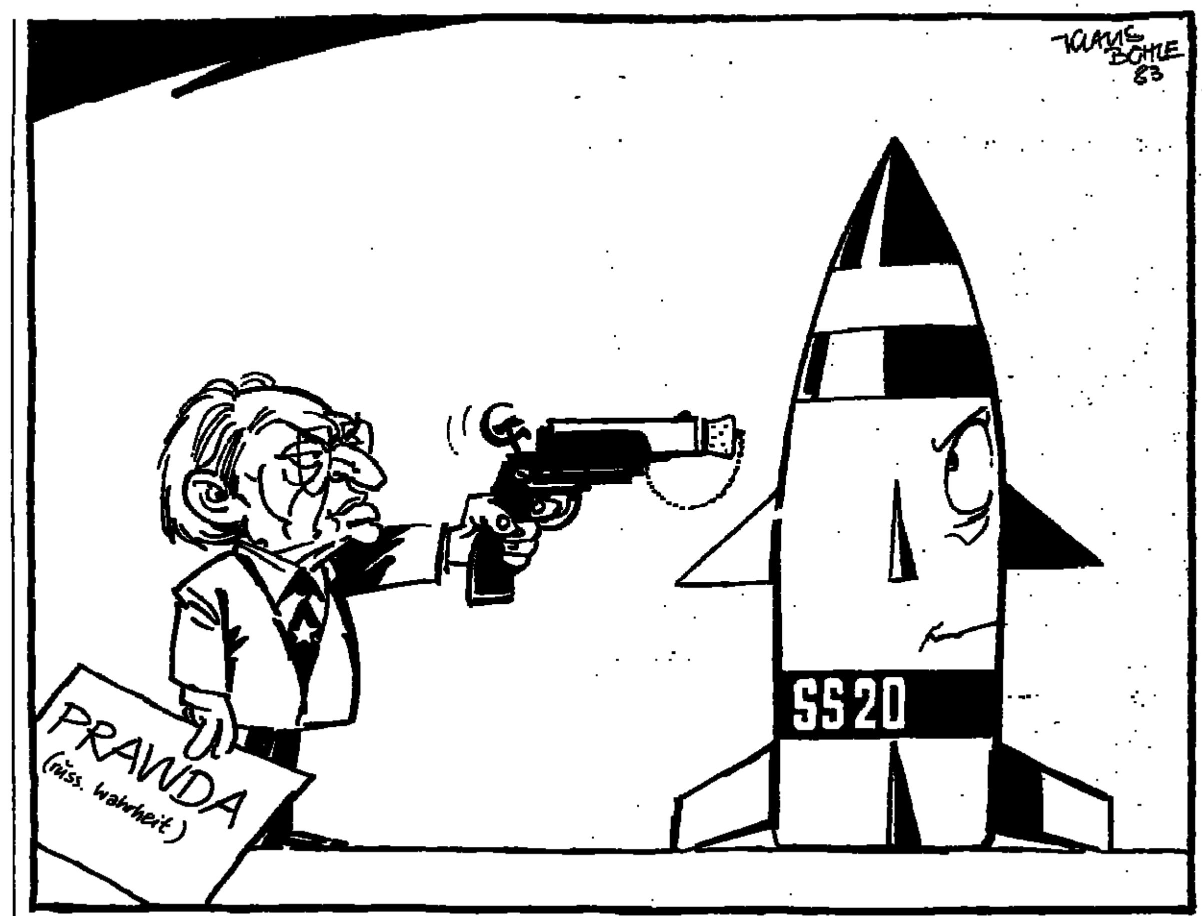
Die Vereinigten Staaten sind es jetzt leid, den Löwenanteil des Etats zu tragen und dafür von der Unesco in aller Welt als Prügelknabe benutzt zu werden. Washington prüft derzeit, ob eine Mitgliedschaft in einer so einseitig ausgerichteten Organisation noch sinnvoll ist.

Sieben andere westliche Länder, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, sollten ähnliche Überlegungen anstellen. Gemeinsam mit den Amerikanern tragen sie fast zwei Drittel des Unesco-Aufwandes, und allesamt werden sie von ihr in den Topf der „antikolonialen" Propaganda geworfen.

Dabei soll der Westen für das masochistische Privileg, auf eigene Kosten an den Pranger gestellt zu werden, künftig sogar noch tiefer in die Tasche greifen. Galt bisher der Grundsatz, alle Entscheidungen im Konsensus zu treffen, so wollen die Revolutionäre die Vorbehalte der Zahlmeister gegen eine Aufblähung des Unesco-Etats mit der Stimmenmehrheit aus der Dritten Welt einfach überrollen.

Das lassen die Amerikaner nicht mehr mit sich geschehen. Ihre Vertreter, seit kurzem quasi auf Abruf in Paris, weisen darauf hin, daß Ausgaben von 6,5 Millionen Dollar für die Jahreskonferenz der Unesco und hohe Ansätze für Programme wie „Zusammenarbeit mit den nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika", die sehr wenig mit Kultur und sehr viel mit Blutvergießen im Namen der realsozialistischen Unkultur zu tun haben, nicht unbedingt dem Wortlaut und Sinn der Satzung entsprechen.

Schlimm genug, daß eine Unterorganisation an die Charta der UNO erinnert werden muß, die eine friedliche Beilegung von Konflikten und nicht den Kampf mit Waffengewalt vorsieht. Daß andere gegen ihren Willen auch noch für die Förderung der Waffengewalt zahlen sollen, treibt die Perversion der Prinzipien der Vereinten Nationen wohl doch zu weit.



„Wir werden unsere Raketen liquidieren!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ach ja, die Startbahn West

Von Joachim Neander

Wie der Zufall so spielt – am Tag, als die Frankfurter Flughafen AG die erste Luftaufnahme mit der fast fertigen Startbahn West veröffentlichte, wurde aus Karlsruhe über die Vorbereitungen zur Revisionsverhandlung vor dem Bundesgerichtshof gegen einen gewissen Alexander Schubart berichtet.

Schubart? Wer war das noch gleich? In der Politik huschen die Bilder, wechseln die Schnitte heute fast noch rascher als im modernen Film. „Keine Startbahn West" – gestern noch das große Thema der „Bewegung", Kristallisationspunkt der deutschen Fundamentalopposition. Bis nach Friesland las man die Parolen. Heute, kaum zwei Jahre später, ein schmaler weißer Strich auf einem Foto. Kaum vorstellbar, daß für manche da einmal das Schicksal der Republik auf dem Spiel zu stehen schien. Ein zentrales, lebensentscheidendes Kopf-und-Kragen-Thema ist die Startbahn allenfalls für jenen Herrn Schubart, den Magistratsdirektor, den der demagogische Rausch einer Scheinrevolution fortriß, der sich plötzlich als Führer der „Bewegung" sah und meinte, den Staat zum großen Endkampf nötigen zu müssen.

Ein paar seiner Freunde sammeln sich gelegentlich noch am Wochenende zum „Startbahnzirkus" an der Schutzmauer. Steine fliegen, Polizei muß her. Aber von der großen, überregionalen Emotion ist keine Spur mehr. Nächtliche Sprüh-Patrouillen haben hier und da von den Mauerinschriften beim Wort „keine" sogar das „k" weggesprüht. Da ist nicht etwa plötzlich Sympathie für Beton und Luftfahrt, nur ein Zeichen, daß hier ein Thema passé ist. Wie eine leere Blechdose, der man im Vorbeigehen noch einen letzten, fröhlichen Tritt versetzt.

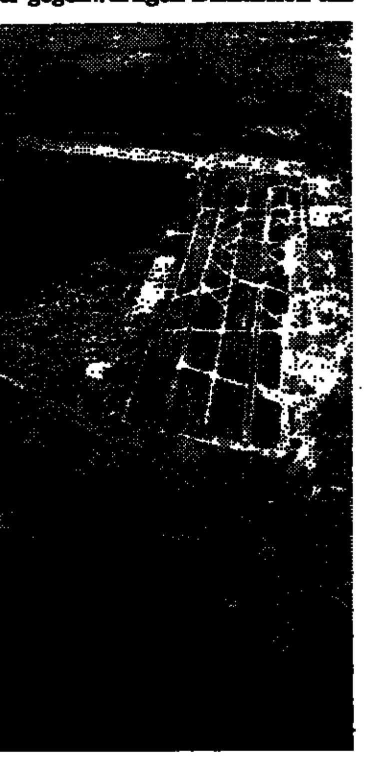
Daß das nicht nur daran liegt, daß die Startbahn West fertig, weiterer Widerstand also nutzlos ist, daß vielmehr der hektisch-fliegende Themenwechsel für die gesamte Protest- und Oppositionsbewegung geradezu charakteristisch ist, dafür ein weiteres, vielleicht noch auffälligeres Exempel.

Vor ungefähr sechs Jahren war es, da diskutierte der damalige Bundesforschungsminister Hans Matthöfer (SPD) in einem ZDF-Studio mit jungen Leuten über die Kernenergie. Er schlug sich tapfer, versuchte mit Engelszungen seinen Diskussionspartnern klarzumachen, warum die Nutzung dieser Technologien nötig und vertretbar sei. Aber er redete wie gegen eine Wand. Als Lampen und Kameras längst abgeschaltet waren, brach es irgendwann aus dem fast verzweifelnden Minister heraus: „Warum hackt ihr auf der friedlichen Nutzung der Atomenergie herum, warum spricht keiner von euch von den Atomwaffen, die seit Jahren hier lagern?"

Aber sie lachten nur. Einer rief: „Typisches Ablenkungsmanöver!" Wie gesagt: vor ungefähr sechs Jahren.

Der rasche Wechsel der Themen und der Anlässe, der fast völlige Verzicht auf verbale, geschweige denn inhaltliche Kontinuitäten (es sei denn beim Demonstrationsrecht allgemein), ist von der „Bewegung" offenbar gewollt; er wird nicht als Mangel empfunden. Er verschafft den Aktionen stets aufs neue das nötige Stimulans, die dramatische Endzeitstimmung der scheinbar sich überschlagenden Entwicklungen: der Mensch, umringt von einem Wettlauf der Katastrophen.

Nur so ist zu verstehen, daß es in der gegenwärtigen Diskussion um die Nachrüstung praktisch nie den ernsthaften Versuch gab, etwa an die große Wiederbewaffnungsdebatte der frühen fünfziger Jahre anzuknüpfen. Dies würde ja die dramatische Einmaligkeit der heutigen Bedrohung schmälern.


Ganz links oben, der kleine Streifen: Der Grund für all die Aufregung FOTO: DIE WELT (Freigabe-Nr. 1126/83)

Dabei wäre es doch interessant, daran zu erinnern, daß der erste deutsche Politiker, der nach 1945 öffentlich den Gedanken an eine Verteidigung des Westens im Rahmen einer integrierten, supranationalen Streitmacht inklusive der Deutschen aussprach, der Sozialdemokrat Carlo Schmid war (in einem Beitrag für die WELT vom 14. Dezember 1948). Oder, daß die US-Streitkräfte wenige Jahre später die erste Kanone auf deutschem Boden, die Atomgranaten abfeuern konnten, im Rahmen einer feierlichen Pressekonferenz vorstellten, und doch keine Bewegung darob in Bewegung geriet.

Solche Rückgriffe würden der Diskussion heute guttun, sie versachlichen, Denkhinweise geben. In jedem anderen Land wären sie wohl selbstverständlich. Hierzulande verzichtet man auf sie.

Selbstverständlich entspricht dem fliegenden Wechsel der Themen und Parolen die Realität einer sich rapide verändernden Welt. Begriffe und Ideen wechseln die Bedeutung, Fronten verschieben sich, Tabus sinken dahin, neue werden aufgerichtet. Aber gerade deswegen könnte es sein, daß eine wachsende Zahl von Menschen sich insgeheim mehr politische Kontinuität wünscht, mehr Durchhaltevermögen auch über ungünstige Umfragen und „Spiegel"-Hüftschüsse hinweg.

Wie also wäre es, wenn man die „Bewegten" eisern an ihren eigenen Themen festhielte? Wenn man all die Schnellmarxisten der siebziger Jahre, die heute über das Waldsterben jammern und so tun, als hätten sie statt Marx schon immer Adalbert Stifter studiert, dazu zwingen würde, nun auch den realen Bankrott des realen Sozialismus allüberall zur Kenntnis zu nehmen? Oder wenn man den Resolutionsunterschreibern des Jahres 1983 laut vorlesen würde, was sie 1973 alles unterschrieben haben?

Es könnte am Ende sein, daß Stetigkeit auch beim Wähler mehr zählt als Fixigkeit. Vielleicht ist sogar beim Mutterschaftsgeld inzwischen nicht mehr die Höhe das Wichtigste, sondern wie lange die Erklärungen darüber gelten.

IM GESPRÄCH Guion Bluford

„Versagers" Raketenaufstieg

Von Wolfgang Will

Er wirkt jungenhaft, trotz seiner 40 Jahre und seines ergrauenden schwarzen Wuschelkopfes. In der Oberschule riet ihm ein Lehrer, sich einen „Job" zu suchen, denn fürs College sei er wohl wenig geeignet. Dieser Lehrer sollte nicht der einzige bleiben, der sich in Guion Bluford täuschte. Denn dieser entschlossene junge Mann erwies sich als brillant: Am Technischen Institut der US-Luftwaffe, das von 25 000 Bewerbern jährlich nur 300 akzeptiert, war er unter den 10 Prozent der Besten seiner Abschlußklasse, an der Pennsylvania-Universität schrieb er seine Doktorarbeit und zeichnete sich durch seine speziellen Laser-Kenntnisse aus, bei mehr als einhundert Kampfeinsätzen im Vietnam-Krieg zeichnete er sich durch Tapferkeit und Umsicht aus. Jetzt, in der Nacht von Montag auf Dienstag, startet er als erster farbiger Astronaut Amerikas mit dem Raumflugzeug „Challenger".

Er traf in der Stunde am Start-Kap, aus Houston kommend, ein, da sich in Washington Hunderttausende zur Wiederkehr des großen Martin-Luther-Gedächtnismarsches versammelten. „Mein Vater noch hatte es schwer", spielte Guion Bluford auf Vergangenheit und Gegenwart und Bürgerrechtsbewegungen an, „aber wird sind vorangekommen: Luftwaffe und Nasa haben mir, gleichberechtigt, jede Chance eingeräumt, und ich habe sie genutzt."

Bluford, verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von 18 und 19 Jahren, geht mit vier Nasa-Kameraden auf eine Weltraum-Mission, die nachts beginnt – erster Nachtstart eines Raumflugzeuges – und die nach 145 Stunden und zehn Minuten mit einer Nachtlandung in Kalifornien endet.


Erster schwarzer Astronaut: Bluford FOTO: EDMONDON/STUDIO X

Drei Hauptaufgaben sind den „Challenger"-Astronauten für diese achte Raumflugzeug-Mission gegeben worden:

1. Sie müssen für Indien einen Nachrichtensatelliten starten. Er macht den spektakulären Nachtstart erforderlich, weil er andernfalls nicht auf die ihm zugedachte Position befördert werden könnte.
2. Der in Kanada gebaute Kranarm wird seiner stärksten Belastungsprobe unterzogen. Bluford und Gardner, die für die Manöver verantwortlich sind, dürfen dabei nicht aus den Fenstern schauen, sondern den Kranarm nur nach Bildschirm dirigieren.
3. Der Nachrichtensatellit „Tiedress", der nach dem Start im April zunächst eine falsche Bahn erreichte, die inzwischen korrigiert werden konnte, muß erprobt werden. Erfüllt der Satellit nicht die in ihn gestellten Erwartungen, muß der für Ende Oktober geplante „Spacelab"-Start mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold unter Umständen verschoben werden. (SAD)

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Unter dem Titel „Andropows Geschicklichkeit" schreibt die linksgerichtete Tageszeitung zu dessen jüngsten Abrüstungsvorschlägen:

Andropow hat erneut seine Geschicklichkeit im Manövrieren unter Beweis gestellt. Ohne Zweifel wird der von ihm benutzte Begriff der „Vernichtung" der SS 20 seine Wirkung auf die westliche Friedensbewegung, insbesondere die deutsche, ausüben, selbst wenn die Zahl der SS 20, die weiterhin auf Westeuropa gerichtet bleiben, mit 162 genau den vorherigen sowjetischen Vorschlägen entspricht. Dieser Status quo bietet einen doppelten diplomatischen Vorteil: Der Druck zur Einbeziehung der französischen und britischen Atomarsenale in die Genfer Verhandlungen wird verstärkt, gleichzeitig wird Japan Rechnung getragen, das nicht unzufrieden wäre, wenn heutige oder künftige SS 20 aus dem asiatischen Teil der Sowjetunion verschwänden ... Außerdem setzt Andropow seine „Öffnung" gegenüber China fort, dessen „Nuklearpotential" er anerkennt und das er auffordert, einen „bedeutenden Beitrag" zur Beendigung des Wettrüstens zu liefern. So wird auf spektakuläre Weise die dritte Runde der chinesisch-sowjetischen Konsultationen eingeleitet, die am kommenden 6. Oktober in Peking beginnen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung beleuchtet die Reaktion in Tschad auf die Erklärungen von Präsident Mitterrand:

Habre ist schlau, das wußte man seit langem. Er hat den Text von François Mitterrand gelesen und nur das herausgesucht, was ihm gefiel, während er in keiner Weise berücksichtigte, was ihn schon beim ersten Lesen hochgehen ließ. Paris wollte ihm eine Falle stellen, indem es den militärischen Schutz gegen die Einwilligung in Verhandlungen mit Goukouni (also mit Khadhafi) eintauschte. Also eine Teilung, wenn nicht Tschads, so doch der Macht. Habre akzeptiert den militärischen Schutz, dankt von ganzem Herzen und überhört den zweiten Teil des Vertrages. Gestern haben wir Habre ein Messer an die Gurgel gesetzt und ihm gesagt: Man muß verhandeln oder ... Heute sind wir in der Klemme, denn wir haben uns verpflichtet, ihn zu unterstützen, und er verpflichtete sich zu nichts.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt schreibt zum Attentat in Berlin:

Bitterkeit muß heute das Gefühl der französischen Regierung angesichts der Häufung der terroristischen Attentate sein, die ihr Volk oder ihre Gastgeber im Ausland im Namen eines angeblichen „armenischen" Interesses treffen ... Auch die Reaktion eines Teils der Öffentlichkeit auf der anderen Seite des Rheins besteht aus Bitterkeit. Dies ist sehr verständlich bei denen, die sich seit Jahren die Mittel gegeben haben, um den eigenen Terrorismus zu bekämpfen, und die die langdauernde Schwäche der Nachbarregierung beobachteten.

The Daily Telegraph

Im Londoner Blatt heißt es zur Situation in Polen:

Zur Verteidigung des Generals kann man sagen, daß er die Russen herausgehalten hat, denn eine Intervention hätte katastrophale Konsequenzen für das polnische Volk gehabt. Es ist zu früh, die „Solidarität" als eine verbrauchte Kraft abzutun. Es bedarf nur eines Funkens, um die Proteste wieder aufflackern zu lassen. Die polnischen Machthaber sind sich dessen nur zu bewußt.

Die Anspruchsgesellschaft – Adam Riese schlägt zurück

Von Albrecht bis Schmölders melden sich die ersten Mahner / Von Heinz Pentzlin

Als „Diskussionsgrundlage" werden die zehn Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das „Albrecht-Papier", bezeichnet. Der CDU-Abgeordnete Haimo George nannte seine Vorschläge für Änderungen in der Tarif- und Sozialpolitik „Denkanstöße". Als Sprengsatz zur Auflösung der sozial-liberalen Koalition hatten im vergangenen Herbst die Darlegungen des Wirtschaftsministers, das „Lambsdorff-Papier", gewirkt.

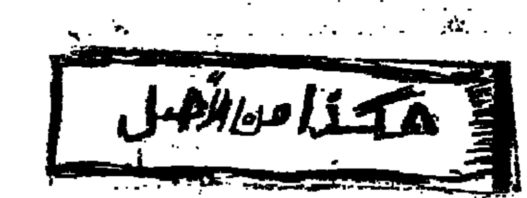
Alle diese drei Papiere haben, bei Unterschieden im einzelnen, Grundlegendes gemeinsam: Sie stellen Thesen auf, deren Verwirklichung tiefeingreifende Veränderung des gegenwärtig bestehenden Wirtschafts- und Sozialsystems bringen könnte. Die Gegenthese der Kritiker lautet deshalb, daß damit auch das Fortbestehen alles dessen – oder zumindestens vieles von dem – was bisher in der Sozialpolitik erreicht ist, gefährdet sei. Sie sehen nicht oder wollen es nicht anerkennen, daß Lambsdorff, George, Albrecht sowie alle, die ähnliche Thesen vertreten, gerade von der Sorge um die Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Standes sozialer Leistungen und Sicherungen getrieben sind; daß sie aber wissen: Nur hohe Leistungen der Wirtschaft ermöglichen hohe soziale Leistungen. Die Leistungen der Wirtschaft aber können nur erhalten und gesteigert werden, wenn eine Kursänderung herbeigeführt wird.

In der Tat sind den Unternehmen zu hohe Steuerlasten und soziale Lasten aufgebürdet worden; ihnen ist außerdem durch die staatliche Schuldenpolitik der Zugang zum Kapitalmarkt erschwert und verteuert worden, so daß ihre Ertragskraft geschmälert wurde. Viele wurden dadurch in Konkurs getrieben, fast alle anderen haben ihre Investitionen einschränken müssen. Die Folge dieser Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit, die neue soziale Lasten schafft. Damit wird eine gefährliche Spirale in Bewegung gesetzt, mit der für die Wirtschaft laufend neue Belastungen und mehr Arbeitslosigkeit geschaffen wird.

Diese Entwicklung hat sich nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eingestellt. In vielen Ländern hat der wirtschaftliche Aufschwung in den ersten zweieinhalb Jahrzehnten nach dem Weltkrieg dazu verführt, die Ansprüche auf die Leistungen ohne jeden Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern. Jeder, auch schon ein verhältnismäßig geringer, wirtschaftlicher Rückschlag mußte verhängnisvolle Wirkungen auslösen, weil er die Spirale in Bewegung setzte, die mit größeren Sozialleistungen zu höheren Belastungen führt. Wir erleben jetzt, wie allenthalben versucht wird, die Spirale anzuhalten und zurückzudrehen. Die Erfolge, die dabei erzielt werden, sind – man sehe etwa auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten – sehr unterschiedlich.

Wie die in den letzten Jahrzehnten praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine Sackgasse geführt hat, zeigt – mit einer erschreckenden Deutlichkeit – der bekannte Finanzwissenschaftler Professor Günter Schmölders in seinem jetzt erschienenen Werk „Der Wohlfahrtsstaat am Ende – Adam Riese schlägt zurück" (Wirtschaftsverlag Langen-Müller/-Herbig, München, 283 Seiten). Er stellt fest: „Der Wohlfahrtsstaat hat durch seine unsolide Finanzierung sein eigenes Ende herbeigeführt. Mag der formale Staatsbankrott noch auf sich warten lassen, das Ende des Wohlfahrtsstaates ist einfach da." Schmölders zeigt, wie nach „finanzpolitischem Mehrzweck-Interventionismus" und „Expansion der Staatsquote" nur noch die „Zuflucht zum Schuldenmachen" übrigblieb, wie der Staatsbürger überfordert worden ist und „der Marsch in die ‚Schattenwirtschaft' eingesetzt hat". Je höher die Arbeitslosigkeit, um so selbstverständlicher, so führt er aus, „wird der naheliegende Ausstieg in Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft, der den Betroffenen zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung den bisherigen Lebensstandard gewährleistet, freilich zugleich den Willen lähmt, aus eigener Initiative wieder eine ‚geregelte' Arbeit aufzunehmen". Die „Quittung" für den Marsch in den Wohlfahrtsstaat ist das „Ende der Vollbeschäftigung".

Schmölders neigt aufgrund seiner Lebenserfahrung und seines geschichtlichen Wissens keinem Pessimismus zu und kündet keine Katastrophe an. Er glaubt: „Wie sich bei Arnold Toynbee im Lauf der Weltgeschichte aufsteigende Kulturen anderen überlagern und absinkende in sich aufnehmen, so gibt es auch in der Weltwirtschaft Aufstieg und Verfall; in das durch den Bankrott des Wohlfahrtsstaates entstandene Vakuum dringt, wie nach einem Naturgesetz, eine jüngere und vitalere, noch nicht vom süßen Gift der ‚Wohlfahrt' angekränkelte Volkswirtschaft ein." Bisher zeigen sich freilich erst die Vorboten, die nach Freiraum für mehr wirtschaftliche Vitalität rufen.



1977 wurde Menachem Begin zum israelischen Regierungschef gewählt – Gestern kündigte er seinen Rücktritt an

Menachem Begin – ein Kampf für den Staat Israel

Von R. SELIGMANN

Wer ist Menachem Begin? Die Frage mag auf den ersten Blick absurd erscheinen. Über wenige Politiker ist in den letzten Jahren mehr geschrieben worden als über Israels Premier. Die meisten „Begin-Portäts“ indessen werden von Klischees bestimmt, die wenig über den Menschen und Politiker aussagen, der sich dahinter verbirgt. Den einen gilt er als Staatsmann und Ehrenmann. Den anderen als alttestamentarischer (gewiß kein besseres, jedoch den Schreiber entlarvendes Wort für Jude) Eiferer, Terrorist und Faschist.

Aufschlußreich erscheint es zunächst wahrzunehmen, wie Menachem Begin sich selbst kennzeichnet: „Ein aufrechter Jude.“ Kein in Israel geborener Jude käme auf die Idee, sich als „aufrechter Jude“ zu bezeichnen – das Judentum wird hier zur Selbstverständlichkeit.

Die Selbstetikettierung „aufrechter Jude“ macht einen entscheidenden Zug im Wesen des Menschen und damit auch des Politikers Menachem Begin deutlich: die Diaspora, die damit verbundenen Leiden der Juden und deren notgedrungene Konzentration auf geistige, religiöse und nicht selten auch mystische Ebenen. Um die Jahrhundertwende, als die *Ideen der Aufklärung und des Natio*nalismus allmählich auch unter den Juden im Herrschaftsbereich des Zaren Fuß zu fassen begannen, kam der Stolz hinzu, dem jüdischen Volk – nicht nur der Religionsgemeinschaft – anzugehören.

Es kommt nicht von ungefähr, daß der Begründer des modernen jüdischen Nationalismus, also des politi*schen Zionismus, der Wiener Feuille*tonist Theodor Herzl, die meisten Anhänger nicht unter seinesgleichen, den emanzipierten, vermeintlich von der Gesellschaft akzeptierten Juden Mittel- und Westeuropas, sondern bei den diskriminierten, der Religion verbundenen Juden Osteuropas fand. Ein inniger Anhänger der Ideen Herzls war auch der Sekretär der *jüdischen Gemeinschaft* im Städtchen Brest-Litowsk, Seew Dow Begin. So nannte er seinen Erstgeborenen Herzl. Seew Begin war arm, so konzentrierte er sich darauf, seinen drei Kindern geistige Werte zu vermitteln: Aufrichtigkeit, Stolz auf ihr Judentum – worunter er religiöse und nationale Werte subsumierte – und weltliche Bildung.

Sein *dritter* Sohn Menachem (hebräisch: der Tröster) sollte sich sein Leben lang an diesen Werten orientieren. Sie halfen ihm, seine langjährige Rolle als Diskriminierter, zunächst in Polen als Jude, später in Palästina als Untergrundkämpfer und schließlich im sozialistisch geprägten Israel des David Ben Gurion, als politischer Außenseiter zu verstehen. *Ebenso mag ihm dabei die* von seiner Mutter Hasia erworbene, schier unendliche Geduld zugute gekommen sein.

Die Außenseiterrolle und die ständige Benachteiligung als Jude wird den zartgebauten Jungen mit dem sensiblen Mund und den dicken Augengläsern gewiß belastet haben. Er fand jedoch bald ein Feld, sich zu *entfalten – die jüdische Öffentlich*keit. Mit 13 hielt er seine erste kleine Ansprache in der jüdischen Gemeinde. Er wurde sofort als Redetalent gefeiert, wenig später trat er der Jugendorganisation Betar bei.

Betar war ein Kind von Wladimir Jabotinsky, der im Ersten Weltkrieg die Aufstellung der „Jüdischen Legion“ initiiert hatte, die an der Seite der Engländer an der Eroberung Palästinas mitwirkte. Sie war nach fast 2000 Jahren die erste jüdische Truppe.

Die zunehmenden Spannungen und Konflikte zwischen Juden und Arabern in Palästina nach 1918 überzeugten Jabotinsky von der Notwendigkeit einer Revision des romantischen Zionismus von Theodor Herzl, der im Zusammenleben zwischen Juden und Arabern kein Problem vorausgesehen hatte. Jabotinsky dagegen behauptete, ein jüdischer Staat in Palästina könne nur entstehen, wenn die jüdische Gemeinschaft auch physisch in der Lage sei, ihre Existenz zu sichern. Nur so werde schließlich auch eine Übereinkunft mit den Arabern zu erzielen sein. Obgleich den Führern des Jischuw (der jüdischen Gemeinschaft von Palästina) im Laufe der zwanziger Jahre zunehmend bewußt wurde, daß Jabotinsky in diesem Punkt recht hatte, lehnten sie seine Vorstellungen aus taktischen Erwägungen, vor allem aus Rücksicht gegenüber der Weltmeinung, ab. Jabotinsky blieb in Jischuw ein Außenseiter.

Anders bei den Juden Osteuropas. Seine wehrhafte Einstellung, seine hervorragende Rednergabe sowie seine brillanten Artikel schufen ihm hier viele begeisterte Anhänger, einer davon der junge Menachem Begin. Seine Karriere in Betar war beispiellos. Er galt bald als der Beliebteste und Redegewandteste in diesem Jugendbund in Polen. In dieser für Begin – objektiv – so erfolgreichen Lebensphase zeigte sich jedoch ein tragisches Phänomen, das ihn seither stets, und wohl bis an sein Lebensende, begleiten wird: Zurückweisung durch einen Teil der jüdischen Gemeinschaft, deren Wohlfahrt er sich von frühester Jugend an verschrieben hatte.

Obgleich Begin sich unermüdlich für die Belange des Betar einsetzte und seinen „Lehrer“ Jabotinsky grenzenlos bewunderte, stieß er bei diesem auf erhebliche Reserven.

Der Aufstieg Begins an die Spitze des Betar in Polen war dennoch unaufhaltsam. Mit 26 wurde er 1939 Chef des Betar in seinem Heimatland. Einen anderen Wesenszug, der ihn bis heute prägt, erwarb Begin in den Jahren zuvor. An der Universität Warschau absolvierte er ein Jurastudium. Dies erklärt Begins Vorliebe für formalisierte Handlungsabläufe und genau festgelegte Abkommen, die raschen Verhandlungsergebnissen oftmals entgegenstehen.

Ehe Begin seinen Beruf ausüben oder den Betar nach seinen Vorstellungen formen konnte, brach der Zweite Weltkrieg aus. Begin floh nach Litauen und fiel im folgenden Jahr den Sowjets, die das Land besetzten, in die Hände. Er wurde wegen seiner zionistischen Aktivitäten zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt und nach Sibirien verbannt. Entsprechend dem Übereinkommen Moskaus mit der Exilregierung General Sikorskis wurde er zwei Jahre später in die polnische Exilarmee integriert, die auf seiten der britischen Streitkräfte kämpfte, und nach Palästina versetzt. In der Zwischenzeit waren seine Eltern und sein Bruder Herzl von Einsatzgruppen der SS ermordet worden.

Der Holocaust hinterließ tiefe Narben in seiner Psyche. Er konnte den Nazis die Ermordung seines Volkes nicht verzeihen. Ebenso wenig den Briten, die sich im Kampf mit Hitler befanden, ihre Weigerung, den bedrängten Juden zumindest in ihrer angestammten Heimat Palästina Zuflucht zu gewähren.

Kaum in Palästina schloß er sich der Ezel (hebräischer Akronymos für Irgun Zwai Leumi: Nationale Befreiungsarmee) an. Das Prestige, das Begin sich als Chef des Betar in Polen erworben hatte, sowie seine unbeugsame Persönlichkeit prädestinierte ihn zum Führer dieser Untergrundtruppe. Diese war indessen, im Herbst 1943, kaum mehr als ein desolater Zusammenschluß von antibritischen Aktivisten, Heißspornen und Betar-Anhängern. Innerhalb weniger Monate formte Begin aus diesem Haufen eine gut funktionierende Untergrundbewegung. Dem Drängen seiner *Männer zum sofortigen Los*schlagen widersetzte er sich jedoch vehement. Der Jurist Begin forderte einen korrekten Handlungsablauf: Zunächst stellte er den Briten ein Ultimatum, die Einwanderung von Juden nach Palästina zu gestatten – als dieses ohne Ergebnis verstrich, erklärte die Irgun, damals weniger als tausend Mann, der britischen Ar*mee in Palästina formell den Krieg.*

Den Soldaten Seiner Majestät verging bald das Lachen über diesen vermeintlichen Scherz. Der Untergrundkampf der Irgun war so erfolgreich, daß den Briten bald Hören und Sehen verging. Begin und seine Truppe als Terroristen zu bezeichnen, zeugt indessen von Ignoranz. Die Ezel beschränkte ihre Angriffe stets auf militärische Ziele. Das King David Hotel, das die Irgun nach einer Vorwarnung in die Luft jagte, war das Hauptquartier der britischen Besatzungsarmee. Begin selbst hatte keine militärische Funktion und keinen Rang in der streng hierarchisch gegliederten Ezel. Er kann eher als ideologische Leitfigur und „Vater der Truppe“ gelten – mit seinen gut 30 Jahren war er tatsächlich einer der Ältesten im Irgun.

Kühle und Härte bewies Begin, als die *Hagana (hebräisch: Verteidigung* – die Untergrundarmee, die von den Sozialdemokraten dominiert wurde) auf Anweisung Ben Gurions an die Briten Quartiere und Personen der Ezel verriet. Damit sollte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die unliebsame Konkurrenz ausgeschaltet – und die öffentliche Meinung in Großbritannien und den Vereinigten Staaten positiv gestimmt werden. Der Chef des Ezel verbot jedoch jeden Gedanken an Vergeltung, mit dem mancher seiner Leute spielte.

Er blieb bei dieser Haltung auch, als die Briten schließlich im Mai 1948 Palästina verließen und Ben Gurion kurz darauf ein Schiff der Irgun, das Freiwillige und Munition für den Unabhängigkeitskrieg nach Israel transportierte, vor dem Strand von Tel Aviv zusammenschießen ließ. Obgleich Dutzende junger Menschen starben oder verwundet wurden, lehnte Begin, der sich auch auf dem Schiff befunden hatte, jegliche Gegenwehr ab. Im Staat der Juden dürfe es nie zu einem Bruderkrieg kommen, erklärte er unter Tränen in einer Rundfunk-Rede unmittelbar danach. Die Ezel wurde ohne Gegenwehr aufgelöst, ihre mittlerweile 3000 Kämpfer in die neue Armee unter Verteidigungsminister Ben Gurion integriert.

Begin gründete mit seinen Anhängern die Herut (Freiheit) Partei, die bei den ersten Wahlen 1949 nur drittstärkste Partei Israels wurde. Ben Gurion, der Begin haßte, versuchte weiterhin, Begin und seine Partei aus dem politischen System zu drängen. Er lehnte jede Koalition mit der Herut ab, weigerte sich, mit Begin zu reden und verglich ihn nicht selten mit Hitler.

Jahrelang gelang es Ben Gurion tatsächlich, die Herut und Begin zu „Outsidern“ zu machen. Aber gerade damit trug er zu ihrem späteren Triumph bei. Denn die Herut fand immer stärkeren Zulauf unter den Zukurzgekommenen im jüdischen Staat. Vor allem bei den Einwanderern aus den arabischen Ländern, die mit dem hebräischen Sozialismus wenig anzufangen wußten. Durch sein rhetorisches Talent, vor allem aber durch seine Gabe, sich allgemeinverständlich auszudrücken, leistete Begin einen entscheidenden Beitrag, daß die Herut von Wahl zu Wahl ihren Stimmenanteil vergrößern konnte.

Der Durchbruch gelang Begin allerdings erst 19 Jahre nach der Staatsgründung am Vorabend des sechs-Tage-Krieges 1967. Als das ganze Land in Kriegsangst nach einem Regierungschef mit Autorität rief, schlug Begin seinen Widersacher Ben Gurion für dieses Amt vor. Die Arbeiterpartei indessen sperrte sich dagegen, Begin gelang es jedoch zumindest, Ben Gurions Anhänger Moshe Dayan als Verteidigungsminister durchzusetzen. Er selbst begnügte sich im Koalitionskabinett der Nationalen Einheit mit dem Rang eines Ministers ohne Geschäftsbereich. Das Tabu war gebrochen, Begin galt bald im Kabinett und in der Bevölkerung als der nach Golda Meir populärste Politiker. Dennoch sollte es nach dem Auszug der Herut aus der Regierungskoalition 1970 noch sieben Jahre dauern, ehe der Likud (das Bündnis aus Herut und Liberalen) stärkste Partei – und Begin damit Premierminister wurde.

Daß Begin nicht nur Autorität im eigenen Land, sondern auch in der arabischen Welt besaß, unterstrich der ägyptische Präsident Anwar Sadat, als er nur wenige Monate nach Begins Amtseinführung nach Jerusalem reiste und damit den Friedensprozeß von Camp David einleitete. Begin wiederum bewies, daß das Klischee, er sei unnachgiebig, falsch war. Israel zog sich im Gegenzug für die Zusage des Friedens vollständig aus der Sinai-Halbinsel zurück.

Menachem Begin ist kein Hasser. Er hat bewiesen, daß er weder seine eigenen Landsleute, noch die Briten und schon gar nicht die Araber haßt – auch nicht die Deutschen, wie ihm vielfach unterstellt wird.

Sein Verhältnis zu den Deutschen blieb jedoch gespannt. Dazu mag nicht zuletzt das Verhalten des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt beigetragen haben, der sich jahrelang weigerte, Israel zu besuchen und Saudi-Arabien zumindest hoffen ließ, den modernen deutschen Kampfpanzer vom Typ Leopard-2 geliefert zu bekommen.

Aber Menachem Begin bewies auch, daß er zur Aussöhnung mit den Deutschen bereit ist. So zögerte er nicht, die Einladung zu einem offiziellen Besuch des deutschen Bundeskanzlers nach Israel gegenüber Helmut Kohl zu erneuern. Von dem Treffen mit Helmut Kohl, der der deutschen Nachkriegsgeneration angehört, versprachen sich alle, die Menachem Begin kannten, eine entscheidende Verbesserung in seinem Verhältnis zu den Deutschen und damit auch einen Beitrag zur Aussöhnung zwischen beiden Völkern.

Was hat Menachem Begin veranlaßt, seinen Rücktritt zu erwägen beziehungsweise zu vollziehen? Menachem Begin hat in den letzten Jahren eine Reihe von Schicksalsschlägen hinnehmen müssen, die ihn gewiß an den Rand seines psychischen Durchhaltevermögens gebracht haben. Dazu gehört auch die Aktion in Libanon, die als relativ kurzfristige militärische Operation zur Zerstörung der Infrastruktur der PLO angelegt war, sich nun aber über ein Jahr hinzieht *und über 500 tote israelische Solda*ten und Tausende Verwundete gefordert hat. Andere Schicksalsschläge waren der Tod seiner Frau, die Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar Sadat, mit dem er den historischen Friedensvertrag von Camp David unterzeichnete, und des designierten libanesischen Staatspräsidenten Beschir Gemayel, der zum *Frieden mit* Israel *entschlossen* war. Dies alles mag Begin zum Rücktritt vom Amt des Premierministers gebracht haben. Zerbrochen ist er jedoch nicht. Dabei mögen ihm seine Religiosität und sein Selbstbewußtsein als „aufrechter Jude“ geholfen haben.



Persönliche Schicksalsschläge und wachsende Opposition gegen seine Politik haben Menachem Begin in den letzten Jahren immer einsamer werden lassen.
FOTO: HANS WINDEK

Greenpeace mit Heißluftballon über die Mauer

hrk./dpa/rtr, Berlin

Aus Protest gegen Atomversuche der vier Großmächte stieg gestern ein Heißluftballon der „Greenpeace"-Bewegung in einem Westberliner Eisstadion auf und landete mit zwei Personen an Bord nach einstündiger Luftfahrt knapp jenseits der „DDR"-Sperranlagen in der Nähe des Ostberliner Flughafens Schönefeld.

Das gefährliche Unternehmen, bei dem die „DDR"-Grenzposten auch ohne weiteres den niedrig fliegenden Ballon hätten abschießen können, war unmittelbar nach dem Aufstieg der Luftsicherheitszentrale in West-Berlin und den Behörden in Ost-Berlin gemeldet worden. In dieser Zentrale arbeiten die vier ehemaligen Siegermächte noch immer zusammen. In einem 50-Kilometer-Radius rund um diese Einrichtung ist nach alliierten Bestimmungen jeglicher privater Flugverkehr verboten.

Nach einer Mitteilung von „Greenpeace" in Hamburg sei der „riskante Ballonflug" mit einem deutschen und britischen Piloten in der Gondel unternommen worden, um aus „Berlins militärischem Luftraum zwei Stunden lang einen Friedensraum zu machen". Der Ballon trug den Namen „Trinity" und war mit einer Friedenstaube versehen. Nach Beobachtungen der Westberliner Polizei trieb der Westwind den Ballon über die südlichen Bezirke der Stadt und die Mauer auf „DDR"-Gebiet – unbehelligt von sowjetischen oder Volksarmee-Hubschraubern. Die beiden Piloten wurden gestern wieder nach West-Berlin abgeschoben.

Eine ähnliche Protestaktion, bei der einige „Greenpeacer" eine schwarze Erdkugel aus Kunststoff über den weißen Grenzstrich am Checkpoint Charlie nach Ost-Berlin rollen wollten, war von der Westberliner Polizei Anfang August auf alliierte Weisung aus Sicherheitsgründen unterbunden worden.

Rechtsextremist an Grenze verhaftet

dpa, Aachen

Der von den Behörden als Neonazi eingestufte 65jährige Bauer Thies Christophersen aus Mohrkirch-Kälberhagen bei Süderbrarup (Kreis Schleswig-Flensburg) ist in Aachen verhaftet worden. Beamte hatten ihn an der deutsch-belgischen Grenze festgenommen, nachdem er 1981 vor Verbüßung einer neunmonatigen Freiheitsstrafe untergetaucht war. Christophersen ist Leiter der noch bestehenden „Bürger- und Bauerninitiative" (BBI), die nach Darstellung der Abteilung Verfassungsschutz im Kieler Innenministerium als einzige neonazistische Gruppe in Schleswig-Holstein gilt.

Farthmann-Kritik an der Bundes-SPD

AP, Osnabrück

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) hat seine Partei aufgefordert, in der Bonner Opposition „sehr viel offensiver und aggressiver" zu werden. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Farthmann, die SPD zeige zwar ein erstaunliches Maß an Geschlossenheit, „die Kampfbereitschaft und Kampffreudigkeit" ließen nach dem Schock des 6. März aber noch erheblich zu wünschen übrig. „Wir sind nicht so aktiv, wie das sein müßte, *um die derzeitige Mehrheit in Bonn* zu gefährden."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

CDU läßt sich auf den Trick mit der Geschäftsordnung nicht ein

Antrag der GAL zur „atomwaffenfreien Zone" bringt Hamburgs SPD in Verlegenheit

Von HERBERT SCHÜTTE

Der Notar Henning Voscherau entdeckte einen verstaubten Paragraphen in der Geschäftsordnung der Hamburger Bürgerschaft – den in Artikel 25 definierten „Übergang zur Tagesordnung". Wenn zwei Drittel der Abgeordneten, so heißt es darin, diesen Übergang unterstützen, ist ein Thema vom Tisch. In einem Brief an Oppositionsführer Hartmut Perschau schlug der juristisch außerordentlich versierte SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau diese elegante Form einer parlamentarischen Erledigung vor. Doch Ex-Major Perschau zeigte sich nicht bereit, seine Truppe für eine Zweidrittelmehrheit zu mobilisieren. Seine Antwort fiel kühl aus: Die CDU sei nicht bereit, „der SPD die Chance zu geben, sich mit Formelkompromissen aus dem Entscheidungsproblem herauszuwinden".

Das Problem, das die Gehirnwindungen führender Hamburger Sozialdemokraten seit Wochen strapaziert, steckt in dem Antrag der Grün-Alternativen Liste, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Nach der Absage der CDU muß dieser zweite Vorstoß der GAL – im letzten Herbst war der erste Versuch nach schweren innerfraktionellen Auseinandersetzungen von der SPD abgelehnt worden – am 7. September wohl oder übel beraten werden.

Voscherau hatte sich alle Mühe gegeben, das Bild einer geschlossenen Fraktion unangetastet zu lassen: Er verschickte einen Entschließungsentwurf als Alternative zum GAL-Antrag. Für die Linke in der SPD-Fraktion hat das Papier des Fraktionschefs allerdings einen Schönheitsfehler: Da ist von einem Europa ohne Atomrüstung die Rede, aber nicht von einem atomwaffenfreien Hamburg.

Für die erste Bürgerschaftssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause zeichnen sich nunmehr zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Möglichkeiten ab: Der Antrag wird außer von der CDU auch von der SPD abgelehnt, weil sich die Regierungsfraktion nicht von der GAL den Entscheidungstermin diktieren lassen will. Oder die Abstimmung wird – als Gewissensentscheidung deklariert – „freigegeben". Und damit wird der GAL-Antrag – so prophezeite ein einflußreiches Mitglied der SPD-Fraktion – „mit 90 zu 30 Stimmen abgelehnt". Das bedeutet: Zwei von drei SPD-Abgeordneten würden gemeinsam mit der CDU stimmen.

Mit welchem Ergebnis dieser 7. September auch enden mag – das Nachspiel ist vorprogrammiert. Zwei Wochen später findet ein SPD-Lan-



Landesbericht Hamburg

desparteitag statt. Auch hier tut sich die Regierungspartei schwer, im Vorfeld einen Konsens zu erreichen. Das Links-Rechts-Gespann Hans Ulrich Klose (der sich als „Reisender in Sachen Raketen" bezeichnet) und Innensenator Alfons Pawelczyk (der Nötigungen bei „Friedensaktionen" wie Hausbesetzungen behandeln will) hat ein Kompromißpapier erarbeitet. Zentrale Forderung: „Die Supermächte müssen nachverhandeln, nicht nachrüsten."

Dieser Vorschlag war jedoch in der vergangenen Woche im geschäftsführenden SPD-Landesvorstand noch nicht konsensfähig. Peter Parterna, Bundestagsabgeordneter des linken Wahlkreises Hamburg-Elmsbüttel, fordert in einem Gegenpapier den Verzicht auf Stationierung, auch in Form jeder Zwischenlösung.

Schon der Kompromißentwurf rief inzwischen den energischen Widerspruch der CDU hervor. „Die SPD beginnt, an den Grundpfeilern der inneren Sicherheit der Bundesrepublik zu rütteln", erklärte Oppositionsführer Perschau. Mit dem Klose/Pawelczyk-Papier kapituliere auch der Innensenator vor dem Linksdruck innerhalb der Partei.

Dem bis dahin auch bei der CDU respektierten Pawelczyk bereitet noch ein ganz anderes Marschziel Kopfschmerzen: die „Volksversammlung für den Frieden", die am 21. Oktober auf dem Rathausmarkt, also innerhalb der Bannmeile, stattfinden soll. Die Veranstalter – zusammengefaßt im „Regionalausschuß Nord" – sprechen von 100 000 bis *150 000 Teilnehmern*. Je höher die Zahlen, desto größer der Druck, die Bannmeile freizugeben. Und je mehr Leute – so die Kalkulation auch innerhalb des Mitte/Rechts-Flügels der SPD – „desto leichter können potentielle Gewalttäter in den Hintergrund gedrängt werden".

Der Innensenator prognostiziert, „daß es in Hamburg friedlich bleiben wird". Ein wichtiges Indiz lieferte ihm diese Woche der Beschluß der „Regionalkonferenz Nord", nicht zu besetzen und zu demontieren, sondern „nur" zu blockieren – zum Beispiel die Führungsakademie der Bundeswehr. Die Sicherheitsexperten behielten recht, die einen überragenden Einfluß der DKP auf das taktische Konzept der Veranstaltung vorausgesagt hatten. Die DKP als berechenbarer Partner, als Ordnungsfaktor – das ist die Basis, die bei SPD und DGB Vertrauen erwecken soll. Auf der Rednerliste der Rathausmarkt-Kundgebung – falls die an diesem Ort genehmigt wird – stehen denn auch SPD, DKP und DGB – hier sogar durch ein Mitglied des Bundesvorstandes vertreten – einträchtig nebeneinander.

Ob sich die Autonomen, die im „Hamburger Blockadeplenum" für Besetzungen und Gewalt plädierten, dem Kurs des begrenzten Protestes fügen werden? Fachleute für innere Sicherheit, die langjährige Erfahrungen besitzen, haben da Zweifel. Sie rechnen mit eigenen Aktionen autonomer Gruppen, die diesem Tag ihren Stempel aufdrücken wollen.

Die SS 20 erwähnte Bahr mit keinem Wort

Wenig Resonanz für den SPD-Abrüstungsexperten

D. GURATZSCH, Hanau

Es war fast ein Auftritt ohne Öffentlichkeit. Als Egon Bahr, der SPD-Abrüstungsexperte, am Freitagabend zum erstenmal vor einem breiteren Publikum über seine Gespräche mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker berichtete, fehlten Fernsehen und Rundfunk. Der schon lange geplanten SPD-Wahlveranstaltung in der Hanauer Stadthalle, der wegen Bahrs Telefoninterviews aus Ost-Berlin und der darüber entstandenen Kontroversen eigentlich ein höherer Interessengrad zukam als allen anderen Wochenendveranstaltungen des hessischen Wahlkampfes, folgten trotz tagelanger Plakatierung nur wenig mehr als 300 Bürger der Industriestadt – überwiegend SPD-Anhänger, aber kaum Jugend.

In seiner Darstellung der Gespräche mit Honecker und Hermann Axen betonte Bahr das „ganz vitale Interesse" der „DDR" an Sicherheits- und Abrüstungsfragen, von dem er bei seinem Treffen mit denselben Gesprächspartnern vor zwei Jahren noch nichts gemerkt habe. Die Drohung der Russen mit einer Gegenstationierung von Kurzstreckenwaffen auf dem Gebiet der „DDR" und anderer Ostblockländer ziele auf die „atomare Aufladung" dieser Satellitenstaaten, in denen es bisher keine Atomwaffen gebe. Damit würden aber dort auch Atomziele für den Westen geschaffen.

Während die Pershing-Raketen eine Flugzeit von immer noch acht Minuten hätten, würden die angedrohten Waffen der Russen ihr Ziel in zweieinhalb Minuten erreichen, argumentierte Bahr. Dies bedeute „theoretisch einen militärischen Vorteil für den, der als erster auf den Knopf drückt". Aber Irrtümer der Instrumente, die es bereits in der Vergangenheit gegeben habe und die jeweils in vier Minuten hätten korrigiert werden können, würden dann irreparabel sein. Der Ablauf werde dann automatisiert, der Mensch „degradiert zu einem Instrument, das durchführt, was die Instrumente ihm befehlen". Hier gebe es ein „gemeinsames Interesse" der beiden deutschen Staaten, „den Wahnsinn der weiteren Rüstung endlich zu stoppen".

Kein Atomstaat, so Bahr, gestatte einem anderen Staat die Mitbestimmung über seine eigene Existenz. Umgekehrt aber entschieden die Atomstaaten über die Existenz der „nichtatomaren Länder", die ihrerseits nicht einmal über ihre eigene Existenz entscheiden könnten. Es gebe nur einen Punkt, wo die nichtatomaren Staaten Mitsprache hätten: ja oder nein zu sagen zur Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Boden. Die beiden deutschen Staaten seien „verdammt, mit den Supermächten zu leben". Bahr: „Wir sind alle gute Verbündete – gefälligst!"

Weder in seinem Vortrag noch in der anschließenden Diskussion ging Bahr mit einem einzigen Wort auf die Stationierung von SS-20-Raketen in der Sowjetunion ein. Er erneuerte dagegen seinen Vorwurf an Bundeskanzler Kohl, den „Druck von den Amerikanern weggenommen" zu haben, in Genf doch noch zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. Wer wie der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, die Amerikaner auffordere, stur zu bleiben, „schade" unserem Interesse. Ziel der Bundesrepublik müsse sein, „atomwaffenfrei zu werden".

Über die Friedensbewegung sagte Bahr, wenn es sie nicht gäbe, müßte man sie erfinden. Auch wenn es zur Stationierung der neuen Raketen komme, würden die Auseinandersetzungen weitergehen; denn die Stationierung dauere drei Jahre. Er sei der Meinung, daß Entscheidungen des Bürgers mit dem Stimmzettel im Rahmen der turnusmäßigen Wahlen in der Bundesrepublik „allein nicht ausreichen", um die Raketenstationierung zu verhindern. Gegen ein Unglück müsse man kämpfen. Bahr: „Dann muß jeder wissen, was er zu tun hat. Und für mich wäre die Stationierung von Raketen ein Unglück."

Ein Hilferuf aus Ost-Berlin

DW. Berlin

„Ich halte es hier nicht länger aus. Ich will raus. Bitte helfen Sie mir." Mit diesem Hilferuf aus Ost-Berlin hat sich der 30jährige Taxifahrer Bernd Stöwer an die Berliner Redaktion der „Bild"-Zeitung gewandt. Stöwer berichtete, er habe vergeblich 17 Anträge auf Umsiedlung gestellt und vor kurzem seine Arbeit verloren.

Bernd Stöwer: „Am 27. Oktober 1981 habe ich den ersten (Antrag) gestellt. Meine Frau Steffi hatte vorsorglich ihren Vertrauensposten als Chemie-Ingenieurin gekündigt. Als ich einen Tag später in meine Taxi-Firma kam, bin ich schon von meinem Vorgesetzten frech angesprochen worden: ‚Was willst du Schwein bloß, du wirst schon sehen, was du dir damit einbrockst.'"

Erst nach fünf Monaten, so Stöwer, habe er von den Behörden eine Antwort erhalten: Abgelehnt – jeder weitere Versuch ist zwecklos. „Seitdem bekommt meine Frau anonyme Anrufe." Sie sei „nervlich am Ende und weint".

Am 29. August wurde Stöwer nach eigenen Angaben von Sicherheitsbeamten abgeholt und stundenlang verhört. Am nächsten Tag habe er seine Arbeit als Taxifahrer verloren.

FDP sieht von „Empfehlungen" ab

rtr, Bonn

Die FDP will ihren Mitgliedern für die Friedensdemonstrationen im Herbst keine Empfehlungen für oder gegen eine Teilnahme geben. Im Südwestfunk sagte die FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer, jeder Bürger und jedes FDP-Mitglied müsse eine eigene Entscheidung treffen, auf welche Weise man dem Frieden am besten dienen könne. Die SPD hat ihre Mitglieder aufgerufen, sich an Demonstrationen zu beteiligen.

Gromyko sagt sich in Paris an

AP, Moskau

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko wird auf Einladung der Pariser Regierung Anfang September zu einem „Arbeitsbesuch" nach Frankreich reisen. Das meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass, ohne den genauen Termin und die Dauer des Aufenthalts bekanntzugeben. Im Februar hatte Frankreichs Außenminister Claude Cheysson Moskau besucht und Parteichef Andropow eine Botschaft von Staatspräsident François Mitterrand überbracht. Die Beziehungen beider Staaten waren im April getrübt worden, als Frankreich 47 sowjetische Diplomaten wegen Spionage-Verdachts des Landes verwies.

Bombenanschläge in Paris

AFP, Paris

Vor dem Gebäude des französischen Verteidigungsministeriums und der Zentrale der regierenden Sozialistischen Partei in Paris sind gestern morgen Sprengsätze detoniert. Es entstand zum Teil erheblicher Sachschaden an den Gebäuden und umliegenden Häusern. Für die Anschläge übernahm die linksgerichtete Untergrundorganisation „Action Directe" die Verantwortung. In einem Kommuniqué forderte die Organisation den sofortigen Abzug der französischen Truppen aus Tschad und die Freilassung inhaftierter Mitglieder politischer Untergrundorganisationen.

Die maoistisch-orientierte „Action Directe" war im August 1982 von der Pariser Links-Regierung verboten worden.

Kohl dringt auf Lösung der Stahlkrise

Kanzler will selbst Initiative ergreifen / Worms ortet Lage bei Klöckner in Bremen

WILM HERLYN, Düsseldorf/Bremen

Bundeskanzler Helmut Kohl will energischer als zuvor auf eine Lösung der Probleme der deutschen Stahlindustrie drängen. In Bonn ist weiter zu erfahren, daß er schon im Frühherbst eine Konzeption vortragen wird, die sich an das sogenannte Moderatoren-Modell anlehnt und mit dem die Branche saniert werden soll. Fachleute geben diesem Konzept (Fusion Thyssen/Krupp einerseits, Hoesche/Salzgitter/Klöcker andererseits) die beste Erfolgschance. Damit sind auch die Widerstände von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) überwunden, der Subventionen nur dann geben wollte, wenn Umstrukturierungen mit Kapazitätsabbau betrieben wird. Aber irgendwelche Auflagen, daß dabei Unternehmensübergreifendes passieren müsse, wollte er nicht machen.

Dabei hat die Bundesregierung längst nicht mehr die Möglichkeit, die Stahlpolitik im Stand der Unschuld zu betreiben, das heißt ohne ordnungspolitische Eingriffe. „Die Unschuld hat Bonn schon vor Jahren verloren", heißt es in der Branche. Drei Gründe sprechen für diese Argumentation:

- Arbed Saarstahl hat aus öffentlicher Hilfe schon an die drei Milliarden Mark erhalten, um nicht Pleite zu gehen;
- Salzgitter ist ein Staatskonzern und konnte so auch in der langen Stahlkrise Kapitalerhöhungen aus der Staatskasse machen, was zweifellos ebenfalls eine Subvention ist;
- und schließlich wird durch Kabinettsentscheid in Bonn verhindert, daß Klöckner durch die EG-Bußgelder wegen Quotenüberschreitung (260 Millionen Mark an Bußbescheiden sind bereits ergangen, 500 Millionen Mark insgesamt sind zu erwarten) ruiniert wird.

So verwunderte es in diesen Tagen Experten dann auch kaum noch, daß Graf Lambsdorff auf sanften Druck von Kohl hin die beiden Verhandlungspartner Thyssen und Krupp wissen ließ, die Bundesregierung habe großes Interesse an einem positiven Verlauf der Fusionsgespräche und dafür gar staatliche Förderung „bis zur Obergrenze" des dem Bund finanziell Möglichen avisiert. Krupp-Sprecher Rainer Lommatzsch zur WELT: „Die beiden Verhandlungspartner sind sich in den Bewertungsfragen recht nahe gekommen."

In der Tat würde eine Fusion Krupp/Thyssen – eine der Stufen des Moderatoren-Modells – eine Signalwirkung auf die anderen Unternehmen der Branche haben, deren Gespräche mit- und untereinander eingefroren sind: Hoesch, Klöckner, Salzgitter.

Wesentlichen Anteil, die auch in der Politik blockierten Gespräche freizumachen, gebührt dem nordrhein-westfälischen Oppositionsführer Bernhard Worms. Dieser hatte sich vor der Sommerpause bei Helmut Kohl für seinen Vorschlag stark gemacht, daß Subventionen nur bei Einhaltung der staatlichen Auflagen gezahlt werden sollen. Er machte deutlich, daß Fusionen ohne öffentliche Unterstützung nicht durchführbar seien und die Vorstände der Unternehmer bei ihren Rationalisierungs- und anschließenden Konzentrationsaufgaben die Hilfe des Bundes und des Landes erwarten müssen.

Da eine Lösung der Stahlprobleme längst nicht mehr ein Spezifikum des Ruhrgebiets sind, ortete Worms kürzlich auch die Lage bei Klöckner in Bremen. Ihm ist dabei bewußt, daß es nur eine „deutsche Lösung" geben kann, an dem Arbed an der Saar wie Klöckner an der Weser beteiligt sind. In diesem Sinne wird er sich auch in Bonn dafür verwenden, daß Klöckner zumindest einmal als Test seine volle Kapazität fahren darf. Vorstandsvorsitzender Herbert Glenow: „Wir kommen auf 459 000 Tonnen Stahl im Jahr bei voller Auslastung." Das wird von der EG bezweifelt und Klöckner darum bei der Quotenregelung nach Ansicht von Glenow völlig falsch bewertet. Bei seinem kürzlichen Besuch in Bremen betonte Worms: „Es gibt keine Neuordnung ohne Klöckner-Bremen." Dabei unterstrich er auch, die CDU/FDP-Bundesregierung werde ihren Kurs gegenüber der EG fortsetzen. Dieser zielt darauf ab, dem EG-Kommissar Davignon deutlich zu machen, daß bei der Neuordnung der Quotenregelung die Deutschen wesentlich besser behandelt werden müßten, um wettbewerbsfähig gegenüber den hochsubventionierten Stählen der europäischen Nachbarn zu bleiben.

CDU hofft auch in Bremen auf eine Wende

Neumann: Mit Koschnick begann der Niedergang

W. WESSENDORF, Bremen

„Die wirtschaftliche Lage in Bremen ist dramatisch. Es drohen Massenentlassungen, und die Staatsfinanzen sind in Unordnung. Deshalb brauchen wir die politische Wende." Mit diesen Worten stimmte der Bremer CDU-Chef Bernd Neumann rund 1000 Zuhörer in der Bremer Stadthalle auf den Wahlkampf ein. „Die SPD ist so angeschlagen, daß es fast unfair erscheint, weiter auf ihr herumzuschlagen", sagte er. Er tat es dennoch. Der Christdemokrat hielt dem Bremer Bürgermeister und SPD-Spitzenkandidaten Hans Koschnick vor, seine 16jährige Regierungszeit sei mit dem Niedergang des kleinsten Bundeslandes verbunden. Neumann: „Der Bürgermeister ist zwar ein ehrenwerter Mann, aber in den entscheidenden Situationen zieht er den Kopf ein, sagt nichts und schwimmt mit dem Strom." Damit meinte der CDU-Spitzenkandidat die linken Ideologen der Bremer SPD, die das Sagen hätten.

Der 41jährige CDU-Politiker stellte *die Sicherheits- und Bildungspolitik* in den Mittelpunkt seines Beitrages. Wenn der saarländische SPD-Landeschef Oskar Lafontaine die Kriegsdienstverweigerung als moralische Pflicht bezeichne und Koschnick dem nicht widerspreche, sei das skandalös. Denn dies könne nur heißen, daß diejenigen, die in der Bundeswehr dienten, unmoralisch seien.

Neumann sprach sich für den Erhalt der Schlüsselindustrien in Bremen aus. „Aber wichtig für die freie und soziale Marktwirtschaft ist die Förderung des Mittelstandes." Und in diesem Zusammenhang sei Bremen mehr denn je auf die Hilfe der Bonner Regierung angewiesen. Deshalb komme die Freie Hansestadt Bremen nur durch bundesfreundliches Verhalten weiter. „Die Sozialdemokraten lassen aber keine Gelegenheit aus, Bonn gegen das Schienbein zu treten", rief Neumann aus.

Auch die oppositionelle FDP nahm er aufs Korn. FDP-Chef Horst-Jürgen Lahmann habe noch zu Beginn des Jahres seinen Parteivorsitzenden Genscher stürzen wollen. „Jetzt hat er zwar wieder die Wende geschafft, dennoch geht er auf Linkskurs, will er mit der SPD koalieren, während in Hessen die FDP den Weg mit der CDU sucht." In beiden Bundesländern finden die Wahlen am 25. September statt.

Schützenhilfe erhielt Neumann von Parteifreunden aus anderen Bundesländern. *Hamburgs CDU*-Fraktionsvorsitzender Perschau nannte die Sozialdemokraten „die größten Aussteiger in der Bundesrepublik". Und sein Kollege aus Niedersachsen, Werner Remmers, meinte launig: „Wenn Neumann an die Regierung kommt, wird er sich vorkommen wie ein Fallschirmspringer hinter den feindlichen Linien."

Dr. Luis Gassmann

geb. 11. 2. 1923 gest. 24. 8. 1983

In tiefer Trauer

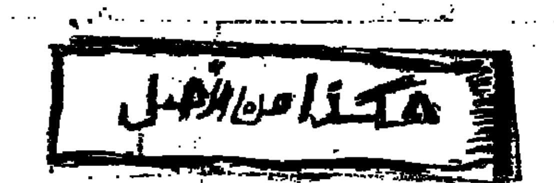
Gerda Gassmann geb. Isenhagen

Rathenaustraße 32
2 Hamburg 60

Beisetzung am Donnerstag, dem 1. September 1983, um 13 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle I.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Die Marschierer von 1983 verband nur noch der Haß auf Reagan

Wandel des amerikanischen Rassenproblems / Kein Vergleich mit dem Traum von 1963

Von THOMAS KIELINGER

Sie waren gekommen in gleicher Zahl wie vor zwanzig Jahren, 250 000 Menschen. Schwarze in der Überzahl, um Forderungen zu stellen und einem Traum nachzuhängen, der hier, an gleicher Stelle, an fast genau dem gleichen Tag 1963, von Martin Luther King artikuliert und aufgepflanzt worden war. „Arbeit, Frieden, Freiheit", so lautete das Motto dieses Gedächtnismarsches, vermehrt um das Wörtchen „Frieden", das 1963 noch nicht in jenem epochalen ersten Marsch und seinem Vokabular vorgekommen war.

Wer die Plakate, Spruchbänder und Reden an sich vorbeirauschen ließ, spürte, was sich im Jahre 1983 mit der farbigen Bevölkerung der USA geändert hat. Die rosige Seite der Statistik besagt: Die Integration ist zumindest gesetzlich abgesichert. Eine offizielle Apartheid aus dem Antlitz dieser Gesellschaft getilgt. Das Wahlrecht hat voll durchgeschlagen. Heute bekleiden mehr als 5000 farbige Beamte von der untersten lokalen Ebene bis zur Bürgermeisterposition von Millionenstädten und Kabinettsposten in der Bundesregierung, Ämter und Würden. Sicher noch wenig, aber vor 20 Jahren waren es nur 300. 3,7 Millionen Farbige, aus einer Gesamtzahl von 27 Millionen, besitzen heute ihr eigenes Haus.

Mit der Wucht des Appells für die Menschenrechte der Schwarzen, so charakteristisch für den Marsch 1963, ist zwanzig Jahre später also allein keine Demonstration mehr zu organisieren. Anderes, Zusätzliches muß heran, will man Emotionen in die Bewegung von Massen verwandeln. Der Farbige sucht nach neuen Koalitionspartnern, um seine Ansprüche und unbefriedigten sozialen Hoffnungen zu erkämpfen.

„Marsch auf Washington II"

Er findet sie in der myriadenhaft aufgesplitterten Zone dessen, was sich in Amerika „die Minderheiten" nennt: Die Frauenverbände, die Friedensadvokaten, die Anti-Rüstungsdemonstranten, die Apostel eines atomaren Freeze, die Gewerkschaften, die Kreuzfahrer der Gleichberechtigung, Lesbierinnen und Homosexuelle (Gays), Trotzkisten und Anti-Südafrika-Kämpfer, die „Grauen Panther", Umweltschützer, Pazifisten und die amerikanische „Synthese-Partei", was immer sich dahinter verbergen mag. Nicht zu vergessen „Hispanos" und Indianer-Verbände.

715 Organisationen landesweit haben sich den Intentionen dieses „Marsches auf Washington II", anno 1983, angeschlossen. Fast will es scheinen, als versinke das eigentliche Anliegen der Schwarzen, die – allen positiven Statistiken zum Trotz – in immer größere wirtschaftliche Nöte geraten, im Meer dieser klassischen politischen Aktionsgemeinschaft aus links und liberal, in der traditionellen, zur demokratischen Partei hin tendierenden Auslegung der Begriffe.

Die Einmündung der ehemalig gradlinigen und einheitlichen Bürgerrechtsbewegung in das Meer dieser Sonderinteressen hat unter den Führungsgruppen der Farbigen eine neue Identitätskrise entstehen lassen. Mehrere Persönlichkeiten beschlossen, dem neuen Marsch auf Washington fernzubleiben. Darunter Bayard Rustin, der die 1963er Demonstration noch mit organisiert hatte. Die Organisation des diesjährigen Gedenkmarsches, so verrät er einem Interviewer, wollen eine andere amerikanische Gesellschaft, ein anderes Amerika. Ein Weg in die Selbstisolation der Farbigen? Rustin ist pessimistisch. Seinen Mitarbeitern von einst und ihren Nachkommen verrät er in einem Memorandum, warum er die Wiederholung 1983 für fehlgeleitet hält: Es fehle der Neuauflage, so schreibt er, „die klare moralische Aussage des Bürgerrechtsanliegens, der unzweideutige Ruf nach Integration, um wirksam zu sein".

Dennoch, was sich an diesem Washingtoner Samstag so zerfließend artikuliert, hat durchaus einen gemeinsamen Nenner. Er heißt Ronald Reagan. Der Abscheu vor Reagan und seiner Administration verbindet die unwahrscheinliche Allianz dieses Tages zu einem einheitlichen Ziel. Es soll 1984 erreicht werden, mit der Niederlage des Präsidenten. Dann werden, so ballt der Tenor der Reden, die Schleusen des Himmels sich öffnen, um das Manna neuer liberaler Ausgabenpolitik und die Wohltat irdischen Friedens regnen zu lassen.

Hier enthüllt sich der eigentliche Unterschied zur historischen Stunde von 1963. Damals ging der Kampf um eine fundamentale Frage der amerikanischen Gesellschaft, die Ehrlichkeit des „amerikanischen Traumes", die korrekte Auslegung der Verfassung und ihres Rufs nach gleichem Recht für alle Rassen. Heute ist der moralische Aspekt geschrumpft auf einen parteipolitischen Affekt, der sich mit dem Schrei „Schickt den Cowboy nach Hollywood zurück", Bahn bricht.

Die Farbigen haben sich nach Erreichung der Bürgerrechte zu einer Interessengruppe unter vielen verwandelt. Das führt, da diese Gruppe nach Millionen zählt, zu neuartigen Träumen politischer Macht, das führt zum Beispiel zu Jesse Jackson und der Spekulation, ob dieser geniale Redner, wenn auch weniger geniale Organisator aus Chicago als farbiger Präsidentschaftskandidat auftreten solle. Das führt zum Beispiel zu Walter Fauntroy, dem Kongreßabgeordneten aus Washington, D. C., der in der „New York Times" das schwarze Begehren als Ausdruck des „lauter werdenden Rufs nach sozialem Wandel in den USA darstellt". Das führt auch zu Coretta King, der Witwe des 1968 ermordeten Martin Luther King, die in einer Radioansprache namens der demokratischen Partei Präsident Reagan beschuldigt, den amerikanischen Traum zu verraten.

Leider führt es nicht zu einem besseren Verhältnis zwischen den Rassen in Amerika. Im Gegenteil: Die Spannungen sind heute eher wieder gewachsen. Unter der weißen Mehrheit macht sich eine gewisse geistige Ermüdung breit, das Gefühl, nun doch genug getan zu haben für die Farbigen und die Befreiung des eigenen, des weißen, Gewissens von allen Spuren der Bigotterie und des Rassismus. Nicht mehr werden blindlings alle Anforderungen der schwarzen Minderheit an den Staat und seine Organe akzeptiert. Viel schärfer sieht man statt dessen auf die gesellschaftlichen Bedingungen, die sich innerhalb dieser Minderheit selber herausgebildet haben.

Politisches Muskelspiel

Das hat Folgen. So erschrecken viele Beobachter vor einer Statistik, die die Volkszählungsbehörde in diesen Tagen bekanntgemacht hat. Daraus geht hervor, daß heute 41 Prozent aller schwarzen Familien von alleinstehenden Frauen geführt werden. 55 Prozent der Farbigenkinder werden inzwischen außerhalb der Ehe geboren, in der Mehrzahl von Frauen im Teenageralter. Der hohe Prozentsatz der Armut gerade unter den amerikanischen Schwarzen wird heute, wie das „Wall Street Journal" schreibt, schon beinahe als endemische Krankheit der „frauenlastigen Familienstruktur" angesehen. Connaught Marshner, die Vorsitzende der „Nationalen Koalition für die Familie" belegt das Phänomen mit einem neuen Namen: sie nennt es die „Feminisierung der Armut". Sie und andere wagen sich mehr und mehr mit Kritik hervor, die vor Jahren noch als „rassistisch" zurückgehalten worden wäre: Mit Kritik am schwarzen Mann und seiner vielfach mangelhaft ausgebildeten sozialen Verantwortung.

Damit einher geht eine ganz neue Betrachtungsweise der „Großen Gesellschaft" der sechziger Jahre und ihren wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften. In der Tat: Trotz Milliarden Beträgen an Unterstützung für die Armen und Unterprivilegierten, trotz großzügiger Programme der bargeldlosen Lebensmittelhilfe und Gesundheitsfürsorge hat sich Armut und Hoffnungslosigkeit unter den Farbigen nur weiter verbreitet.

Die Arbeitslosigkeit unter den Farbigen ist heute, im Vergleich zu 1963, noch gestiegen: von 11 Prozent auf 19,5 Prozent (fast doppelt so hoch wie unter den Weißen). Unter den schwarzen Teenagern ist das Bild noch grimmiger: 48 Prozent von ihnen sind ohne Anstellung. Die Grenzen zur Kriminalität werden damit immer fließender, die Kluft unter den Farbigen wird immer größer. Für jeden, der in den Mittelstand aufrückt, fallen zwei in die Aussichtslosigkeit zurück.

„We shall overcome", sang die Menge im Schatten Abraham Lincolns am Ende dieses Tages des Gedenkens und des politischen Muskelspiels. Kein einziger Redner hatte die Macht und Magie der Stimme Martin Luther Kings vor zwanzig Jahren. We shall overcome – wir werden überwinden. Die Hürden der Rassentrennung wurden bereits genommen. Die Hürde der Selbsterforschung steht noch bevor.

Palästina-Tagung macht aus Genf „besetzte Stadt"

IRENE ZÜCKER, Genf

Mehr als 3500 Mann werden die rund 600 erwarteten Delegierten der Palästina-Konferenz, die heute in Genf beginnt, schützen. Das Gastland Schweiz stellt 2000 Soldaten, 600 Polizisten, Panzer und Schützenpanzerwagen. In den Konferenzgebäuden wirken 120 UNO-Sicherheitsbeamte, wobei die aus New York und Wien eingeflogenen Funktionäre sowie die 190 Leibwächter der erhofften 95 Delegationen bewaffnet sind.

Den äußersten Sicherheitsring bildet die Armee mit vier Aufgaben: den Genfer Flughafen zu sichern, das UNO-Gebäude und die Delegiertenhotels zu schützen und die Wachkorps an der nahe gelegenen französischen Grenze zu verstärken. Die 2000 deutsch-schweizerischen Milizsoldaten von zwei Panzerbataillonen und einer Haubitzenabteilung dienen ausschließlich der Bewachung. Alle Aktionen, wie mögliche Verhaftungen, übernimmt die Polizei.

Während des Genfer Aktivdienstes der Deutsch-Schweizer hat die vereidigte Truppe Schießbefehl auf Personen, die in einen der militärisch bewachten Kreise eindringen und auf die erste Warnung in französischer Sprache nicht reagieren.

Die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen sind die strengsten, die je in Genf getroffen worden sind. Zwölf Grenzübergänge wurden geschlossen, peinlich genau wird die Ankunftskontrolle der Flugpassagiere betrieben, und verschärft werden auch Grenz-, Fahrzeug- und Hotelkontrollen. Zu den Maßnahmen gehört auch ein Überflugverbot des UNO-Geländes mit einem Sicherheitsradius von 1,5 Kilometern. Auch gegen eindringende Flugzeuge besteht Schießbefehl.

Das gesamte UNO-Gelände ist teils durch einen zweiten Zaun, teils mit Stacheldrahtrollen in zwei Kreisen zusätzlich abgesperrt. 45 Kampf- und Schützenpanzer stehen am Flughafen und auf dem UNO-Gebiet. Genf gleicht einer besetzten Stadt. Die Panzer aber dienen vor allem als Übermittlungszentren, denn eine Panzerschlacht wird nicht erwartet.

Ein Unsicherheitsfaktor jedoch, der den Eidgenossen in der UNO auf dem Magen liegt, sind die Leibwächter jener Delegationen, die sich in ihren Ländern bekämpfen und gegenseitig ermorden.

Seit Wochen wurde auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten verstärkt. Denn die Schweizer Regierung, die im Gegensatz zu Frankreich und Österreich diese Konferenz trotz Sicherheitsbedenken nicht ablehnen konnte wegen ihres Vertrages mit der UNO, hat ein zentrales Anliegen: Genf soll weiterhin als sicher gelten.

Die große Frage: Wer sind die zu beschützenden Teilnehmer der Palästina-Konferenz, die am Montagnachmittag durch UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar eröffnet wird? Arafat nimmt nicht teil. Die USA und Israel bleiben der Konferenz fern. Von den EG-Staaten hat bisher nur Griechenland seine volle Teilnahme angekündigt. Die Konferenz dauert bis zum 7. September. Die PLO wird durch Faruk Kaddumi vertreten.

Kreml warnt Amerikaner vor Illusionen

AP, Moskau

Die Sowjetunion hat die Amerikaner *vor der Illusion gewarnt*, daß die Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten sich durch das jüngste amerikanisch-sowjetische Getreideabkommen gebessert hätten.

In der *Regierungszeitung* „Iswestija" schrieb der politische Kommentator Alexander Rowin, derartige amerikanische Interpretationen seien nichts als „ein weiterer heuchlerischer *Schritt*" von US-Präsident *Ronald* Reagan im Kampf um verängstigte Wähler. In wichtigen Fragen der Abrüstung oder der Konflikte in Mittelamerika, Afrika und im Nahen Osten lägen *die Ansichten* beider Staaten weiterhin weit auseinander.

Die Aufhebung des Lieferembargos gegen die sowjetische Erdgasleitung nach Westeuropa habe Reagan nur im Interesse *der* amerikanischen Industrie angeordnet, schrieb Rowin. Das Getreideabkommen sei lediglich mit Blick auf die Stimmen der amerikanischen Bauern abgeschlossen worden. Gleichzeitig blocke Washington *Kontakte* mit sowjetischen Parlamentariern oder Gewerkschaften ab, während Moskau umgekehrt derartige Kontakte pflege.

Der Westen habe sich von der Entspannungspolitik hin zum Kriegstreiber bewegt, schrieb „Iswestija". Dabei habe er sich selbst jedoch so erschreckt, daß man jetzt wieder von „Entspannung" rede. Die Amerikaner hätten sich aus Angst zunächst vom Abgrund wegbewegt. Doch dann sei Reagan vom Verlust der Unverwundbarkeit der USA verschreckt worden, und jetzt bewegten sich die USA aus Angst wieder auf den Abgrund zu. Manche verängstigte Amerikaner betrögen sich zudem selbst durch den Irrglauben, das Verhältnis zur UdSSR entspanne sich. Doch Washington habe seine Verläßlichkeit als Vertragspartner eingebüßt, und die Spannungen bestünden weiter.

Berliner FDP: Weizsäcker muß sich erklären

Beschluß über Kandidaten für Präsidentenamt verlangt

hrk. Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher sollen im Interesse Berlins „unverzüglich" eine klare Entscheidung über die mögliche Kandidatur Richard von Weizsäckers für das Amt des Bundespräsidenten fällen. Diese unmißverständliche Forderung erhob die Berliner FDP-Fraktion als Partner der CDU in der Berliner Senatskoalition bei einer Klausurtagung im Harz.

Fraktionschef Walter Rasch erläuterte der WELT diesen förmlichen Beschluß und sagte, die andauernden Spekulationen über die politische Zukunft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin seien schädlich für die Stadt: „Wir würden es außerordentlich bedauern und es als herben Verlust für die Stadt betrachten, falls Weizsäcker Berlin verlassen sollte." Die Stadt benötige dringend nach den „so kurzen und so häufigen Wechseln in der Regierungsspitze eine Phase der Kontinuität, damit endlich Hysterie, Hektik und Aufgeregtheit in der politischen Arbeit aufhören". Die FDP jedenfalls wünsche ein Ende dieser „Hängepartie".

Unabhängig davon, daß die Freien Demokraten gewillt seien, angesichts der Probleme Berlins das politische Bündnis mit der Union in den kommenden Jahren fortzusetzen, müsse jedoch bedacht werden: „Diese Koalition ist sehr, sehr stark von der Persönlichkeit Weizsäckers geprägt und getragen. Er hat Maßstäbe gesetzt." Mit dieser Bemerkung wollte der Fraktionschef und zugleich FDP-Landesvorsitzende offenbar markieren, daß jeder mögliche Nachfolger Weizsäckers in Berlin direkt oder indirekt an ihm gemessen werde.

Dem überraschenden politischen Vorstoß war Mitte der vergangenen Woche ein Gespräch Weizsäckers mit einem führenden FDP-Repräsentanten vorausgegangen, um das die FDP-Seite nachgesucht hatte. Bei dieser Gelegenheit soll von Weizsäcker auf die bekannte und von ihm nicht beeinflußbare Sachlage verwiesen haben, daß die Kandidatenfindung auf seiten der Union bisher weder begonnen habe noch abgeschlossen sei und er von sich aus keine Möglichkeit sehe, in diesen Prozeß steuernd einzugreifen. Insofern sei jetzt auch nicht der Zeitpunkt gekommen, von sich aus einseitige Erklärungen über eine Kandidatur oder Nicht-Kandidatur abzugeben.

Diese Darstellung der Lage gab er auch vor den CDU-Kreisvorsitzenden, mit denen er vor einigen Tagen unter anderem über parteiinterne Querelen zwischen „Reformer"- und Mehrheitsflügel beriet. Rasch ließ in dem Gespräch mit der WELT nicht den geringsten Zweifel an dem hohen Interesse der FDP, Weizsäcker weiterhin im Dienste Berlins an der Spitze der Koalition zu wissen und den verunsichernden Spekulationen ein Ende zu bereiten.

Unterdessen versuchte die CDU-Spitze am Wochenende, sich innerhalb der Union auf einen Nachfolger für Bausenator Ulrich Rastemborski zu einigen, der die Stadt am 19. August fluchtartig verlassen hatte. In einem Brief an sein Senatoren-Büro teilte der Politiker inzwischen seine Anschrift mit und bat um „menschliches Verständnis, wenn ich ein paar Tage Abstand gewinnen und zu mir kommen will".

Nachdem die CDU-Seite auch beim FDP-Partner, der im Harz tagte, telefonisch angefragt hatte, ob denn die Freien Demokraten „keinen Kandidaten wüßten", läuft die interne Auswahl jetzt vermutlich auf den Berliner Rechts-Professor und Bau-Juristen Klaus Finkelnburg zu. Der Nachfolger soll am 1. September im Abgeordnetenhaus gewählt werden.

Schmidt warnte vor „faulem Kompromiß"

DW. Bonn

In der bislang nicht veröffentlichten Rede Helmut Schmidts vor der SPD-Bundestagsfraktion am 1. Juli hat der ehemalige Regierungschef den NATO-Doppelbeschluß als nach wie vor richtig bezeichnet und hinzugefügt: „Er ist ein Teil der notwendig vorauszusetzenden Sicherheit vor fremdem Druck."

Die Zeitung „Bild am Sonntag" zitierte Schmidt allerdings auch mit dem Zugeständnis: „Nun sehe ich ein, daß einer trotz alledem kategorisch ‚nein' sagen kann. Ich werde das nicht tun."

Der SPD-Politiker habe auch vor einem faulen Kompromiß bei den Genfer Verhandlungen gewarnt, „daß auf sowjetischer Seite Hunderte von uns politisch bedrohenden Sprengköpfen stehen bleiben und auf westlicher Seite bleibt es bei Null". Die Lage in Genf lasse aber immer noch die Hoffnung auf ein Ergebnis zu.

Die Zeitung zitiert den ehemaligen Bundeskanzler ferner mit der Bemerkung, daß Moskau bereits 1956 (Ungarn-Aufstand und Suez-Krise) Mittelstreckenwaffen zu politischen Erpressungsversuchen eingesetzt habe. Die Sowjetunion habe damals zwar erst wenige dieser Waffen gehabt, aber sie habe „sich nicht gescheut, sie brieflich London und Paris gegenüber zwecks Ausübung von Druck in der Suez-Krise zur Sprache zu bringen und auf ihre Raketen hinzuweisen". Und weiter: „Es ist also durchaus denkbar, und dies hat mich immer umgetrieben seit der Mitte der siebziger Jahre, daß etwas ähnliches auch uns gegenüber eines Tages geschehen könnte." Deswegen habe seine Regierung Wert darauf legen müssen, „daß entweder die SS-20-Rüstung gestoppt wurde oder daß sie durch Abrüstungsverhandlungen wenigstens mit westlichen Waffen ins Gleichgewicht gebracht werden".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fremdgewordener Freund

„Amerika – Tiefdruckgebiet der deutschen Seele": WELT vom 17. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Wie wahr!" Das war das Resümee, das ich spontan nach dem Lesen des Artikels von Th. Kielinger zog. Es bleibt wirklich zu hoffen, daß das allseits ach so betonte kritische Denken doch noch rechtzeitig einsetzen möge. Dazu, glaube ich, sind aber Artikel wie der von Kielinger dringend notwendig.

Leider geben andere Zeitungen da nicht immer ein so gutes Beispiel. So wurde anläßlich eines Katastrophenfalls im Landkreis Bamberg am 17. August 1983 der hervorragende Einsatz der Amerikaner mit Mensch und Maschine in einem Zeitungsartikel mit einem ganzen Satz, in einem anderen überhaupt nicht erwähnt. Negatives über Amerikaner wird von beiden erwähnten Blättern aber genüßlich breitgetreten.

Wie soll sich unter derartigen Voraussetzungen der Leser denn ein zutreffendes Urteil bilden können?

Mit freundlichen Grüßen
Otto Wildgruber,
Erlangen

*

Sehr geehrte Redaktion,

die wolkige Deutung des sogenannten Antiamerikanismus bei uns *durch Ihren USA-Korrespondenten* reizt zum Widerspruch. Offenbar hat ihn langer Amerika-Aufenthalt dazu verleitet, die politische Allgemeinbildung bei uns auf einem Niveau zu *vermuten, wie es in den USA* herrscht.

Nichts könnte irreführender sein. Die Besorgnisse in Mitteleuropa über den Kurs der US-Administration be*ruhen gerade nicht auf wesenlosem* Unbehagen, sondern auf überaus konkreten Informationen. Hierzulande sprechen und lesen Millionen Englisch, Hunderttausende, zumal Akademiker, kennen die uns betreffenden Strategie-Szenarios im Wortlaut, haben als Touristen in den USA den Sozialdarwinismus studiert, der dort nicht nur Leitbild, sondern sogar Exportartikel werden soll.

Die Gründe für das „Unbehagen" sind also zu benennen. Bekanntlich war das nicht immer so. Den Triumphzug Kennedys durch Deutschland habe ich selber erlebt, ebenso den Respekt vor Männern wie Kennan, McCloy, Fulbright, und durchaus auch Dulles. Das war „unser Amerika": disziplinierte, nicht marktschreierische Moralität, abgewogenes Urteil, basierend auf immensem Wissen, ein „atlantisches" Bewußtsein aus kulturgeschichtlicher Erfahrung.

Dagegen heute: Klüngel, die glauben, die Welt sei so einfach zu managen wie Konzessionen für Öl oder Glücksspiel.

Die Hoffnung ist weitverbreitet, daß dies nicht die Mehrheit ist. Aber es ist eben nur eine Hoffnung. Solange jedoch Meinungsfreiheit herrscht, muß es nachdenklichen Mitbürgern hier erlaubt sein, an das „wahre" Amerika zu appellieren. Dessen nicht zu unterschätzenden Bemühungen um Mäßigung wäre nicht gedient, wenn bei uns um die Sache herumgeredet würde. Dazu ist sie zu ernst.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wüst,
München 40

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Antiamerikanismus grassiert wie eine Pest in unserem Land. Es ist höchste Zeit, eine Therapie gegen diese ansteckende Krankheit zu finden.

Das kann einmal dadurch geschehen, daß wir unsere Bürger an das erinnern, was die USA in der jüngsten Geschichte für uns getan haben. In dreifacher Weise leistete dieses Land bei der Geburt unseres freiheitlichen Staates unentbehrliche Hilfe:

- Am Anfang unseres Staates bei der Abfassung des Grundgesetzes.
- Beim wirtschaftlichen Wiederaufbau im Rahmen des Marshall-Planes.
- Beim Schutz unserer *Freiheit* gegen kommunistische Bedrohung, für den die Berliner Luftbrücke bis heute ein unvergessenes Symbol ist.

Wem verdanken wir wohl unseren Frieden von 38 Jahren? Doch nicht dem kommunistischen Imperialismus mit seiner Weltrevolution, sondern dem freien Amerika und seiner militärischen Stärke.

Es gibt gegen die antiamerikanische Epidemie noch eine weitere, wirksamere Medizin, auf die bereits 1961 John F. Kennedy hingewiesen hat: „Fragt nicht, was Amerika für euch tun wird, sondern was wir gemeinsam für die Sache der menschli*chen Freiheit tun können.*"

Dazu ist der „Deutsch-amerikanische Verein im Hochsauerland" angetreten, der 1983 von engagierten Bürgern ins Leben gerufen wurde. *Zweck des Vereins ist die Förderung* der deutsch-amerikanischen Verständigung und die Pflege der Beziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern. Wir rufen an dieser Stelle die Bürger in unserem Lande auf: Bekennt euch öffentlich zur unverbrüchlichen Allianz mit den USA. Helft durch Aktionen mit, das Band zwischen den USA und Deutschland enger zu knüpfen.

K. H. Jung,
Deutsch-amerikanischer Verein
im Hochsauerland,
Brilon

Kein Geschäft

„Heilige Kuh": WELT vom 17. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr obiger Artikel kann nicht unwidersprochen bleiben.

So, wie Sie es journalistisch darstellen, ist die Sache doch nicht.

Wenn wir Einzelhändler eine Chance sehen würden – da wir ja nach der Auffassung der Verbraucher geldgierige Menschen sind –, dann würden wir jede Gelegenheit ergreifen, um in der derzeitigen Lage unsere Kassen aus Profitgier zu füllen. Aber Tatsache ist doch, daß die Mehrzahl der Einzelhändler eine Verlängerung der Geschäftsöffnungszeiten in den Abendstunden ablehnt. Die Kosten sind hierfür einfach zu hoch, und der Ertrag ist gleich Null.

Die Arbeitszeiten der Verbraucher werden immer mehr verkürzt, so daß ihnen die Möglichkeit verbleibt, auch während der regulären Geschäftszeiten ihren Bedarf in den Geschäften zu decken. Das sind nur einzelne Betriebsformen, die sich hiervon eventuell ein Plus versprechen.

Ich habe eine nähere Begründung meiner Ablehnung einmal formuliert und sende Ihnen diese zur Kenntnisnahme zu. Vielleicht ändert das etwas Ihre Meinung.

Ich habe noch jeweils ein Textilgeschäft in Basel und in Bern. Bern hat am Donnerstag den Abendverkauf bis 21.00 Uhr. Ganz ehrlich gestanden, es lohnt sich nicht! Wir wären froh, wenn wir ihn wieder los hätten.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Hess,
Freiburg / Br.

Wort des Tages

> „Es gibt nur so lange ein sittlich geordnetes Leben, wie der Mensch sich dieser Gebundenheit bewußt ist. Menschliche Gemeinschaft beruht auf dem Recht. Das Recht ist Menschenwerk. Aber der Mensch hätte niemals die Idee des Rechtes erfassen können, wenn er nicht zuvor die Idee einer rechtsetzenden Macht gehabt, wenn er nicht an einen Richter geglaubt hätte. So beruht alles geordnete Leben auf dem *Glauben.*"

August Winnig, dt. Politiker (1878–1956)

Welcher Nenner?

Die Artikel von Herrn Ströhm lese ich mit großem Interesse. Da ich während des Krieges und danach insgesamt sieben Jahre in der Sowjetunion verbrachte, kann ich manche Feststellungen von Herrn Ströhm, sei es nur aus der Froschperspektive, bestätigen.

Was mich aber immer wieder in Erstaunen versetzt und nachdenken läßt, ist die Tatsache, daß es in der Sowjetunion trotz Organisations- und anderer Mängel im System gelegentlich zu erstaunlichen technischen Leistungen kommt. Ich erinnere z. B. an den berühmten T 34 während des Krieges und an Pionierleistungen in der Weltraumfahrt (auch wenn man berücksichtigt, daß die erhebliche militärische und Industriespionage der Sowjetunion sicherlich manche eigenen Forschungen überflüssig macht).

Wie lassen sich derartige Spitzenleistungen einerseits und schwerwiegende Organisationsmängel, Materialbeschaffungsengpässe und eingeschränkte Verantwortlichkeit andererseits auf einen Nenner bringen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Siegfried Führenbach,
Renchen

Gegenargument

„Leserbrief: Schutzlos": WELT vom 14. August

In dem Leserbrief wird behauptet, die zwei Atombomben wären nur deshalb auf die japanischen Städte abgeworfen worden, weil Japan keine Atombomben gehabt hätte. Diese Behauptung zeugt von einer erschreckenden geschichtlichen Unkenntnis und einer unvorstellbaren Unmenschlichkeit. Diese Massenvernichtungswaffen wurden erst kurze Zeit vorher von Einstein und Oppenheimer (später noch die Wasserstoffbombe von Teller) propagiert und entwickelt.

Japan hatte lange Zeit vor dem Abwurf der Atombombe, von deren Bestehen man dort gar nichts wußte, bereits den USA seine Kapitulation angeboten. Trotzdem *beschloß die* Regierung der USA diese Waffe noch einzusetzen.

H. Raum,
München 40

Abstruse Logik

„Aufgabe und Anmaßung" und „Die ungewissen Posaunen"; WELT vom 17. August

Sehr geehrte Redaktion,

die „Friedensbewegung" könnte ein Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz nur mit dem Gedanken begründen, daß durch die Raketenaufstellung in der Bundesrepublik die Sowjetunion (zum Erstschlag) provoziert und dadurch die verfassungsmäßige Ordnung hierzulande bedroht werde.

Diese abstruse Begründung leitet ihre scheinbare Berechtigung aus der unterstellten Unberechenbarkeit der Sowjets und völligem Rechtsnihilismus auf westlicher Seite ab. Sich unter diesem Aspekt „Sorge um die Zukunft unserer Erde zu machen" und die Politik Präsident Reagans als Kriegstreiberei zu bezeichnen, da sie dem Wettrüsten Vorschub leiste, ist mindestens insofern Anmaßung und nichts weiter, als es voraussetzt, wir Menschen hätten in jeder Hinsicht für unser Schicksal selbst zu sorgen, als ob es keinen Gott gäbe: Keine Kirche kann bestreiten, daß die Bibel keine direkten Anweisungen für eine Politik der äußeren Friedenserhaltung gibt, die Kirche also nicht die Aufgabe hat, direkt in die Politik einzugreifen, und jeder verantwortliche Staatsmann für die ihm Anvertrauten nur nach allen Erfahrungen der Weltgeschichte handeln sollte.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang R. Thorwirth,
Gummersbach 1

Personalien

GEBURTSTAG

Lothar Haase, Obmann der CDU im Haushaltsausschuß des Bundestags, feiert am 30. August seinen sechzigsten Geburtstag. Der Diplomvolkswirt, der 1948 der CDU beitrat und von 1957 bis 1961 Landesvorsitzender der Jungen Union in Hessen war, kam 1961 über die hessische Landesliste in den Deutschen Bundestag. Dort hat Haase außer durch Sachkenntnis auch durch gepfefferte Zwischenrufe auf sich aufmerksam gemacht.

Die WELT schrieb: „*Das Florett ist* nicht seine Sache. Haase zog oft und gern den schweren Säbel." Gegen die Behauptung des damaligen Bundeskanzlers **Helmut Schmidt** im Wahlkampf 1980, „der hat im Bundestag noch nie eine Rede gehalten, nur Zwischenrufe gemacht" steht die Tatsache, daß Haase in zwanzig *Jahren sechzig Reden* – allerdings nicht vor Fernsehkameras – gehalten hat.

Von Haase, der bis zu seinem Einzug in den Bundestag im Dienst der Bundesanstalt für Arbeit stand, stammt auch die Vokabel „Vorturner", die er für Spitzenleute im Fraktions- und Parlamentsmanagement aufgebracht hat.

Haase hat es vor allem auf das wuchernde Subventionswesen abgesehen: „Man glaubt nicht, was alles vom Staat subventioniert wird!" (Die Summe stieg von 8,8 Milliarden Mark 1966 auf 27,2 Milliarden Mark 1982.)

Der Panzerjäger im Zweiten Weltkrieg hat immer wieder Wehrübungen geleistet und wurde 1981 zum Oberst der Reserve befördert.

EHRUNGEN

Timm Ulrichs (43), Professor an der Kunsthochschule Hannover, wurde für 1983 der mit 25 000 Mark dotierte „Kunstpreis der NordLB" zuerkannt. Mit dem zum ersten Mal verliehenen Preis wird ein Künstler geehrt, der in der „hervorragenden Tradition der künstlerischen Avantgarde dieses Jahrhunderts" steht.

*

Prof. **Klaus Tipke**, Steuerrechtler und Verfasser des Kommentars zur Abgabenordnung, ist mit dem „Haken der Gerechtigkeit" (Hamus justitiae) ausgezeichnet worden. Der „*Haken*" – eine Bronzefigur in Paragraphenform – wurde ihm von der Deutschen Steuergewerkschaft für seine besonderen Verdienste um Steuergerechtigkeit und um das Betriebsprüfungswesen zuerkannt.

*

Direktor **Heinz Hörning**, ehemaliger Leiter der Firmengruppe REWE-Hungen, wurde für seine über das normale Maß hinausgehende Arbeit für den Lebensmittelgroß- und -einzelhandel sowie für sein Engagement in zahlreichen beruflichen und kommunalpolitischen Ehrenämtern das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen.

Kohl will Leo-Frage in Israel nicht ausweichen

Kanzler: Aber ich treffe jetzt dazu keine Entscheidung

E. N./dpa, Jerusalem/Bonn

Der deutsche Botschafter in Israel, Niels Hansen, hat Israel empfohlen, über die Frage eines möglichen Verkaufs von deutschen „Leopard"-Panzern an Saudi-Arabien in der Öffentlichkeit weniger zu sprechen. Im israelischen Fernsehen sagte der deutsche Diplomat, es läge nicht im israelischen Interesse, „diese Frage zu sehr öffentlich zur Sprache zu bringen". Der Botschafter betonte dabei, daß Bundeskanzler Kohl während seiner für Mittwoch vorgesehenen Israel-Reise die Frage des Panzer-Verkaufs nicht zur Sprache bringen werde.

In einem Interview mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen hat der Kanzler gestern darauf hingewiesen, daß er der erste deutsche Regierungschef der Nachkriegsgeneration sei, der nach Israel kommt. „Wir wollen enge, freundschaftliche Beziehungen mit Israel", sagte der Bundeskanzler, wies aber darauf hin, daß „wir gleichzeitig auch traditionell gute Beziehungen zu unseren arabischen Freunden haben". Eine Politik des Entweder-Oder wäre für ihn nicht erträglich. Kohl wiederholte, daß er der Frage möglicher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien bei seinem Israel-Besuch nicht ausweichen wolle, „aber ich treffe in Israel dazu keine Entscheidung."

In der gleichen Sendung betonte der ehemalige Staatsminister im Bundeskanzleramt und Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, der gerade mit dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin zusammengetroffen war, „daß es gar nicht in allen Fragen mit Israel Übereinstimmung geben kann und auch Übereinstimmung geben darf".

Trotz bestehender „erheblicher Differenzen in bestimmten Sachfragen", betonte Wischnewski, müsse es aber dennoch möglich sein, bei Kohls Besuch auch die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten zum Ausdruck zu bringen. Zwischen Opposition und Koalition in der Bundesrepublik gäbe es da keine Unterschiede in der Beurteilung der Lage.

US-Präsident Ronald Reagan hat am Samstag die israelische Siedlungspolitik kritisiert und sie als „Hindernis für den Frieden" bezeichnet. In seiner wöchentlichen Rundfunk-Ansprache betonte der amerikanische Präsident, daß sein Plan von 1982 für eine Regelung des Nahost-Problems „lebt und allen Parteien offensteht, die bereit sind, sich zusammenzusetzen und über den Frieden zu reden".

Was denken Deutsche zur „Friedensbewegung"?

Umfrage: Nur neun Prozent für Unterstützung

gba, Bonn

Nur gut ein Viertel (26 Prozent) der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland lehnt die „Friedensbewegung" ausdrücklich ab; allerdings wollen auch nur neun Prozent der Bürger diese „Bewegung" unterstützen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Infas-Instituts im Auftrag des Deutschen Fernsehens (ARD). Die Zahl der Unentschiedenen ist demnach relativ hoch.

Deutlicher wird das Bild bei der Aufschlüsselung nach Parteipräferenzen. 40 Prozent der CDU/CSU-Anhänger lehnen die „Friedensbewegung" rundweg ab, nur vier Prozent wollen sie unterstützen. Beim kleineren Koalitionspartner, den Freidemokraten, liegt die Ablehnung sogar bei 45 Prozent. Nur ein Prozent FDP-Anhänger würde die Friedensbewegung unterstützen. Bei den „Grünen" lehnen nur drei Prozent der im Monat August Befragten diese Bewegung ab, und 53 Prozent stellen sich hinter diese Gruppierungen. Bei der SPD halten sich überraschend Ablehner und Unterstützer fast die Waage: zwölf Prozent der SPD-Anhänger lehnen die „Friedensbewegung" ab, elf Prozent wollen ihr helfen.

Infas fragte auch konkret zum Raketen-Thema. Falls sich USA und UdSSR in Genf nicht über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen einigen sollten, wollen nur 14 Prozent der Befragten, daß dann sofort Mittelstreckenwaffen im Westen stationiert werden. 50 Prozent sind nach Infas für weiteres Verhandeln, 22 Prozent glauben, daß auf die Stationierung in jedem Fall verzichtet werden sollte, unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen in Genf.

Einen dritten Weltkrieg erwarten nach dieser Umfrage 17 Prozent der Bevölkerung; 78 Prozent meinten dagegen, ein dritter Weltkrieg werde nicht stattfinden. Durch eine eventuelle Stationierung von Mittelstreckenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sehen 47 Prozent der Befragten die Bedrohung vergrößert. 25 Prozent erwarten davon mehr Sicherheit, 28 Prozent sind unsicher und machten keine Angaben. Die Forderungen der „Friedensbewegung" bedeuten nach Ansicht von 21 Prozent eine Gefahr; 40 Prozent halten sie für verständlich, 33 Prozent sogar für „berechtigt."

Obwohl das Thema Frieden und Ab- oder Nach-Rüstung in aller Munde ist, steht es in einem Katalog politischer Prioritäten mit 48 Prozent erst an dritter Stelle. Für 58 Prozent ist der Themenbereich „Soziales", für 54 Prozent „Wirtschaft" wichtiger.

Seite 2: SPD und Friedensbewegte

Luftpiraten erzwangen Landung in Iran

DW. Teheran

Ohne Erlaubnis der iranischen Behörden ist gestern nachmittag die am Samstag auf dem Flug von Wien nach Paris entführte Verkehrsmaschine der „Air France" auf dem Flughafen Teheran gelandet. Über die Absichten der vier schwerbewaffneten Luftpiraten lagen zunächst keine Erkenntnisse vor; sie stammen wahrscheinlich aus Libanon oder Libyen und wollen mit ihrer Aktion angeblich gegen die Nahost-Politik Frankreichs protestieren, das Irak im Krieg gegen Iran unterstützt.

Das Flugzeug hatte zuvor in der syrischen Hauptstadt Damaskus Treibstoff aufgenommen. Auch für Damaskus war zunächst die Landeerlaubnis verweigert worden. Nach Damaskus war die Maschine von Catania in Sizilien gekommen, wo sie gegen die Freilassung von 55 Fluggästen aufgetankt worden war. In Teheran befanden sich dem Vernehmen nach noch 17 Fluggäste und acht Besatzungsmitglieder an Bord.

Nach der Übernahme der Maschine dirigierten die Luftpiraten das Flugzeug zunächst nach Genf um, wo 37 Passagiere freigelassen wurden. Anschließend bemühten sich die Entführer vergeblich um Landegenehmigungen in Bulgarien, Griechenland und Libyen.

Andropow-Offerte: Die Skepsis bleibt

● Fortsetzung von Seite 1

Hauptquartier in Brüssel wurde der Aspekt der psychologischen Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit im Andropow-Vorschlag herausgestellt und als geschickter und „außerordentlich öffentlichkeitswirksamer Schachzug" bezeichnet.

Eine erste Prüfung der neuen Vorschläge aus Moskau für die am 6. September beginnende Genfer Verhandlungsrunde, die Aufschluß darüber geben wird, ob und in welchem Umfang die NATO im kommenden Dezember über neue US-Mittelstrekkenwaffen wird verfügen müssen, hat westliche Fachleute in der Überzeugung gestärkt, daß die Sowjetunion weiter auf Erfolge ihrer Desinformationskampagne hofft und den Abschluß eines Reduzierungsvertrages vor allem auch deshalb hinausschiebt, um dem Westen „das Recht auf gleiche Sicherheit" zu bestreiten. Moskau will offenbar vermeiden, daß die westlichen Regierungen im Falle des Abschlusses eines „Zwischenergebnisses" gegenüber der westlichen „Friedensbewegung" darauf verweisen könnte, selbst die Sowjetunion habe die Stationierung der neuen Waffen rechtlich hingenommen.

Im übrigen, so heißt es in Fachkreisen, ziele Andropow mit seinem jüngsten Vorschlag, weil er geschickt eine gewisse Abrüstungsbereitschaft mit der Aufrechnung gegen die britischen und französischen Waffen kombiniere, auf die Unwissenheit weiter westlicher Bevölkerungskreise über die Zusammenhänge und die unterschiedliche Bedeutung von britischen, französischen oder amerikanischen Atomwaffen für die Machtbalance in Europa.

Außenminister Genscher hat auf die Unterschiede in der Bedeutung westlicher Nuklearpotentiale erst jüngst in seinem Schreiben an den sowjetischen Außenminister Gromyko nachdrücklich aufmerksam gemacht. Die Bundesrepublik kann sich nicht auf den Nuklearschutz von Mittelmächten wie Frankreich oder Großbritannien verlassen. Sie muß sich dem amerikanischen zuordnen. Dieser Atomschirm allein ist ein vollwertiges Pendant zum Nuklearpotential der sowjetischen Weltmacht. Dies habe, so Genscher gegenüber Gromyko, die Sowjetunion in zweifacher Weise anerkannt; beim Abschluß des Nichtverbreitungsvertrages über Kernwaffen und im Sommer 1980, als er und der damalige Kanzler Schmidt in Moskau gehört hätten, die britischen und französischen Waffen gehörten als „strategische Systeme" nicht in den Kontext der Mittelstreckenwaffen.

Washington vermeidet es, das Trennende zu betonen

TH. KIELINGER, Washington

Anders als bei früheren Erwiderungen auf sowjetische Vorschläge ist die offizielle amerikanische Reaktion auf das jüngste Abrüstungsangebot des Kreml diesmal betont freundlich ausgefallen. Grundsätzlich begrüßt man in Washington die klärenden Ausführungen Andropows über das, was die Sowjets unter „Abbau von Raketen" verstehen. Daß Moskau damit eine tatsächliche „Liquidierung" meint, wie Andropow jetzt sagt, war bisher nie ganz deutlich gewesen.

Entsprechend antwortete das State Department: „Wenn die Sowjets diese Position am Verhandlungstisch in Genf bestätigen sollten, würden wir das als ein positives Zeichen ansehen."

Im Weißen Haus wollte man vor einer eingehenderen Stellungnahme erst den Gesamttext des Andropow-Interviews studieren. In einer ersten Reaktion hieß es lediglich, die Vorschläge hätten „Ähnlichkeit mit früheren Statements dieser Art".

Die Antwort des State Departments enthält in ihrer knappen Länge zwei Grundpfeiler der amerikanischen Position: 1. Die US-Regierung lehnt es ab, sich mit den Sowjets öffentlich, sozusagen auf dem europäischen Marktplatz, über die INF-Verhandlungen auszutauschen. Verhandlungsort ist und bleibt Genf. Die Vorstöße Moskaus werden als gezielter Versuch zur Manipulation der öffentlichen Meinung in Westeuropa betrachtet.

Betont freundliche Sprache

2. Wohlweislich hat sich das US-Außenministerium nur zum Prozedere des Raketen-Abzugs geäußert und die sowjetische Intention gelobt, abzurüstende Systeme auch tatsächlich vernichten – und nicht etwa nach Asien verlegen – zu wollen. In keiner Silbe ist man offiziell auf den Kern von Andropows Vorschlag eingegangen: die Herabsetzung des sowjetischen Mittelstrecken-Arsenals auf die Zahl der britischen und französischen Atomsysteme, wenn die NATO im Gegenzug auf die Nachrüstung verzichtet. Diesen Vorschlag nämlich lehnt die amerikanische Regierung, im vollen Einklang mit ihren europäischen Verbündeten, weiterhin ab.

Man wollte in Washington aber bewußt das positive Element in Andropows Vorschlag betonen, nicht die trennende Position. Überhaupt befleißigen sich die Amerikaner zuletzt einer betont auf Freundlichkeit gestellten Sprache. Das wird untermauert mit etlichen bilateralen Kontakten, die – wie das neue Getreideabkommen – auch schon diplomatische Früchte getragen haben.

Die verbindliche Sprache kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Substanz der Mittelstrekken-Verhandlungen Washington nichts von der gemeinsamen NATO-Position preiszugeben gewillt ist. Die französischen und britischen Systeme gelten als unabhängige, nicht im INF-Kontext zählbare nationale Abschreckungsmittel. Sie sind im übrigen nur im Falle von 18 französischen Raketen auf Land stationiert, ein Vergleich mit den sowjetischen landgestützten Systemen – mehr als 60 Raketen vom Typ SS 4, SS 5 und SS 20 – verbietet sich also auch von daher.

Argumentativer Widerspruch

Schließlich bleibt ein konzeptionelles Argument, das Regierungskreise in Washington immer wieder betonen. Für die Verteidigung in Westeuropa, den nuklearen „Schirm", ist in letzter Instanz die USA verantwortlich. Keine Waffen von Drittländern können diesen Platz füllen. Wahrgenommen kann diese Verantwortung nur werden durch amerikanische Systeme, die den lückenlosen Anschluß an die amerikanische interkontinentale Abschreckung garantieren.

Die Anrechnung der Arsenale von Drittländern würde es Moskau darüber hinaus erlauben, so stark wie alle seine Gegner zusammen sein zu dürfen, daß heißt stärker als jeder einzelne von ihnen. Oder anders gesagt: stärker als die USA.

In dem Interview Andropows entdecken Beamte des State Departments einen großen argumentativen Widerspruch, den sie in Zukunft stärker in den Vordergrund zu stellen gedenken. Einerseits anerkennt der sowjetische Staatschef indirekt, daß Moskau zur Zeit im Mittelstreckenbereich ein Raketenübergewicht besitzt; sonst, so sagt man in Washington, könnte der Kreml-Chef ja nicht anbieten, auf die Zahl der britischen und französischen Systeme herunterrüsten zu wollen.

Dann aber widerspricht er sich, wenn er sagt, nach dem Beginn der NATO-Nachrüstung müsse die Sowjetunion, „um die Balance in Europa wiederherzustellen" (Andropows Worte), mit neuer eigener Stationierung antworten.

Wenn die Sowjets zur Zeit ein Übergewicht besitzen, dann gibt es keine „Balance", die durch die NATO-Nachrüstung gestört werde. Es könne also auch nicht um „Wiederherstellung" einer solchen Balance gehen, heißt es dazu im State Department. Vielmehr habe Andropow mit den beiden widersprüchlichen Äußerungen genau das umschrieben, was die sowjetische Absicht sei: nach Beginn der NATO-Nachrüstung Moskaus Vorsprung, der schon jetzt besteht, weiter zu sichern, durch zusätzliche Dislozierung neuer Raketen.

Lob für Albrechts Thesen

Genscher: Vorschläge prüfen / Lambsdorff ist skeptisch

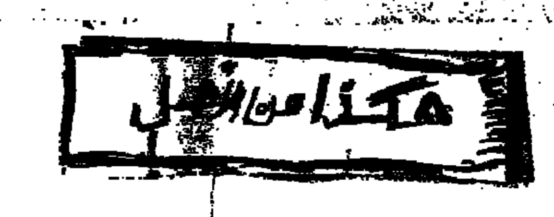
DW. Bonn

Die Vorschläge des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht (CDU) zur Ankurbelung der Wirtschaft, die unter anderem eine 20prozentige Steuerentlastung für Unternehmen, finanziert durch eine weitere Mehrwertsteuererhöhung, vorsehen, haben innerhalb der Bundesregierung prominente Fürsprecher gefunden. Aber es wurden auch kritische Stimmen laut.

Nachdem sich Bundeskanzler Kohl am Freitag noch zurückhaltend zu den zehn Thesen Albrechts (WELT vom 27./28. August) geäußert hatte, sagte Bundesfinanzminister Stoltenberg, Albrecht habe wirkungsvolle Beiträge für eine mittelfristige Strategie zur wirtschaftlichen Gesundung und grundlegenden Verbesserung der Arbeitsmarktlage geliefert.

Außenminister Genscher (FDP) setzte sich dafür ein, die Vorschläge „ernst zu nehmen und zu prüfen". Die FDP sehe darin „Einsichten beim Koalitionspartner, wie sie bei uns auch vorhanden sind". Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff sagte, er stimme mit Albrecht „in der Tendenz und dem Denkansatz überein", halte jedoch die Verwirklichung der Vorschläge für zweifelhaft. Die Steuerlast müsse nicht nur für die Betriebe, sondern für alle gemindert werden. Ähnlich äußerte sich Bundesarbeitsminister Blüm (CDU). Der DAG-Vorsitzende Brandt bezeichnete die Albrecht-Thesen als ungeeignet für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Seite 2: Die Anspruchsgesellschaft



Bewunderung für Firmen

Py. – Wie sich die Bilder gleichen: Der Satz, daß Not erfinderisch macht, diesmal bei der Eröffnung der Herren-Mode-Woche in Köln vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), gelassen ausgesprochen, hätte auch von seinem SPD-Vorgänger aus der Regierung vor der Wende stammen können. Die schmückenden Beiworte über die Leistungen der deutschen Bekleidungsindustrie in einem durch massive Importe aus Niedriglohnländern und eigene hohe Lohnkosten aufgezwungenen Strukturwandel wird austauschbar. Die SPD – immer etwas zur Euphorie neigend, nannte sie „bewundernswürdig", die CDU „anerkennenswert".

Unternehmermut braucht man vor Textilern nicht zu predigen, obwohl er manchem von ihnen in den letzten Jahren gewaltsam genommen wurde. Und die versprochenen besseren Rahmenbedingungen? Zu ihnen gehört doch wohl, daß man sich in Brüssel des eher noch undurchdringlicher werdenden Subventionsdschungels auch unter EG-Nachbarn energisch an- und nicht tatenlos zusieht, wie die überwiegend mittelständischen Bekleidungsbetriebe – von unrealistisch hohen Lohn- und Lohnnebenkosten erdrückt – zur Produktion im kostengünstigeren Ausland gezwungen werden, damit die wenigen verbliebenen heimischen Mitarbeiter überleben können. Eine Wende wird vielleicht dann kommen, wenn die ersten Bundeswehr-Socken mangels eigener Fertigung aus dem Ostblock bezogen werden müssen. Lächerlich? In Schweden war es schon mal soweit.

Leder-Sorgen

adh. – Die deutschen Lederwarenhersteller tun sich schwer. Jahr für Jahr schrumpft die Gilde der einst*mals prosperierenden Feintäschner* ein wenig mehr. Auch in diesem Jahr sank die Zahl der produzierenden Betriebe, der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitsstunden bereits um zehn Prozent. Dabei hat sich die Branche im Export durchaus respektable Erfolge geholt. Aber das absolute Volumen ist zu klein, um Ausgleich zu sein für das lahmende Inlandsgeschäft. Zwar sind die Läger bei den deutschen Lederwaren-Fachgeschäften leergeräumt, aber ob das den Händlern Mut machen wird, den deutschen Produzenten auf der Offenbacher 75. Internationalen Lederwarenmesse eine Auftragsflut zu bescheren, erscheint zweifelhaft. Solange die Unsicherheit über das weitere Konsumentenverhalten anhält, wird der einkaufende Handel vorsichtig bleiben, auch auf der Offenbacher Jubiläumsmesse. Zumal auch dort die deutschen Anbieter in scharfer Konkurrenz mit ausländischen Ausstellern stehen.

GROSSBRITANNIEN / Staatsbeteiligung an British Telecom wird veräußert

Die Regierung Thatcher will das Privatisierungstempo beschleunigen

WILHELM FURLER, London

In den ersten vier Jahren ihrer Amtszeit hat die Regierung Thatcher durch ihr ehrgeiziges Programm der Teilprivatisierung von Staatsunternehmen etwa zwei Milliarden Pfund (acht Milliarden Mark) in die Staatskasse fließen lassen. Geht alles nach Plan, dann dürfte die Privatisierungs-Aktion in der jetzt angetretenen zweiten Amtsperiode das Vier- oder gar Fünffache dieses Betrages einbringen.

Dies zeigt deutlich, wie ernst es der britischen Premierministerin mit ihrer Devise ist, daß die Grenzen des Staates im Wirtschaftsbereich „zurückgerollt" werden müssen. An der Reihe sind in den nächsten fünf Jahren Unternehmen, die durchaus als Kernstücke der britischen Wirtschaft bezeichnet werden können.

Bereits jetzt laufen zwischen dem Schatzamt, der Londoner Börse und der Bank von England die Drähte heiß, wie am besten der Verkauf von 51 Prozent an der staatlichen Fernmeldegesellschaft British Telecom über die Bühne gehen kann. Wie Cecil Parkinson, der neue Minister für Handel und Industrie, bestätigte, ist als Zeitpunkt für den Teilverkauf der Herbst nächsten Jahres vorgesehen.

Um Marktverstopfungen weitgehend zu vermeiden, die bei der Plazierung der Hälfte des mit 15 Milliarden Pfund zu Buche stehenden British Telecom-Kapitals zwangsläufig zu erwarten sind, wird die Börsenemission mit Sicherheit in einzelnen Tranchen im Verlauf von drei Jahren erfolgen. In der City rechnet man damit, daß die 51 Prozent an Telecom etwas vier Milliarden Pfund (16 Milliarden Mark) in die Staatskasse spülen werden.

Nicht ohne Grund ist die Regierung vorsichtig geworden, was die technische Abwicklung der Teilprivatisierungen betrifft. Der im Herbst 1982 vorgenommene Verkauf von 51 Prozent der Aktien der Ölgesellschaft Britoil, die bis dahin als Explorations- und Produktionsarm der British National Oil Corporation voll in Staatsbesitz war, hat sich nämlich eher als Reinfall erwiesen. Kaum mehr als ein Viertel der insgesamt 255 Millionen Anteile, die von der Regierung zu einem Mindestpreis von je 2,15 Pfund im Tenderverfahren zum Kauf angeboten worden waren, ist damals tatsächlich gezeichnet worden.

Der Regierung ist bewußt, daß sich bei der wachsenden Größenordnung der Privatisierungs-Objekte ähnliche Fehler nicht wiederholen dürfen. Immerhin steht neben British Telecom seit kurzem ein zweiter großer Brokken auf dem Programm: der Verkauf von 51 Prozent an British Gas. Er dürfte, wenn alles nach Plan verläuft, geschätzte drei Milliarden Pfund einbringen. Bereits seit längerem beschlossene Sache ist die Veräußerung der Rohölfelder im Besitz der staatlichen Gasgesellschaft, entweder stückweise an andere Ölkonzerne, oder insgesamt an der Börse, für 300 bis 400 Millionen Pfund.

Erst kürzlich hat Schatzkanzler Nigel Lawson auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet, daß das Schatzamt weitere acht Prozent der Anteile am britischen Ölkonzern BP veräußern wird. Gegenwärtig hält die Regierung knapp 39 Prozent der BP-Anteile. Dieser Verkauf dürfte etwa 500 Millionen Pfund erlösen.

Außerdem stehen auf dem Privatisierungs-Kalender der Regierung folgende Objekte: 51 *oder sogar hundert* Prozent an der staatlichen Fluggesellschaft British Airways (1985/86) für geschätzte 500 Millionen bis eine Milliarde Pfund, die Kriegsschiff-Werften von British Shipbuilders innerhalb der nächsten zwei Jahre für 200 bis 300 Millionen Pfund, die profitablen Unternehmenstöchter des Automobilherstellers British Leyland wie etwa Land-Rover, Jaguar und die Ersatzteilfertigung in den nächsten zwei Jahren für 200 Millionen Pfund, einzelne Flughäfen oder die gesamte in Staatshand befindliche Flughafen-Gruppe (1984/85) für bis zu 400 Millionen Pfund, die staatlichen Rüstungsbetriebe (Royal Ordnance Factories) zwischen 1985 und 1986 für 200 bis 400 Millionen Pfund. Teile der Staatsbahn wie die Fährtochter Sealink und der Hovercraft-Bereich (1983/84) für etwa 100 Millionen Pfund

US-AKTIENMÄRKTE

Notenbankkurs verunsichert Anleger – Zinsen ziehen an

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Umsätze an den US-Aktienmärkten sind in diesen heißen Sommerwochen derart geschrumpft, daß schon kleine Geschäfte starke Kursbewegungen auslösen. Das zeigte sich am Freitag, als der Dow-Jones-Industrie-Index um 7,01 auf 1192,07 und der breitere Nyse-Index um 0,62 auf 93,80 Punkte anzogen. Im Wochenverlauf verloren die beiden wichtigsten Börsenbarometer jedoch 2,14 und 1,12 Punkte, wobei vor allem die Standardwerte Boden einbüßten. Von einer Fortsetzung der Hausse kann also keine Rede sein; vielmehr bleiben besonders die institutionellen Anleger in Wartestellung.

An der Wall Street gehen immer mehr Broker davon aus, daß der Kurstrend zunächst weiter nach unten zeigt. Folgt man ihrem Urteil, dann kann der „Dow" kurzfristig auf 1125 Punkte zurückfallen. Im Gegensatz zu den optimistischen Prognosen der Reagan-Administration verstärkt sich in Manhattan die Furcht, daß das derzeit kräftige wirtschaftliche Wachstumstempo in den USA nicht lange anhält. Dazu Greg Smith, Chefanalyst bei Prudential-Bache: „Die enorme Defizitfinanzierung treibt die Zinsen so hoch, daß sich der Konjunkturaufschwung im ersten Halbjahr 1984 erheblich verlangsamt." Laut Smith erhöht sich die Prime Rate bis Ende Dezember von zur Zeit elf auf zwölf Prozent, Treasury Bonds verteuern sich auf etwa 13 Prozent.

Für diese Zinsrichtung spricht das Verhalten der US-Notenbank, die *nicht bereit* ist, ihre Geldpolitik zu ändern. Sie bestätigte das am Donnerstag, als sie durch Wertpapierverkäufe Bankenliquidität abschöpfte und so den Tagegeldsatz wieder von 9¼ auf 9½ Prozent nach oben drückte. Außerdem signalisiert das nun veröffentlichte Sitzungsprotokoll vom 12./13. Juli eine Drosselung der Geldmenge: Von den zwölf Mitgliedern des Offen-Markt-Ausschusses sprachen sich zehn dafür aus. Im dritten Quartal soll das Aggregat M1 (Bargeld und Sichteinlagen) auf eine Wachstumsrate von sieben (zur Zeit: 11,2) Prozent zurückgeführt werden.

Damit sind die Hoffnungen der Börsianer, das „Fed" würde die Geldzügel eher lockern, erst einmal geplatzt. Hinzu kommt, daß M1 in der letzten Berichtswoche nur um 200 Millionen Dollar gesunken ist. Daraufhin schossen am Freitag die Zinsen auf breiter Front in die Höhe, weil das zusätzlich auf eine Liquiditätsverknappung hindeutet. Man hatte erwartet, die Notenbank würde durch einen größeren Rückgang mehr Spielraum erhalten. Der Dollar schnellte in New York am Freitag nachbörslich auf 2,6890 Mark, verglichen mit 2,6715 Mark in Europa.

Das Klima an den US-Aktienmärkten wird sich auch deshalb verschlechtern, weil Geldanlagen im Kreditbereich schon jetzt höhere Renditen bringen. Nicht beeindruckt hat die Verbesserung der Produktivität in der April-Juni-Periode um 6,1 Prozent.

Tanz um den Vulkan

Von JAN BRECH

Die schwere Werftkrise an Elbe und Weser ruft viele auf den Plan. An Vorschlägen, wie der Schiffbau in Deutschland gerettet werden könnte, fehlt es nicht. Fast alle öffentlich diskutierten Konzepte haben freilich einen gravierenden Mangel. Sie verschweigen die Wahrheit und gaukeln Illusionen vor.

Eine ehrliche Analyse der Lage und klare Aussagen, welche Konsequenzen zu ziehen sind, stünde gegenwärtig vor allem den Verantwortlichen in Bremen gut an. Hier kämpfen die Großwerften AG „Weser" und der Bremer Vulkan ums Überleben, während die Anteilseigner, das Land Bremen und der Bund, mit Ausdauer das Spiel vom „Wer hat den Schwarzen Peter?" spielen.

Das Zögern und Taktieren beschleunigt das drohende Ende der Werftindustrie in Bremen. Einmal ist es für beide Werften zur Zeit fast unmöglich, Aufträge hereinzuholen. Welcher Reeder verhandelt schon mit einer Werft, von der er nicht weiß, ob sie stillgelegt wird oder nicht. Zum anderen verteuert jeder Tag, an dem keine Entscheidungen fallen, die Sanierung erheblich.

Dabei wissen alle, die mit dem Problem in Bremen befaßt sind, was zu tun ist: eine der Werften muß den Betrieb in Bremen schließen, 2000 bis 3000 Arbeitsplätze müssen geopfert werden, wenn 7000 gerettet werden sollen, und für die Sanierung müssen insgesamt 200 bis 300 Millionen Mark aufgebracht werden.

Schiffbau in Bremen hat nur eine Zukunft, wenn die Struktur rigoros bereinigt wird. Konzepte dafür liegen seit einigen Monaten vor. Die Einbringung des Vulkan, der AG „Weser" und der Hapag-Lloyd-Werft in eine Gesellschaft bleibt vernünftig. Lebensfähig wird dieses Gebilde jedoch nur dann, wenn der Schiffbau in Bremen an einem Platz und die Reparatur bei Hapag-Lloyd in Bremerhaven konzentriert wird. Konkret heißt das: Entweder die AG „Weser" muß ihren Betrieb in Bremen-Gröpelingen stillegen, oder der Vulkan seine Tore in Bremen-Vegesack schließen.

Das vom Vorstand des Vulkan erarbeitete Konzept geht davon aus, daß die Sanierung bei einer Stillegung des AG „Weser"-Betriebs am billigsten ist und die größten Überlebenschancen sichert. Allerdings müßten beim Vulkan dann rund 60 *Millionen Mark* investiert werden. Die AG „Weser" und der Großaktionär Krupp halten dagegen, daß der Neubau in Gröpelingen verbleiben muß, weil in diesen Betrieb in den vergangenen Jahren bereits 200 Millionen Mark zur Umstrukturierung investiert worden seien. Überzeugend ist diese Argumentation nicht. Krupp hat vielmehr rund 200 Millionen Mark aufwenden müssen, um vor allem Verluste abzudecken, die das Ergebnis einer falschen Unternehmenspolitik waren.

Für Externe ist schwer zu erkennen, welche Lösung betriebswirtschaftlich am fundiertesten ist und welche Werft über das meiste Know-how verfügt. Bei allem Hickhack sollte eines aber nicht übersehen werden. Wird ein Sanierungskonzept nicht bald realisiert, ist die AG „Weser" das erste Opfer. Während der Vulkan noch bis ins nächste Jahr Aufträge hat, sind die Bücher der AG „Weser" leer. Der Betrieb Bremen ist ab Herbst beschäftigungslos. Die enormen Kosten aus Unterbeschäftigung machen das Unternehmen zum Sanierungsfall Nr. 1.

Dies im übrigen nicht zum ersten Mal. Die Lage der gesamten Werftindustrie in Bremen wäre heute besser, hätte das Land dem Großaktionär Krupp nicht bereits vor drei Jahren den Entschluß ausgeredet, die Bremer Werft zu schließen.

Jede Entscheidung in Bremen, die sich an der Aufgabe ganzer Werftplätze vorbeimogelt, vertagt nur das Problem. Die Subventionierung von kurzfristig beschäftigungssichernden Aufträgen ohne eine Veränderung der Struktur ist pure Verschleuderung öffentlicher Gelder. Kurz vor der Wahl mehren sich freilich die Gerüchte, daß Bremen die „Politik der falschen Hoffnung" weiterführen will. Mehr Sachverstand würden die Politiker beweisen, wenn sie die Werften zu einem gemeinsamen Konzept zwingen, das Chancen für den bremischen Schiffbau hat und Bonn überzeugt, daß nicht Geld in ein Faß ohne Boden gestopft wird. An die Adresse von Politikern und Aktionären kann nicht oft genug wiederholt werden: daß dies angesichts des bevorstehenden Bankrotts der Unternehmen noch nicht geschehen ist, ist ein Skandal.

AUF EIN WORT



„Marktnähe ist Voraussetzung, um der individuellen Nachfrage zum Durchbruch zu verhelfen, die allein den Markt wieder festigen kann, nicht das Hoffen auf Marktimpulse aus gesteuerten Programmen."

Dr. Horstmar Stauber, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Frankfurt. FOTO: DPA

Otto Wolff mahnt: Subventionen kürzen

dpa/VWD, Stuttgart

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hat die Bundes*regierung an ihr Versprechen erinnert*, die Subventionen zu kürzen. Im Hinblick auf die Vorlage des Subventionsberichts der Regierung am Mittwoch sagte Wolff im Süddeutschen Rundfunk, er wisse sich mit dem gesamten Mittelstand einig, der das Subventionsunwesen mit größtem Mißfallen beobachte. Mehr Subventionen – sie steigen laut Subventions*bericht um* zwei auf 29 Milliarden Mark – bedeuteten auch mehr Staat, sagte Wolff. Außerdem dürfe eine „Regierung, die am Ruder ist, sich nicht ängstlich gegenüber ihrer Klientel verhalten". Es müsse jetzt ein klarer Schritt nach vorn getan werden.

OFFENBACHER MESSE

Lambsdorff warnt wieder vor Milliardenprogrammen

AP/dpa, Offenbach

Zur Eröffnung der 75. Internationalen Lederwarenmesse in Offenbach hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor den „geradezu verhängnisvollen" Konsequenzen der von den SPD-regierten Bundesländern geforderten, staatlichen Milliardenprogramme gewarnt, die über Kredite und zusätzliche Steuern finanziert werden sollten. Die Konjunktur ist in den letzten Monaten nach Ansicht von Lambsdorff ohnehin besser gelaufen, als es die Bundesregierung noch im Frühjahr erwartet habe. Obwohl sich in den Sommermonaten wieder Skepsis breitgemacht habe, hätten sich die wirtschaftspolitischen Rahmendaten deutlich verbessert.

Angesichts der bestehenden Probleme hat die Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen nach Meinung Lambsdorffs ein viel zu hohes Gewicht bekommen. Er sperre sich nicht gegen eine flexiblere Regelung der Arbeitszeit dort, wo ohne zusätzliche Belastung der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte tatsächlich Beschäftigungseffekte erzielt würden, sagte der Minister. Er warne jedoch vor den Illusionen, die mit der Forderung nach der raschen Einführung der 35-Stunden-Woche und der Senkung der Lebensarbeitszeit verbreitet würden.

An der viertägigen Lederwarenmesse, die zeitlich mit der Frankfurter Herbstmesse zusammenfällt, beteiligen sich 487 Aussteller aus 20 Ländern. Nach Einschätzung des Präsidenten der Messegesellschaft, Winfried Kralle, muß sich die Branche darauf einstellen, daß die offensichtliche Schrumpfung „noch eine ganze Zeit" anhalten werde. Er hoffe aber, daß die Messe einem Umschwung bringen werde.

WÄHRUNGSFONDS

Weil der Kongreß blockt, soll Bundesrepublik helfen

H.-A. SIEBERT, Washington

Besorgt darüber, daß die im Frühjahr beschlossene Quotenerhöhung wegen des Widerstandes im amerikanischen Kongreß nicht rechtzeitig in Kraft tritt, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) auf Drängen seines geschäftsführenden Generaldirektors, des Franzosen Jacques de Larosiere, Kreditverhandlungen mit der Bundesrepublik, der Schweiz, Großbritannien und Japan aufgenommen. Das haben zuverlässige Quellen in Washington bestätigt. Als „reine Spekulation" wurde jedoch der von der „New York Times" genannte Gesamtbetrag – sechs Milliarden Dollar – bezeichnet.

Wie gegenüber der WELT betont wurde, sollen die vier Industriestaaten etwa drei Milliarden Dollar bereitstellen, während Saudi-Arabien um einen Betrag in gleicher Höhe gebeten wird. Außerdem werden die Gespräche in der Hauptsache über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel geführt, die dem IWF bereits eine Kreditlinie über *1,3 Milliarden Dollar* eingeräumt hat, an der 16 Länder beteiligt sind. Es handelt sich um Halbjahreskredite, wobei die BIZ einen Teil direkt zur Verfügung stellt.

Wegen der Verschuldungskrise, die er einzudämmen versucht, hat der IWF bis Ende Dezember schon mehr Mittel zugesagt, als er besitzt. Die *Lücke* beträgt umgerechnet sieben Milliarden Mark. Im Augenblick sieht es kaum aus, daß der Kongreß den US-Quotenanteil termingerecht freigibt. Die BIZ-Gouverneure treten am 12. September zusammen; zwei Wochen später beginnt in Washington die IWF-Jahrestagung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wellen der Teuerung

Anstieg der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik Deutschland in %

Erste Ölkrise — Zweite Ölkrise

+2,6 · +0,9 · +3,0 · +3,5 · +1,7 · +7,0 · +2,7 · +5,9 · +3 · −1,8

1953 55 57 59 61 63 65 67 69 71 73 75 77 79 81 1983

Die Inflationsrate, die im Januar 1983 noch bei 3,9 Prozent lag, ist zur Jahresmitte auf 2,5 Prozent zurückgegangen. Damit ist die zweite große Teuerungswelle in der Bundesrepublik nach dreieinhalb Jahren zu Ende gegangen. Ihren Höchststand hatte sie 1981 mit einer Jahresinflationsrate von 5,9 Prozent. *Die erste Teuerungswelle hatte sogar fast sechs Jahre* – von 1971 bis 1976 – angehalten und noch höhere Preissteigerungen mit sich gebracht. QUELLE: GLOBUS

IWF-Programm für Venezuela verschoben

Caracas (rtr) – Venezuela und eine Delegation des Internationalen Währungsfonds *(IWF) haben sich nach* Angaben aus Finanzkreisen auf eine Verschiebung des vom Fonds geforderten drastischen Wirtschaftsprogramms auf das kommende Jahr verständigt. Den Kreisen zufolge haben die Delegation und Vertreter der venezolanischen Regierung Einigkeit darüber erzielt, daß eine Verständigung über ein *Programm zur Sanierung* der Wirtschaft des Landes vor den Präsidentenwahlen am 4. Dezember nicht möglich ist. Die Verschiebung des IWF-Programms lasse allerdings Zweifel aufkommen, ob noch in diesem Jahr eine Einigung mit den Banken über die von Venezuela beantragte Umschuldung von 18,4 Milliarden Dollar *Auslandsverbindlichkeiten* möglich sein wird. Bislang habe der Bankenberatungs-Ausschuß, dem Vertreter von 13 internationalen Instituten angehören, eine Einigung mit dem IWF auf ein Wirtschaftsprogramm zur Voraussetzung für jegliche Umschuldung gemacht.

Weg der Kurse

	26. 8. 83	19. 8. 83
Boeing	37,25	38,625
Chrysler	26,125	25,75
Citicorp	38,875	38,75
Coca-Cola	51	51,25
Exxon	37,625	38,375
Ford Motors	54,875	56,25
IBM	118	122,25
PanAm	7,625	7,625
US Steel	27	27,375
Woolworth	35	36,50

BMW erhöht Preise

München (rtr) – Die Bayerische Motoren Werke AG (BMW) hebt die Pkw-Preise in der Bundesrepublik *Deutschland mit Wirkung von heute* an. Wie das Unternehmen mitteilt, beträgt die Erhöhung durchschnittlich 1,5 Prozent. Bei den Modellen „316", „318" und „518" seien in den höheren Preisen umfangreiche Verbesserungen enthalten. Der billigste BMW, der „315", kommt damit knapp an die 18 000-Mark-Grenze heran.

Inflation ungebrochen

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Die Inflation galoppiert in Brasilien weiter und dürfte nach einer Berechnung des führenden brasilianischen Wirtschaftsinstituts „Stiftung Getulio Vargas" im laufenden Jahr zwischen 160 und 180 Prozent liegen. Die Geldentwertung habe allein im August zwischen neun und zehn Prozent betragen. *Die brasilianische Zentralbank* hat erneut den Cruzeiro gegenüber dem US-Dollar abgewertet, diesmal um 2,14 Prozent. Die neue Kurskorrektur ist die 35. Abwertung des Cruzeiro in diesem Jahr, der damit seit Januar gegenüber dem Dollar 165,7 Prozent an Wert verloren hat.

Industrie: China-Reise Erfolg

Düsseldorf (dpa/VWD) – Verlauf und Ergebnisse des zehntägigen China-Besuches des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau werden von der Wirtschaft positiv beurteilt. Die Industrievertreter, die Rau begleiteten, gaben in abschließenden Bewertungen gegenüber dpa/VWD zu erkennen, die Rau-Reise habe ihr wichtigstes Ziel erreicht: Türen zu öffnen für neue chinesische Exportaufträge an die deutsche Industrie. Auf seiner Reise, die gestern zu Ende ging, hatten Rau und die ihn begleitenden Wirtschaftler in Peking mit Vertretern der chinesischen Staats- und Parteiführung konferiert und in Wuhan und Shanghai industrielle Großprojekte besichtigt.

Teuerungsrate zieht an

Hamburg (dpa/VWD) – Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik steigen wieder. In Baden-Württemberg lag die Inflationsrate im August um 3,1 Prozent höher als vor Jahresfrist, verglichen mit 2,4 Prozent im Juli, berichtete das Statistische Landesamt, Stuttgart. Auch in Bayern wurde für August ein Anstieg des Preisindex von 2,9 Prozent nach 2,4 Prozent im Juli gemeldet. Die Inflationsrate im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen lag im August um drei Prozent über dem Vorjahr, verglichen mit 2,6 Prozent im Juli.

Wochenausweis

	23.8.	15.8.	23.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	66,9	66,4	69,1
Kredite an Banken	68,2	64,2	67,0
Wertpapiere	7,9	8,0	7,4
Bargeldumlauf	99,0	101,5	101,1
Einl. v. Banken	39,5	44,5	38,7
Einl. v. öffentl. Haushalten	7,3	2,2	9,0

STAATSVERSCHULDUNG

IW: Handlungsspielraum wird immer weiter eingeengt

rtr, Köln

Die wachsende Last der öffentlichen Schulden droht nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) den Handlungsspielraum der Finanzpolitik immer weiter einzuengen. Wie das Institut in einer am Wochenende vorgelegten Information feststellt, ist es deshalb wichtig, den sogenannten *harten Kern* der Staatsverschuldung, das sogenannte strukturelle Defizit, in den öffentlichen Haushalten abzubauen und damit ein zielgerichtetes staatliches Handeln möglich zu machen.

Dieses strukturelle Defizit dürfte laut IW wegen zusätzlicher Belastungen, zum Beispiel durch die Sozialversicherung und die Finanzierung der EG, mit rund 35 Milliarden DM anzusetzen sein, während der Sachverständigenrat 25 Milliarden DM für 1983 veranschlagt habe. Ein verhältnismäßig zügiger Abbau dieses Fehlbetrages sei möglich, wenn es gelinge, das Volumen der öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren weniger stark steigen zu lassen, als das Bruttosozialprodukt nominal wächst.

Wie das Institut weiter schreibt, ist das strukturelle Haushaltsdefizit Ausdruck eines über einen längeren Zeitraum bestehenden Ungleichgewichts zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben. Dagegen sei der konjunkturbedingte Teil der jährlichen Kreditaufnahme anders zu beurteilen. Es könne durchaus sinnvoll sein, bei nachlassender Konjunktur durch zusätzliche Kreditaufnahme öffentliche Investitionen zu finanzieren. *Dies sei in der Vergangenheit* jedoch vielfach nicht geschehen.

Während die Verschuldung in den siebziger Jahren sprunghaft zugenommen habe, sei die Investitionsquote auf lediglich 5,9 Prozent im Jahr 1983 geschrumpft.

INNERDEUTSCHER HANDEL / Im zweiten Halbjahr weniger Wachstum?

Mit Skepsis zur Messe nach Leipzig

PETER WEERTZ, Berlin

Vor der Herbstmesse in Leipzig, die am nächsten Sonntag (4. 9.) eröffnet wird, sind die Erwartungen der Aussteller aus der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins nicht allzu optimistisch. Wie aus einer Umfrage der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR" hervorgeht, erwarten die befragten Liefer- und Bezugsfirmen von der Herbstmesse keine Belebung des Handels. Zusammenfassend meint die Arbeitsgemeinschaft: „Die erhofften Messe- und Nachmesseabschlüsse werden voraussichtlich den für das zweite Halbjahr erwarteten Wachstumsrückgang auf der westlichen Lieferseite nicht auffangen."

Keineswegs sei damit zu rechnen, daß der Milliardenkredit zu zusätzlichen Aufträgen im innerdeutschen Handel führe, meint auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT). Dieser ungebundene Finanzkredit werde vielmehr von Ost-Berlin für die Zinszahlungen und die Rückzahlung fälliger westlicher Kredite benötigt.

Trotz der Skepsis der Aussteller erwartet die Arbeitsgemeinschaft jedoch, daß der innerdeutsche Handel in diesem Jahr insgesamt das Rekordergebnis von 14,1 Mrd. DM des Vorjahres übertreffen und einen Gesamtumsatz (Lieferungen, Bezüge und Dienstleistungen) von etwa 15 Mrd. DM erreichen wird. Im ersten *Halbjahr 1983 war der innerdeutsche* Handel, wie berichtet, um 16 (Vorjahr 14) Prozent auf 7,9 Mrd. DM gewachsen. Allerdings hatten dabei die westdeutschen Lieferungen um ein Drittel, die der „DDR" nur um magere zwei Prozent zugenommen.

Was die Aussteller schreckt, sind das *Ungleichgewicht zwischen Lieferungen* und Bezügen und im Warenverkehr der hohe Lieferüberschuß der Bundesrepublik von 470 Mill. DM. Zusammen mit den Dienstleistungen erhöht sich der Überschuß sogar auf 700 Mill. DM für das zweite Halbjahr. Im gesamten Jahr hält die Arbeitsgemeinschaft ein Defizit von einer Mrd. DM für möglich. Als Reak*tion auf dieses Defizit sind im zweiten Quartal* im Vergleich zum ersten die Bestellungen Ost-Berlins schon gesunken.

Die „DDR" hat zwar die Vorteile des innerdeutschen Handels noch besser genutzt als in den Vorjahren, aber in den Wirtschaftszweigen war die Entwicklung unterschiedlich. Nicht zu übersehen sei das Übergewicht und die „ungebrochene Nachfrage" nach westdeutschen Produkten der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Stahlindustrie ihren Auftragsbestand verdreifachen. *Gefragt waren überdies Futtermittel*, Ernährungsgüter, Lederwaren und technische Gebrauchsgüter. Im „Windschatten" des kräftigen Wachstums lagen hingegen im ersten Halbjahr Maschinenbau und Elektrotechnik.

FRANKREICH / Zum Abschluß der Sommerpause

Milde Gewerkschaftstöne

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unerwartet milde Töne hat der Generalsekretär der kommunistischen CGT, Henri Krasucki, zum Abschluß der Sommerpause angeschlagen. Alle Schwierigkeiten könnten eine Lösung finden, erklärte er vor der Presse.

Besonders überrascht hat die Zurückhaltung, die sich Krasucki zum Thema Protektionismus – dem großen Steckenpferd der CGT – auferlegt. Zwar müßte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die „Reorganisation des französischen Marktes" (das Wort „Rückeroberung" wurde nicht verwendet) unterstützt werden. Dafür aber sei eine „internationale *Zusammenarbeit" notwendig.*

Diese Erklärung steht im Widerspruch zu den Aktionen, die die CGT in den Betrieben selbst durchführt. So bedrohte sie zuletzt Zeitungsverlage mit Streiks, die ausländisches Papier bedrucken. Immerhin hält Krasucki dies für ein „Modell mit Fortsetzung". Offensichtlich wollte er sich aber den Anstrich eines gemäßigten Gewerkschaftsführers geben – um sich von seinem Kontrahenten Edmond Maire nicht das Wasser abgraben zu lassen.

Der Generalsekretär der linkssozialistischen CFDT hatte tags zuvor in einem „Monde"-Interview die Austerity-Politik der Regierung als wirtschaftlichen Erfolg bezeichnet, obwohl sie soziale Gefahren heraufbeschwöre. Aber der Sozialismus sei für ihn keine Wachstumsrate, sondern eine „Art des Lebens".

So weit wollte Krasucki allerdings nicht gehen. Wenn das Wachstum al*lein auch nicht ausreiche, um* die Gesellschaftsordnung zu ändern, so sei es doch eine Bedingung dafür, meinte der Kommunist. Im übrigen forderte er die weitere Herabsetzung des Pensionsalters und Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

RENTENMARKT / Angst vor Zinsanstieg in den USA

Haltung einigermaßen stabil

Der Rentenmarkt macht derzeit einen einigermaßen stabilen Eindruck. Er hat in der letzten Woche eine bessere Performance gezeigt als der amerikanische, an dem er sich zu orientieren pflegt.

Die Befürchtung einer Lombardsatz-Erhöhung tangierte den Markt ebensowenig wie ihr Ausbleiben. Man rechnet nun damit, daß die Bundesbank Anfang Oktober die Leitzinsen heraufsetzt, sofern sich das Geldmengenwachstum nicht deutlich abschwächt. Für die neue Woche ist ein leichter Wiederanstieg der Renditen nicht ausgeschlossen für den Fall, daß der amerikanische Markt auf den geringer als erwartet ausgefallenen Geldmengenrückgang sauer reagiert. (cd.)

Emissionen	26.8. 83	19.8. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,84	7,83	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,75	7,74	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,00	8,05	7,11	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,04	8,00	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,90	7,94	7,05	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,62	7,67	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,38	8,40	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,91	7,94	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,33	8,25	8,45	10,32	8,32

DIW-Präsident sieht wenig Initiativen

hg. Bonn

„Mit defensiven Strategien werden wir unsere wirtschaftlichen Probleme auf die Dauer nicht lösen." Professor Hans-Jürgen Krupp, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, hält die Diskussionen über Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Abbau der Staatsverschuldung in ihrer jeweiligen Einseitigkeit für gefährlich, „denn die deutsche Volkswirtschaft hat bei geeigneten Rahmenbedingungen nach wie vor erhebliche Wachstumschancen", sagte Krupp während eines Vortrags in Baden-Baden: Zu ihrer Erschließung seien jedoch offensive Strategien nötig. Der Professor beklagte, daß es zu wenig „initiative Unternehmer" gibt. Wachstumsanstöße und Innovationen entstünden in hohem Umfang bei neuen, kleinen und mittleren Unternehmen. Deren Gründung sei mithin zu fördern. Außerdem müsse er den deutschen Unternehmen ankreiden, daß sie auf den Weltmärkten nicht genügend präsent seien: „Inzwischen ist es so weit, daß hochwertige Spitzenprodukte deutscher Hersteller von japanischen Handelshäusern vertrieben werden."

Abkommen über Mexiko-Schulden

AFP, New York

Die mexikanische Regierung hat am Freitag in New York ein Abkommen über die Umschuldung der Hälfte ihrer Auslandsverbindlichkeiten unterzeichnet. An der Sitzung nahmen unter Führung der „Manufacturers Hanover Trust Company" 530 verschiedene Bankinstitute aus aller Welt teil.

Das Abkommen bezieht sich auf 11,4 Mrd. Dollar und räumt Mexiko für die Fälligkeiten vom 23. August 1982 bis zum 31. Dezember 1984 eine Stillhaltefrist von vier Jahren ein. Die Rückzahlungen werden außerdem als neue Anleihe mit achtjähriger Laufzeit umgeschuldet. Der mexikanische Finanzminister Jesus Silva Herzog wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Defizit der öffentlichen Hand in Mexiko derzeit nurmehr 24 Prozent der Schuldenlast ausmache, die noch vor einem Jahr zu tragen war. Außerdem habe die Inflationsrate erheblich gedrosselt werden können. Durch diese Erfolge habe Mexiko das Vertrauen der internationalen Finanzwelt zurückgewonnen, meinte Silva Herzog.

GASTARBEITER / Ausländische Bevölkerung in Frankreich bei 4,46 Millionen

Ruf nach Beschränkungen wird lauter

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Rezession, die Frankreich erst *jetzt nach dem Scheitern seiner* expansiven Wirtschaftspolitik zu spüren bekommt, verschafft dem Gastarbeiterproblem aktuelle Bedeutung. Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit fordern selbst die Gewerkschaften die Begrenzung der Immigration. Andererseits bangen sie um ihre Mitgliederzahl (und ihre Beiträge) sowie um die gefügigen Gastarbeiterstimmen bei den Betriebsratswahlen.

Kaschiert werden solche höchst materiellen und egoistischen Überlegungen vor allem von der kommunistischen CGT mit humanitären Bekenntnissen und dem Hinweis darauf, daß Frankreich seit Jahrhunderten ein Land des Asyls sei. Auf der anderen Seite steht die liberale Angestelltengewerkschaft CGC, die die Rückkehr aller weniger als zehn Jahre in Frankreich lebenden Gastarbeiter zu akzeptablen finanziellen und humanen Bedingungen vorschlägt.

Die Regierung selbst nimmt einen mittleren Standpunkt ein. So erklärte kürzlich Staatspräsident Mitterrand, daß Frankreich zwar in verschiedenen Bereichen Bedarf an Gastarbeitern habe, daß aber die illegale Immigration aufhören müsse. Außerdem sollte ein besseres Gleichgewicht in der Gastarbeiterbelastung der verschiedenen Regionen, die zum Teil ein exzessives Maß erreicht habe, hergestellt werden.

Nach letzten Angaben des Innenministeriums waren in Frankreich Anfang August 4,46 Millionen Ausländer registriert, gegenüber 4,22 Millionen ein Jahr zuvor. Obwohl ein Einwanderungsstopp existiert, von dem ihm Rahmen zweiseitiger Verträge allerdings Ausnahmen zugelassen sind und dessen Kontrolle unterschiedlich gehandhabt wird, hat die ausländische Bevölkerung also weiter zugenommen. Unter Berücksichtigung der illegalen Gastarbeiter wird sie auf etwa sechs Millionen geschätzt, was rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.

Am stärksten ist die Immigrationsquote in der Pariser Region (20 Prozent). Hier leben auch die meisten der 631 000 europäischen Ausländer, während Korsika (17 Prozent) hauptsächlich von den nordfranzösischen Gastarbeitern bewohnt wird. Das gleiche gilt für die Regionen Rhône-Alpes (11,3 Prozent) und Provence-Côte d'Azur (10,5 Prozent). Die meisten Gastarbeiter sind Algerier (805 000), gefolgt von den übrigen afrikanischen Staaten.

Wie in der Bundesrepublik, so fördert auch Frankreich die freiwillige Rückkehr der Gastarbeiter durch Prämien, die aber hier mit zur Zeit 10 000 Franc dreimal so niedrig sind wie die deutschen. Innenminister Defferre hat jetzt außerdem vorgeschlagen, daß Frankreich für die zurückkehrenden Gastarbeiter in deren Heimatländern moderne Fabriken bauen sollte, um so ihrer französischen Ausbildung entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen.

Sollte sich die Einwanderung in dem bisherigen Umfang fortsetzen, dann würde im Jahr 2000 wegen des Geburtenreichtums der Gastarbeiter deren Anteil an der französischen Bevölkerung 25 Prozent erreichen, was allgemein als unvertretbar angesehen wird. Schon heute erscheint vielen Franzosen die kritische Schwelle der Gastarbeiterzahl erreicht.

Handelskammer über Dollarkurs besorgt

dpa/VWD, Hamburg

Die deutsche Exportwirtschaft sollte sich nach Ansicht des Präses der Handelskammer Hamburg, Carl-Heinz Illies, nicht zu sehr von kurzfristigen Wechselkursschwankungen, wie dem jüngsten Dollar-Höhenflug, beeinflussen lassen. Er habe erhebliche Zweifel, daß der hohe Dollarkurs den deutschen Export in einem Maße ankurbeln könne, um die deutsche *Konjunktur in Gang zu bringen.*

Man wisse aus Erfahrung, daß der Wechselkurs im allgemeinen eher eine langfristige Wirkung auf den Außenhandel ausübe. Die Tatsache, daß die deutschen Ausfuhren im 1. Halbjahr 1983 trotz des sinkenden DM-Außenwertes um zwei Prozent gefallen sind, bestätige diese These.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: S. u. W. DEUBAU Ges. für Tiefbau mbH, Hagen a. T.W.; **Braunschweig:** Nachl. d. Helmut Sickert; **Düsseldorf:** Joachim Pollok, Ingenieur, Inh. d. Fa. Joachim Pollok Tief- u. Straßenbau; Adolf Ricken; **Hannover:** Albert Schenke, Straßenbaumeister, Inh. d. Fa. Günter Heddrich Straßenbau, Garbsen; **Hildesheim:** Gustav Karl Wilhelm Lehrke; **Otterndorf:** Nachl. d. Richard Sethmann, Odisheim; **Schwarzenbek:** Helmut Rademacher, Maschinenschlossermeister, Börnsen; **Usingen:** Ferdinand Becker, Inh. d. Fa. „Planen u. Bauen Ferdinand Becker, Architekt, Schmitten; **Wittlich:** Nachl. d. Karl Heinz Goretzki, Bodenbach; **Wuppertal:** Bernd Brauch, Textilkaufmann, Velbert.

NAMEN

Franz-Otto Steinschulte, von 1976 bis 1980 Mitglied der WELT-Wirtschaftsredaktion, ist nach langer Krankheit im Alter von 40 Jahren in Bonn verstorben.

Prof. Jürgen B. Donges ist zum stellvertretenden Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel bestellt worden. Er wird Nachfolger von **Prof. Gerhard Fels,** der am 1. September die Leitung des Instituts der Deutschen Wirtschaft übernimmt.

Wolfjürgen Kleinau, Vorstandsmitglied der R+V Allgemeine Versicherung AG im Raiffeisen-Volksbankenverbund, Wiesbaden, trat mit Wirkung vom 25. August 1983 nach 33jähriger, erfolgreicher Tätigkeit in den Ruhestand.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Einsatzpläne bei Ölverschmutzung

Potentielle Gefahr für Küsten wächst

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu engerer Zusammenarbeit im Kampf gegen die Ölverschmutzung des Meeres will die EG-Kommission die Mitgliedsstaaten der Zehnergemeinschaft anhalten. Ein kürzlich fertiggestellter Richtlinienentwurf sieht die Verpflichtung zur Aufstellung von Noteinsatzplänen vor, die auf einheitlichen Bestimmungen beruhen sollen.

In der Begründung ihrer Vorlage verweist die EG-Behörde darauf, daß ein großer Teil der Ölversorgung Westeuropas durch Supertanker erfolgt und daß mit der ständigen Zunahme der Ölförderung durch Bohrinseln aus dem europäischen Kontinentalshelf die potentielle Gefahr für die Meere und Küsten der Gemeinschaft wachse.

20 Prozent der weltweit gemeldeten 31 Unfälle zwischen 1974 und 1981 betrafen nach den vorliegenden statistischen Daten die europäischen Gewässer und Küsten. Im Mittelmeerraum wurden zwischen 1977 und 1982 72 Unfälle registriert, davon führten 12 durch ausgeflossenes Öl zu Verschmutzungen von Meeresumwelt und Stränden.

Eine Untersuchung über die gegenwärtig bestehenden Schutzvorkehrungen veranlaßte die Kommission zu einem recht harten Urteil:

- Aus den vergangenen Katastrophen wurden nach ihrer Meinung nicht die erforderlichen Lehren gezogen, „und es scheint, daß die Behörden und die betroffenen Kreise der Industrie immer noch nicht bereit sind, ihre Mittel zur Bekämpfung der Ölverschmutzung zu ändern".
- Ereigne sich eine Katastrophe auf hoher See, müsse die Bekämpfung des größten Teils des ausgelaufenen Öls in Küstennähe und an der Küste selbst erfolgen. Die Probleme des Schutzes der Küstengewässer, der Reinigung der verschmutzten Strände, der Beseitigung des Öls seien aber „im allgemeinen sträflich vernachlässigt worden".
- Die von den einzelnen Mitgliedsstaaten geschaffenen Mittel gegen eine Ölverseuchung „können selten so wirksam eingesetzt werden, wie man es in Anbetracht der verfügbaren Techniken zu Recht erwarten darf".

Der Richtlinienentwurf, der auf einem Beschluß des Ministerrates zur Schaffung eines gemeinschaftlichen Informationssystems beruht, will die Kompetenzen lokaler und nationaler Instanzen nicht einschränken. Ziel der Kommission ist vielmehr, die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden zu verbessern und so den Anwendungsbereich eines Noteinsatz-Teams auf ein ausgedehnteres Seegebiet als das von den bestehenden internationalen Übereinkommen abgedeckte auszuweiten.

Zu diesem Zweck sollen die Mitgliedsstaaten angeregt werden, auf nationaler Ebene geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Kampf gegen die Meeresverschmutzung zu beschleunigen und zu verbessern, Vorkehrungen für gemeinsame Maßnahmen in den Seegebieten zu treffen, wo sie gemeinsame Interessen haben, und regelmäßig die Wirksamkeit der Noteinsatzpläne mit Simulierungsübungen zu überprüfen.

LATEINAMERIKA / Tagungen zur Wirtschaftskrise

Initiative für Selbsthilfe

WERNER THOMAS, Miami

Die schlimmste Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts hat auf dem la*teinamerikanischen Halbkontinent* auch positive Entwicklungen ausgelöst: Überall sprießen plötzlich Initiativen für eine Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen. „Wir sitzen alle in einem Boot", erklärte der ekuadorianische Präsident Osvaldo Hurtado, „wir müssen uns gegenseitig helfen."

Hurtado zählt zu den treibenden Kräften der Kooperationsbewegung. Er leitete Mitte Mai eine regionale Wirtschaftskonferenz in Quito, der Hauptstadt Ekuadors, bei der die Probleme analysiert und Lösungsvorschläge ausgearbeitet wurden. Anfang August folgte eine weitere Tagung dieses Kreises in der dominikanischen Hauptstadt Santo Domingo. In der letzten Woche fanden schließlich zwei Veranstaltungen statt, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigten: in Antigua (Guatemala) und Santa Cruz (Bolivien).

Während in Antigua vorwiegend Experten versammelt waren, hatte sich in Santa Cruz zahlreiche politische Prominenz eingefunden. Unter ihnen die früheren Präsidenten Carlos Andres Perez (Venezuela) und Luis Echeverria Alvarez (Mexiko), der argentinische Präsidentschaftskandidat Raul Alfonsin und der ehemalige Bonner Finanzminister Hans Matthöfer. Dabei gehen alle Vorschläge in die gleiche Richtung: mehr Handel in Lateinamerika, weniger Abhängigkeit von „fremden" Märkten. Die bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften wie der Andenpakt und der karibische Pendant Caricom sollen ausgebaut und neue regionale Verbände geschaffen werden.

Viele Länder brauchen jedoch den Handel mit den USA oder Westeuropa, weil er harte Devisen bringt. Diese sind besonders für die höchstverschuldeten Nationen heute wichtiger denn je. Und keine Region der Dritten Welt ist so hoch verschuldet wie Lateinamerika. In den letzten acht Jahren sind die Verbindlichkeiten von 67 Milliarden Dollar auf 300 Milliarden Dollar gestiegen. Brasilien (90 Milliarden Dollar) führt die Liste der Staaten mit den meisten Schulden an.

Enrique Iglesias, der Geschäftsführer der „Wirtschaftskommission für Lateinamerika" (Cepal), warnte vor Alleingängen. Viele Länder, die auf eigene Faust Umschuldungsverhandlungen geführt hätten, wären durch die Auflagen der internationalen Kreditinstitute „mit einem noch größeren Desaster" konfrontiert worden. Länder wie Brasilien waren jedoch auf die rasche Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen, auch wenn sie dann den Gürtel schmerzlich enger schnallen mußten. Zentralbankpräsident Carlos Langoni meinte an die Adresse der IWF-Kritiker, eine Zahlungsunfähigkeit sei mit wesentlich schlimmeren Folgen verbunden.

Nahezu jede Nation braucht weitere Finanzspritzen aus den USA und Westeuropa, um die Rezessionsphase zu überwinden. Fast überall stagniert das wirtschaftliche Wachstum. In Bolivien ging das Brutto-Sozialprodukt im vergangenen Jahr um neun Prozent zurück, in Uruguay um zehn Prozent, in Chile gar um 14 Prozent. In diesem Jahr sieht die Situation nach Meinung vieler Experten nicht viel besser aus. (SAD)

SCHWEDEN / Zulassungsverbot für Opel und Ford

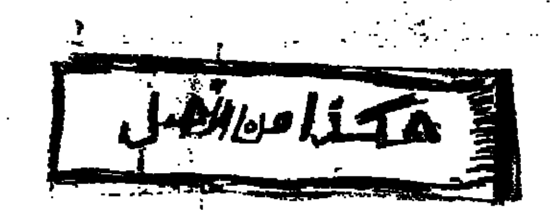
Abgasbelastung zu hoch

REINER GATERMANN, Stockholm

Das schwedische Amt für Naturschutz, das auch für die Überwachung der gesetzlichen Umweltschutzbestimmungen zuständig ist, begnügt sich nicht länger damit, Pkw-Hersteller lediglich darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht die schwedischen Abgasbestimmungen einhalten.

Erstmals hat es verlangt, daß für ein Modell Opel Kadett 1,3 Liter, Baujahr 1983, das Abgaszertifikat eingezogen wird. Damit kann dieses Modell nicht mehr verkauft werden. Ein weiterer Hersteller, Ford, hat für seine Modelle Granada und Fiesta der Baujahre 1983 und 1984 eine Frist bis zum 19. September bekommen, die Abgasreinigung zu verbessern. Andernfalls würde auch ihr Zertifikat eingezogen.

Für Opel hat der Beschluß des Amtes keine besondere wirtschaftliche Bedeutung, da kaum mehr Wagen der Bauserie 1983 eingeführt werden und die, die bereits im Land sind, die Kontrolle passiert haben. Bei General Motors in Schweden ist man überzeugt davon, mit dem Baujahr 1984 keinerlei Probleme mehr zu haben. Schwerwiegender ist die Situation für Ford, da ein eventueller Bann auch die Wagen des Baujahres 1984 treffen würde, die in den nächsten Wochen hier auf den Markt kommen sollen. Bei Svenska Ford ist man der Meinung, schlimmstenfalls müßten am Motor Veränderungen vorgenommen werden.



HAMBURG / Das größte Teppichlager der Welt

Hochsaison ist im Herbst

PETER ZERBE, Hamburg

Für bestimmte Waren aus Übersee ist die im vergangenen Jahrhundert errichtete Speicherstadt im Hamburger Freihafen so etwas wie eine Vorratskammer der Nation: Kaffee, Kakao, Tee, Tabak, Gewürze und Nüsse sowie zunehmend Uhren, Spielzeug, optische Geräte, Fernseher, Fotomaterial und Computer bestimmen das Geschehen in der Speicherstadt, die von der Hamburger Hafen und Lagerhaus Aktiengesellschaft verwaltet wird. Eins der wertvollsten Importgüter, die Orientteppiche, dominiert allerdings.

In den letzten Jahren haben sich die Speicher zum größten Teppichlager der Welt entwickelt. Im vergangenen Jahr wurden Orientteppiche im Wert von 1,1 Mrd. DM in die Bundesrepublik eingeführt. 60 Prozent davon liefen über die Hamburger Freihafenläger, wo den rund 120 Importeuren 160 000 Quadratmeter Lagerfläche zur Verfügung stehen. Einige, auch moderne, Speicher dienen heute ausschließlich der Teppichlagerung. Bis unter die Decke stapeln sich mehrere zehntausend Quadratmeter in Handarbeit geknüpfter Teppiche, Galerien, Brücken und Gobelins, darunter Einzelstücke mit einem Wert von mehr als 100 000 DM.

Im Sommer und Herbst hat die Branche Hochsaison. Dann lagert Ware im Wert bis zu 2 Mrd. DM in den Teppichspeichern. Einkäufer aus Skandinavien, den Benelux-Staaten, der Schweiz, Frankreich und den USA treffen sich in der Stadt und versuchen, sich die besten Stücke zu sichern. Für viele ist es heute einfacher, in Hamburg zu verhandeln als in der persischen Hauptstadt Teheran, dem größten Umschlagzentrum für Knüpfteppiche. Mit 12 000 Tonnen Teppichen, die jährlich über den Hamburger Hafen laufen, hat die Hansestadt den traditionellen Handelsplätzen Amsterdam und London längst den Rang abgelaufen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß Indien, Pakistan und die Sowjetunion eigene Niederlassungen in der Hansestadt eröffnet haben.

BREMER VULKAN / Weiterer Kapazitätsabbau bei den Werften unvermeidbar

Schiffbauverbund nicht um jeden Preis

W. WESSENDORF, Bremen

„Ich sehe mich leider nicht in der Lage, gesicherte Zusagen über die geplante Fusion der Bremer Werften zu machen", erklärte der Vorstandsvorsitzende der Bremer Vulkan AG, Norbert Henke, auf der 85. Ordentlichen Hauptversammlung. Der Bremer Vulkan unterstreiche aber seine Bereitschaft, jede tragfähige betriebsübergreifende Regelung zu unterstützen. Henke: „Die Werft sieht es jedoch weder als notwendig noch als vertretbar an, einem Verbund der drei Gesellschaften, Hapag-Lloyd, AG Weser und Bremer Vulkan um jeden Preis und unter jeder Außerachtlassung von Perspektiven beizutreten."

Alles in allem erscheine es dringend erforderlich, alsbald zu einem Ende der Verhandlungen zu kommen, meinte der Chef der Großwerft mit rund 4000 Mitarbeitern. „Wir sehen in einer durch die öffentliche Hand geförderten betriebsübergreifenden Regelung eine reale Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit in spürbarer Weise zu verbessern", sagte der Vorstandsvorsitzende. Der Kern der Probleme der Fusionsgespräche liege in der unterschiedlichen Beschäftigungslage, insbesondere der beiden Bremer Schiffbaubetriebe Bremer Vulkan und AG „Weser".

Henke verurteilte in diesem Zusammenhang die „falsche, vorschnelle und demagogische Berichterstattung" über das Angebot der Thyssen-Bornemisza-Gruppe an das Land Bremen, die Kapitalsanteile von 25,01 Prozent für eine Mark zu übernehmen. Er bezeichnete dieses Angebot als einen „an sich positiven Vorgang, der von Interessenvertretern und von einem Teil der Medien umgemünzt" worden sei.

Die Einräumung dieser Option sei vielmehr ein Beitrag gewesen, der Werft aus der finanziellen Klemme zu helfen; damit habe die Thyssen-Bornemisza-Gruppe dem Land Hilfestellung geben wollen; zu Beginn des Jahres hatte die griechische „Konkar"-Gruppe zwei in Auftrag gegebene Schiffe (Wert über 200 Mill. DM) annulliert.

Georg Heinrich Thyssen-Bornemisza hat nach seiner Wiederwahl zum Aufsichtsratsvorsitzenden bekräftigt, daß die Gruppe mit ihrem Anteil weiter zur Werft stehe, solange das Land Bremen sein Optionsrecht nicht ausübe. Thyssen-Bornemisza jr. vor der Hauptversammlung: „Wir wollen aber nicht unsinnig Geld ausgeben." So hatte die Gruppe im Zuge der Neuordnung der Werften laut Henke „tatsächlich eine Zusatzleistung abgelehnt, weil die Verteilung der finanziellen Beiträge den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Gesellschaften angepaßt werden muß".

„Im Gegensatz zu vielen anderen Werften haben wir für 1984 Arbeit", erklärte Henke. Die Kapazität im kommenden Jahr sei zu 60 Prozent mit Aufträgen belegt. Hierin liegende Verluste seien bilanziell durch Rückstellungen abgedeckt. Im laufenden Jahr verzeichnete der Schiffbaubetrieb „ein etwa ausgeglichenes Betriebsergebnis". Zum Ende des Jahres müsse allerdings mit Unterbeschäftigung gerechnet werden. Dennoch schätzte Henke das Geschäftsergebnis für 1983 als ausgeglichen ein, „auch wenn es gelingt, in den nächsten Monaten noch zwei Aufträge zu kontrahieren". Der hierfür voraussichtlich unvermeidliche Verlust würde noch durch das Jahresergebnis abgedeckt werden können.

„Vor 1986 können wir nicht mit einer Besserung auf dem desolaten Schiffbaumarkt rechnen", meinte Henke außerdem. Alle Regierungen und Verbände seien sich jedoch darüber einig, daß der nationale Schiffbau erhalten bleiben müsse. Das sei aber ohne Subventionen, deren Volumina erhöht werden müßten, nicht möglich. Außerdem sei eine nochmalige Verringerung der Schiffbaukapazitäten um fast 40 Prozent unvermeidbar.

HAMBURGISCHE LANDESBANK / Wachstum gering

Stark verbesserter Ertrag

J. BRECH, Hamburg

Für die Hamburgische Landesbank, dem größten Institut in der Hansestadt, zeichnet sich nach den schon sehr guten Jahren 1981 und 1982 ein weiteres Spitzenjahr ab. Wie es in einem Halbjahresbericht heißt, liege ohne das Betriebsergebnis – Kursgewinne aus dem Eigengeschäft mit Wertpapieren – um gut 10 Prozent über dem des Vorjahres. Der Zinsüberschuß stieg in den ersten 6 Monaten um 7 Prozent, der Provisionsüberschuß um 9 Prozent.

Die sehr gute Ertragsentwicklung vollzog sich auf der Basis einer weiter ausgedehnten Geschäftstätigkeit, wenn auch mit verlangsamtem Wachstumstempo. Nach Angaben des Instituts erhöhte sich die Bilanzsumme um 5 Prozent auf 26,7 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 6 Prozent auf 29,7 Mrd. DM.

Im großen und ganzen verhalten blieb die Kreditnachfrage, wenn auch mit erheblichen Unterschieden in den einzelnen Sparten. Schwerpunkte des Neugeschäfts lagen im Kommunal- und Grundkreditgeschäft, bei Ausleihungen an die Hafenwirtschaft, an die Banken und im Leasing-Bereich. In der Schiffsfinanzierung ist das Volumen wieder leicht zurückgegangen, im Auslandsgeschäft blieb die Hamburgische Landesbank bei ihrer Zurückhaltung. Das gesamte Kreditvolumen weitete sich um 5,4 Prozent auf 25,4 Mrd. DM aus.

Um 32,1 auf 516 Mill. DM ist das haftende Eigenkapital der Bank aufgestockt worden. Die neuen Mittel stammen zu 17,1 Mill. DM aus dem Bilanzgewinn 1982 und zu 15 Mill. DM aus Haushaltsmitteln der Stadt. Im Zusammenhang mit der Kapitalzuführung der Stadt hat die Landesbank parallel zu allen in den letzten Jahren vorgenommenen Kapitalerhöhungen selbst erwirtschaftete Rücklagen in Höhe von 7,5 Mill. DM in verzinsliches Stammkapital umgewandelt. Dadurch soll ermöglicht werden, daß die von der Stadt eingesetzten Mittel auch künftig effektiv zu gut neun Prozent verzinst werden.

Tabbert-Sanierung erfolgreich

adh. Frankfurt

Knapp ein Jahr nach seinem Antreten sieht Klemens H. Hitzemann, Generalbevollmächtigter der Tabbert Wohnwagenwerke GmbH, Bad Kissingen, die Sanierung von Tabbert erfolgreich abgeschlossen. Als Umsatz für dieses Jahr (30. 6.) nennt das Unternehmen 66 Mill. DM (1982: 80 Mill. DM), davon rund 10 Prozent mit Ersatzteilen. Dieser Umsatz wurde ausschließlich mit neuen Wohnwagen erzielt, da aufgrund der vorausgegangenen Verkaufsaktionen keine Restbestände mehr vorhanden sind. Insgesamt will Tabbert in der kommenden Saison (bis Ende Juni 1984) 4510 Wohnwagen über seine 100 Händler (davon 35 im Ausland) absetzen.

Der Mutter Burmah Oil Deutschland scheint freilich die Tocher, die im Zuge der Sanierung Umsatz und Belegschaft auf 337 Mitarbeiter annähernd halbiert hat, nicht mehr die rechte Freude zu machen. Eingestandenermaßen sieht sich Burmah Oil nach einem Käufer um. Dabei soll die Weiterführung von Tabbert gewährleistet sein. Denn, so Hitzemann, die Schließung eines Unternehmens mit schwarzen Zahlen, vollen Auftragsbüchern und hohem Image sei „heller Wahnsinn".

Positives Ergebnis bei Baukeramik

adh. Frankfurt

Eine allgemeine Kaufzurückhaltung im Inland und vor allem der schwieriger werdende französische Markt lassen die Keramik-Gruppe Villeroy & Boch, Mettlach, daran zweifeln, daß die überdurchschnittliche Entwicklung in den Bereichen Geschirr/Kristall im ganzen Jahr anhält.

Zur Frankfurter Herbstmesse teilt das Unternehmen mit, daß die Geschirrsparte nach einem Umsatzplus von 8,8 Prozent auf knapp 239 Mill. DM im vergangenen Jahr auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 9 Prozent gewachsen ist. Dafür sorgten vor allem Exporterfolge, während die Steigerung im Inland bescheiden blieb (in der Gesamtbranche verlief die Entwicklung in der gleichen Zeit genau umgekehrt: Export minus 8 Prozent, Inland plus 2 Prozent). Mit einem Anteil von fast 20 Prozent am Gruppenumsatz habe sich die Sparte Geschirr/Kristall zu einem bedeutenden Umsatzträger entwikkelt, heißt es weiter.

Im baukeramischen Bereich (Fliesen und Sanitär), in dem rund 80 Prozent des 1,2-Mrd.-DM-Gruppenumsatzes (1982) entfallen, sei das vergangene Jahr mit einem positiven Ergebnis beendet worden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann: Zivilprozeßordnung, C. H. Beck Verlag, München 1982, 2322 S., (Ln.), 164 Mark.

Ein Erläuterungswerk muß handgerecht, übersichtlich und leicht lesbar sein, will es als Hilfsmittel dem Alltag eines Juristen gerecht werden. Diese Voraussetzungen erfüllt der bewährte ZPO-Kurzkommentar optimal, seitdem auf den Lesefluß störende Abkürzungen und einen Telegrammstil verzichtet wurde. Die Anmerkungen zu den Paragraphen sind in ihrer Systematik im wesentlichen nicht angetastet worden, sieht man von gelegentlichen weitergehenden Untergliederungen einmal ab. Trotzdem gab es in den Einzelheiten viel Arbeit. Sie ist nicht nur mit Umsicht und dem sicheren Blick für das Wesentliche, sondern in den zahllosen Quellenangaben, Zitaten und Verweisungen auch mit wissenschaftlicher Akribie bewältigt worden.

Schäfer/Bonk: Staatshaftungsgesetz, Kommentar, Verlag C. H. Beck, 888 S., (Ln.), 98 Mark.

Die beiden Verfasser waren im Bundesministerium der Justiz maßgeblich mit den Vorbereitungen des Staatshaftungsgesetzes (StHG) betraut, das am 1. Januar 1982 in Kraft getreten ist. Neuartig am StHG ist sein flächendeckender Anwendungsbereich für rechtswidriges Verhalten der öffentlichen Gewalt, der in der Haftungsgrundnorm zum Ausdruck kommt. Nützlich für das Verständnis dieser einen, wesentlichen Rechtsänderung ist die ausführliche Darstellung der Geschichte und Grundlagen der Staatshaftung in Deutschland. Vor diesem Hintergrund läßt sich auch die äußerst detaillierte Kommentierung der einzelnen Vorschriften besser verstehen.

Eckert/Böttcher: Steuerberatergebührenverordnung, Beck Verlag, München, 752 S., 120 Mark

Das Rechtsetzungsverfahren für den steuerberatenden Beruf hat zwei Jahrzehnte gedauert. Die Autoren waren von Anfang an beteiligt, weisen sich daher als exzellente Kenner des Gebührenrechts aus. So wird mit diesem Kommentar ein Werk aus der Praxis für die Praxis vorgelegt, das verläßlich die Probleme aufzeigt und löst. Er schließt, soweit im Steuerrecht anwendbar, die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und das gesamte Kostenrecht ein.

Beitragssenkung angekündigt

WW. Bremen

Der Vorstand der Handelskrankenkasse (hkk), Bremen, hat eine Beitragssenkung von 10,6 auf 10,2 Prozent angekündigt. Diese Regelung soll ab 1. Januar 1984 gelten, „sofern sich die Ausgaben in dem augenblicklich erkennbaren Rahmen halten". Das gelte trotz der schon erkennbaren Belastungen aus dem Haushaltsbegleitgesetz 1984. Die hkk hatte bereits zum 1. Januar 1983 ihren Beitragssatz von 11,0 auf 10,6 Prozent gesenkt.

Die einzige regional geschäftstätige Ersatzkasse blickt auf ein „außergewöhnliches Jahr" zurück, erklärte Geschäftsführer Gustav Figge zum Geschäftsbericht 1982. Die Ausgaben für Leistungen sanken um 1,88 Prozent von 2593 auf 2545 DM je Mitglied. Bei den Beitragseinnahmen trat mit 190,2 Mill. DM eine Steigerung um 11,1 Mill. DM ein. Außerdem wurden 5,8 Mill. DM an Kapitalerträgen vereinnahmt. Sie haben in erheblichem Umfang zu dem ausgewiesenen Überschuß von 9,2 Mill. DM beigetragen, der den Betriebsmitteln in Höhe von 25,6 Mill. DM zugeführt wurde. Bei den Ausgaben allerdings verlief die Entwicklung in den einzelnen Leistungspositionen recht unterschiedlich.

Kupferberg-Sekt fließt langsamer

adh. Frankfurt

Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1983 zeigt sich als Spiegelbild der anhaltenden Marktprobleme der Branche, stellt die mehrheitlich zu Racke gehörende Christian Adalbert Kupferberg & Cie. KGaA, Mainz, fest. Die Verkäufe der Kupferberg Sektmarken und der Absatz der Importmarke Johnnie Walker entsprächen aber „in etwa der Planung".

Nach dem „Ausnahmejahr" 1981 mit einer Absatzsteigerung von über 18 Prozent entgegen dem Markttrend hat sich die Traditionskellerei im vergangenen Jahr verhaltener entwikkelt. Mit einem Absatzminus von knapp 4 Prozent bei Sekt auf insgesamt 10,4 (i. V. 10,8) Mill. 1/1-Flaschen im Inland liegt man aber immer noch besser als die Gesamtbranche (minus 10 Prozent); ins Ausland wurden 1,4 Mill. Flaschen verkauft, 47 Prozent mehr als im Vorjahr. Beim Whisky sank der Verkauf auf 2,3 (2,5) Mill. Flaschen. Die sinkenden Absatzzahlen ließen auch den Umsatz um 4 auf 94 Mill. DM zurückgehen. Der Jahresüberschuß fiel auf 1,8 (2,8) Mill. DM zurück. Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung eine auf 16 (20) Prozent gekürzte Dividende vor.

Mit großer Bestürzung teilen wir mit, daß Herr

Dr. Herbert Hollmann

am 25. August im 61. Lebensjahr überraschend verstorben ist.

Herr Dr. Hollmann ist viel zu früh mitten aus seiner über 30jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer unseres Verbandes gerissen worden.

Die Unternehmen der chemischen und kunststoffverarbeitenden Industrie in Niedersachsen schulden ihm großen Dank für sein sozialpolitisches Engagement, mit dem er die Tätigkeit des Verbandes entscheidend geprägt hat. Seine Arbeit war getragen vom Geist des Dienens. Damit hat er sich große Verdienste um die von ihm betreuten Unternehmen erworben.

Wir werden dem Leben und Wirken von Herrn Dr. Hollmann allzeit ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Niedersachsen e. V.
Symannek
Vorsitzender

Mit tiefer Erschütterung geben wir den Tod von Herrn

Dr. Herbert Hollmann

Geschäftsführer des Landesverbandes Nord, bekannt, der am 25. August überraschend im 61. Lebensjahr verstorben ist.

Wir verlieren mit ihm einen erfahrenen Sachwalter der Anliegen unseres Industriezweiges, der durch seine menschliche Gesinnung viel Vertrauen und Wertschätzung genoß.

Wir werden Herrn Dr. Hollmann ein dankbares Andenken bewahren.

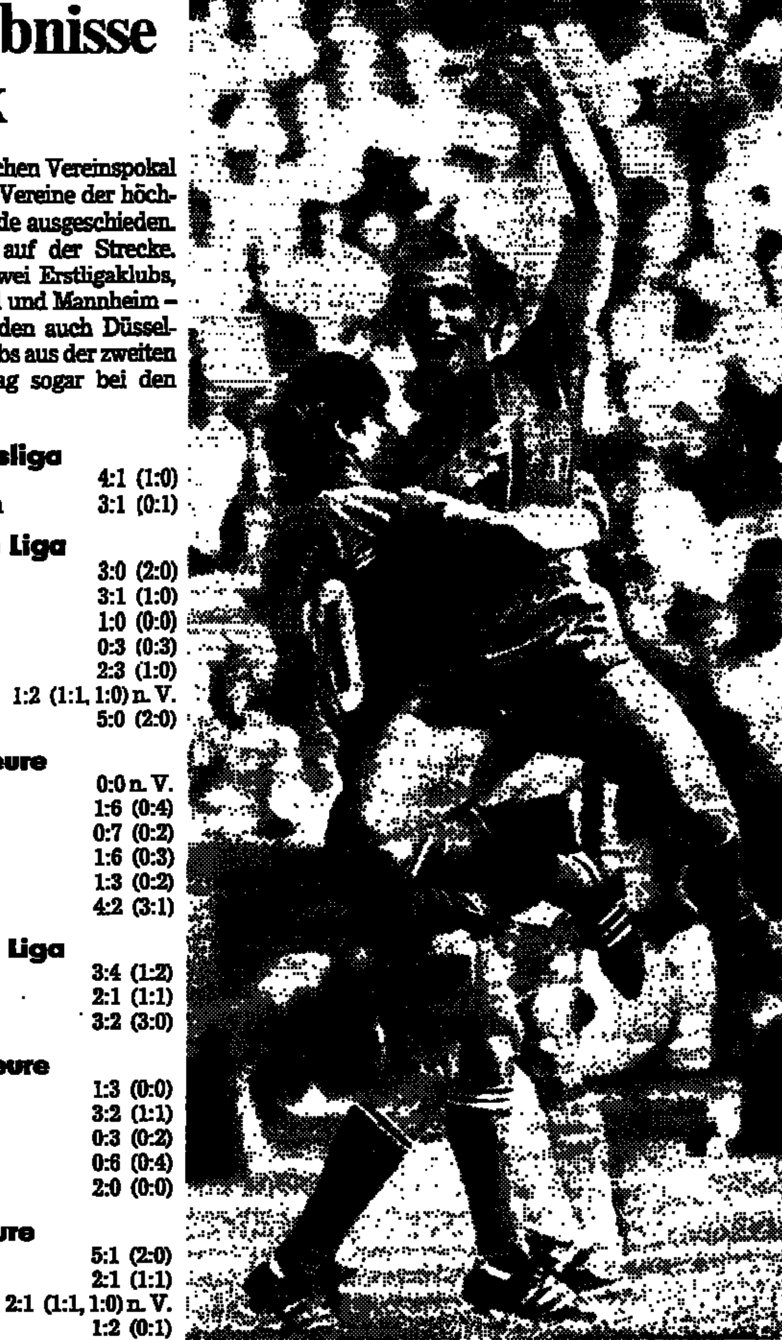
Verband der chemischen Industrie e. V.
Herbert Grünewald, Präsident
Hellmut Kruse, Vorsitzender des Landesverbandes Nord

FUSSBALL / Erste Runde im deutschen Vereinspokal – Schon fünf Bundesligaklubs ausgeschieden – Ärger beim Hamburger SV

Alle Pokalergebnisse auf einen Blick

Das hat es seit zehn Jahren im deutschen Vereinspokal nicht mehr gegeben: Gleich sechs Vereine der höchsten Spielkasse sind in der ersten Runde ausgeschieden. 1973 blieben sechs Bundesligaklubs auf der Strecke. Programmiert war nur das Aus von zwei Erstligaklubs, durch die Spiele Hamburg – Dortmund und Mannheim – Leverkusen. Überraschend aber schieden auch Düsseldorf, Nürnberg und Bochum gegen Klubs aus der zweiten Liga aus. Eintracht Frankfurt unterlag sogar bei den Amateuren von Göttingen 05.

Bundesliga – Bundesliga	
Hamburger SV – Borussia Dortmund	4:1 (1:0)
Waldhof Mannheim – Bayer Leverkusen	3:1 (0:1)
Bundesliga – Zweite Liga	
Schalke 04 – Fortuna Düsseldorf	3:0 (2:0)
VfL Osnabrück – 1. FC Nürnberg	3:1 (1:0)
Alemannia Aachen – VfL Bochum	1:0 (0:0)
Hessen Kassel – Bayern München	0:3 (0:3)
Fortuna Köln – Mönchengladbach	2:3 (1:0)
Duisburg – Kaiserslautern	1:2 (1:1, 1:0) n. V.
Werder Bremen – Darmstadt 98	5:0 (2:0)
Bundesliga – Amateure	
SV Sandhausen – Bayer Uerdingen	0:0 n. V.
VfR Aachen-Forst – 1. FC Köln	1:6 (0:4)
SC Pfullendorf – Eintr. Braunschweig	0:7 (0:2)
Hummelsbütteler SV – Offenbach	1:6 (0:3)
FSV Frankfurt – Arminia Bielefeld	1:3 (0:2)
Göttingen 05 – Eintracht Frankfurt	4:2 (3:1)
Zweite Liga – Zweite Liga	
Rot-Weiß Essen – Hannover 96	3:4 (1:2)
SC Charlottenburg – Wattenscheid 09	2:1 (1:1)
SC Freiburg – Union Solingen	3:2 (3:0)
Zweite Liga – Amateure	
Werder Bremen (A) – Kick. Stuttgart	1:3 (0:0)
Rot-Weiß Lüdenscheid – SSV Ulm 45	3:2 (1:1)
SC Herford – Karlsruher SC	0:3 (0:2)
FC Homburg – Hertha BSC Berlin	0:6 (0:4)
TuS Schloß Neuhaus – Lüttringhausen	2:0 (0:0)
Amateure – Amateure	
SC Heidingsfeld – SV Göppingen	5:1 (2:0)
1. FC Köln (A) – FC Gohfeld	2:1 (1:1)
Spielerver. Fürth – Lingen	2:1 (1:1, 1:0) n. V.
Arminia Hannover – Neu-Isenburg	1:2 (0:1)
Ellingen-Bonefeld-Willroth – Kiel	2:3 (2:0)
FC Augsburg – Bayreuth	2:1 (1:1, 0:0) n. V.
Burglegenfeld – Baunatal	2:1 (1:1, 1:1) n. V.



Er schießt, trifft und jubelt schon fast so schön wie sein berühmter, älterer Bruder: Michael Rummenigge. FOTO: FMS



Von den Kollegen vor Freude zu Boden geworfen: Mönchengladbachs Criens nach seinem Tor zum 3:2 FOTO: RZEPKA

Happel greift durch – Sperre für Stein, weil er Schiedsrichter beleidigt hat

Von ULRICH DOST

Das, was **Uli Stein** (28) sagte, klang nicht sehr überzeugend und gab wohl auch nicht wieder, was er wirklich fühlte. Die Sache sei schon in Ordnung, meinte der Torwart des Hamburger SV, sein Stellvertreter **Uwe Hain** (27) habe auch einmal eine Chance verdient, und so ein Pokalspiel gegen Borussia Dortmund sei die beste Möglichkeit, ihn zu testen. Zu der Tatsache, daß Trainer **Ernst Happel** (57) ihn aus disziplinarischen Gründen auf die Bank verbannt hatte, wollte Uli Stein lieber nichts sagen: „Kein Kommentar." Wie sollte er auch etwas sagen, den Mund hatte er sich schon vorher verbrannt.

Es war nach dem Spiel am letzten Mittwoch gegen Uerdingen. Die Hamburger hatten unerwartet einen Punkt abgegeben, wurden am Ende vom Aufsteiger sogar vorgeführt und waren dementsprechend enttäuscht. Anstatt die Schuld bei sich selbst zu suchen, beschimpfte Uli Stein Schiedsrichter **Gerhard Theobald** (33) beim Gang zur Kabine: „Du gibst doch am besten die Pfeife ab." Und bevor sie sich trennten, gab Stein dem Schiedsrichter als Drohung noch mit auf den Weg: „Wenn du noch mal nach Hamburg kommst, dann ..."

Den Satz vollendete der Torwart nicht, denn in diesem Moment merkte er, daß Trainer Ernst Happel die ganze Zeit nur einen Meter hinter ihm gegangen war. Und Happel hatte jedes Wort verstanden. Wegen Schiedsrichterbeleidigung braucht der Deutsche Fußball-Bund (DFB) nun gar nicht tätig werden, Happel hat die Sache selbst in die Hand genommen und seinen Torwart auf die Bank gesetzt. Außerdem droht dem Nationaltorwart (im letzten Länderspiel gegen Jugoslawien eine Halbzeit im Tor) noch eine Geldstrafe von 2000 Mark.

Und weil Happel nun mal gerade dabei war, reinen Tisch zu machen, ließ er seinen Libero **Holger Hieronymus** (24) auch gleich draußen. Hieronymus gehörte nicht einmal zum Aufgebot der Hamburger und war auch nicht im Stadion. Happel: „Normalerweise muß sich einer drei Tage sinnlos betrinken, um so viel Fehlpässe zu produzieren." Der Österreicher sprach damit erneut die leichtsinnige Spielweise von Hieronymus an. Mit seinem Libero, der so gerne in der Manier von **Franz Beckenbauer** (37) den Ball schlenzen will und wenig von Körpereinsatz hält, liegt Happel im Clinch, seitdem er in Hamburg arbeitet.

Die Hamburger Spieler müssen sich vorsehen, Ernst Happel hat die Peitsche ausgepackt. Er dulde keinen Schlendrian, hat er nach dem 4:1 über Dortmund gesagt, wenn einige den Boden unter den Füßen verlieren, müsse er sie eben wieder zurückholen. Happel: „Einige Herren werden sich noch wundern. Ich lasse mir nicht alles gefallen."

Das war bestimmt auch an die Adresse der beiden Neuverpflichtungen **Wolfraum Wuttke** (21) und **Dieter Schatzschneider** (25) gerichtet. Selbst gegen die schwachen Dortmunder kam Mittelstürmer Schatzschneider nicht zurecht, während Wuttke wieder einmal seine Alibi-Flankenläufe unternahm. Happel: „Die beiden Neuen werde ich auch noch dressieren." In Hamburg wird schon gemunkelt, daß der Trainer vor allem mit Schatzschneider derzeit überhaupt nicht zufrieden ist, weil sich der Torjäger im Spiel kaum bewegt. Schon jetzt trauere Happel, so heißt es, dem Koreaner **Bum Kun Cha** (30) nach, dessen Verpflichtung möglich war, aber dann doch wieder abgeblasen wurde. Mit Felix Magath (29) besitzt der HSV nur einen Spieler in der Mannschaft, der den Ball auch mit dem linken Fuß flanken kann ...

*

Uli Maslo (45), Trainer von Borussia Dortmund, hatte das Spiel schnell abgehakt: „Was soll's? Wir haben die Strapazen der letzten Woche noch nicht verkraftet." Aus der Zeit, als **Udo Lattek** (48) noch Trainer in Dortmund war (1. 7. 1981–3. 3. 1982), bestand noch eine Turnier-Verpflichtung in Barcelona. Maslo: „Ich hätte sonst nie zugestimmt." Dennoch freute sich der Trainer über ein Schnäppchen auf dem Transfermarkt. Im Tausch für **Rüdiger Abramczik** (27), der zum 1. FC Nürnberg wechselt, kommt **Werner Dreßel** (24) nach Dortmund. Und 200 000 Mark legen die Nürnberger auch noch mit auf den Gabentisch ...

*

„Auch ohne Rummenigge zwei Rummenigge-Tore", schrieb gestern die „WELT am SONNTAG" zum Spiel des FC Bayern bei Hessen Kassel. Dieser Widerspruch ist schnell aufgelöst. **Karl-Heinz Rummenigge** (27) konnte wegen seiner Knöchelverletzung diesmal nicht auf Torejagd gehen, dafür traf aber sein jüngerer Bruder **Michael** (19) zweimal beim 3:1 über den Zweitligaklub. Und wie der kleine Bruder die Tore machte, eins mit dem Kopf, eins mit dem rechten Fuß, und wie er danach jubelte – all das erinnerte stark an den berühmten großen Bruder. Ob er es überhaupt noch hören könne, andauernd mit Karl-Heinz verglichen zu werden, wurde der Torschütze gefragt. Für ihn sei das Ganze gar nicht so schlimm, meinte der kleine Rummenigge, er habe nie das Gefühl gehabt, er stehe im Schatten seines Bruders.

„Aus dem wird nie etwas", sagte einst Franz Beckenbauer, als Karl-Heinz Rummenigge nach München kam. Die Kollegen nannten ihn nur „Rummelfliege", weil er meistens staunend den Mund offenstehen hatte. Karl-Heinz: „Das hat mich besonders angespornt, dem wollte ich es zeigen." Auch Michael mußte sich durchbeißen. Vor der Saison sagte der neue Trainer Udo Lattek zu ihm: „Hör endlich damit auf, Jugendfußball zu spielen. Spiel Männerfußball. Kopiere niemanden, sondern spiele, was du kannst." Das habe er sich zu Herzen genommen.

Auch privat hat er sich längst vom großen Bruder abgenabelt. Heute wohnt Michael in einer eigenen Zwei-Zimmer-Wohnung, und nur dann und wann spielt er Babysitter. Wenn seine Freundin **Caroline** (19) in Lippstadt das Abitur geschafft hat, soll sie ihm nach München folgen. Karl-Heinz hielt es damals mit seiner **Martina** (27) nicht anders. Nur in einem unterscheiden sie sich. Karl-Heinz beendete seine Bankkaufmannslehre, weil der damalige Präsident **Wilhelm Neudecker** (72) darin wenig Sinn sah. Michael aber will sich davon nicht abbringen lassen. Er sagt: „Ich habe nur noch ein paar Monate, aber die stehe ich durch."

„Die Hoffnung ist immer da", sagt **Erwin Rupp** (29), „so einen Coup noch einmal landen zu können, aber das wird wohl einmalig bleiben." Erwin Rupp gehörte am 26. 10. 1974 zu der Eppinger Mannschaft, die den damaligen Tabellenführer Hamburger SV mit 2:1 aus dem Pokal warf. Jedes Jahr trifft sich die gesamte Mannschaft an diesem Datum in Gemingen, um „In der Krone" immer wieder Erinnerungen wach werden zu lassen. „Schade", sagt Erwin Rupp, „ich hätte so gerne über eine zweite Sensation gesprochen, wenn wir uns in diesem Jahr treffen."

Am Samstag wäre es beinahe Tabellenführer Bayer Uerdingen gewesen, den Rupp, der jetzt in Sandhausen spielt, aus dem Pokal geworfen hätte. Rupp: „Aber der Schiedsrichter hat nicht mitgespielt. Er hat uns zwei klare Elfmeter verweigert. Damals in Eppingen hat sich der Schiedsrichter richtig mit uns gefreut, diesmal wurden wir verschaukelt." Es ist also nichts geworden mit dem zweiten Coup. Das Spiel stand auch nach 120 Minuten noch 0:0 und wird nun in Uerdingen wiederholt.

Doch Respekt haben die Amateure den Profis schon eingeflößt. Für eine Garantiesumme boten die Sandhausener an, das Spiel wieder in ihrem Stadion auszutragen. Uerdingens Manager **Hans-Dieter Tippenhauer** (39) erkundigte sich noch nach der Summe. Bevor aber die Antwort kam, ging Trainer **Timo Konietzka** (45) dazwischen: „Das kommt nicht in Frage, wir spielen in Uerdingen."

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

Schon morgen wieder Bundesliga

Die erste Runde im DFB-Vereinspokal ist gerade abgeschlossen, da geht es schon morgen in der Bundesliga weiter. Die zweite sogenannte englische Woche steht bereits am fünften Spieltag auf dem Programm. Eine Pause darf nur der Deutsche Meister Hamburger SV einlegen, ohne sich aber auszuruhen. Die Hamburger fliegen nach Spanien und spielen am Mittwoch gegen Real Madrid. Das Spiel des Europacupsiegers bei Bayer 04 Leverkusen wurde deshalb auf den 13. September verlegt.

Der Spielplan des fünften Spieltages: Dienstag (20.00 Uhr): Bayer 05 Uerdingen – 1. FC Kaiserslautern (-:-), Werder Bremen – 1. FC Köln (1:1). Mittwoch (18.30 Uhr): Waldhof Mannheim – VfL Bochum (-:-), Mittwoch (19.30 Uhr) Arminia Bielefeld – Eintracht Frankfurt (2:1). Mittwoch (20.00 Uhr): Braunschweig – Mönchengladbach (0:0), Offenbach – München (-:-), Düsseldorf – Nürnberg (3:1), Dortmund – Stuttgart (1:1). In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison. – In der Zweiten Liga steht Dienstag und Mittwoch bereits der sechste Spieltag auf dem Programm.

DOPING

Deutscher Experte Donike bestätigt neue Verstöße

sid, Caracas

Der Doping-Skandal bei den Panamerikanischen Spielen in Caracas hat weitere Kreise gezogen. Am Samstag wurde der Sprinter Juan Nunez (Dominikanische Republik), bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften Fünfter über 100 Meter, der Einnahme unerlaubter Substanzen überführt. Damit hat sich die Zahl der Doping-Sünder in Caracas auf 16 erhöht.

Die strengen Doping-Kontrollen seien bewußt zur Abschreckung der Athleten durchgeführt worden, erklärte Professor Manfred Donike. Der Kölner Experte hat in Caracas eine Auswertung von 850 Urin-Proben der Athleten geleitet. „Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß es in Amerika so gut wie keine Dopingtests gibt", erklärte der Biochemie-Professor der Sporthochschule Köln, der Mitglied der Medizinischen Kommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) ist.

Inzwischen wird vom Nationalen Olympischen Komitee der USA und vom Organisations-Komitee (OK) der Olympischen Spiele 1984 versichert, daß im kommenden Jahr in Los Angeles das gleiche Untersuchungs-Verfahren wie in Caracas benutzt werden soll. Noch bei der letzten Sitzung des Exekutiv-Komitees in Lausanne hatte sich ein Konflikt zwischen dem IOC und dem OK abgezeichnet, da die Amerikaner wegen zu hoher Kosten die aufwendigen Doping-Tests ablehnten. Wie in Caracas bekannt wurde, hat das IOC ausdrücklich die bei den Panamerikanischen Spielen durchgeführten Doping-Tests gebilligt.

Donike erklärte, das Analyse-Verfahren und die entsprechenden Laborgeräte, deren Genauigkeit selbst amerikanische Experten verblüffte, seien keineswegs neu. Bereits bei der Fußball-WM in Spanien 1982 und zuletzt bei der Leichtathletik-WM in Helsinki seien sie zum Einsatz gekommen. Donike: „Man kann sie wie ein Auto in einem Katalog bestellen."

GALOPP / Internationale Woche Baden-Baden

Rätsel um Todessturz des Hengstes Strong Lion

K. GÖNTZSCHE, Iffezheim

In England, dem Mutterland des Turfs, zählt der Hengst Harly zur Dutzendware. Von seiner Sorte gibt es auf den Britischen Inseln fast unzählige. Für die hoch eingeschätzten Dreijährigen des Galopprennsports in Deutschland war Harly aber immer noch schnell genug. Mit Jockey Brian-Albert Rouse im Sattel siegte er zum Auftakt der Internationalen Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden im Fürstenberg-Rennen (90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 2200 Meter, Europa-Gruppe III).

Überraschend erreichte die Schimmelstute Novelle, Siegerin im Preis der Diana, den zweiten Platz. Für einen Augenblick sah es sogar so aus, als ob Peter Alafi seinem Kollegen Rouse den Sieg noch entreißen könne, aber im Ziel trennten die beiden dann doch noch 1¾ Längen. Mit Kaiserjäger (Peter Schade) kam ein weiterer Außenseiter als Dritter ins Ziel.

Die größte Enttäuschung des Rennens lieferte der 28:10-Toto-Favorit Ocos, neben Derbysieger Ordos, Nandino, Solo und Abary einer der von vielen Experten so hoch eingeschätzten Dreijährigen, denen sogar internationales Format zugetraut wurde. Ocos wurde Vorletzter. Trainer Heinz Jentzsch war ratlos, Besitzer und Züchter Walther Jacobs aus Bremen beinahe fassungslos. Jockey Georg Bocskai: „Er ist wohl völlig außer Form."

Zu den Dreijährigen mit hoffnungsvoller Zukunft zählte man auch den Derbyfünften Strong Lion aus dem Kölner Gestüt Röttgen. Für ihn endete das Fürstenberg-Rennen tragisch. Nach einem Sturz 800 m vor dem Ziel mußte er eingeschläfert werden. Er brach sich das rechte Hinterbein. Wie es zu dem Sturz kam, ist noch nicht genau geklärt. Es gibt unterschiedliche Versionen, die Rennaufzeichnung ergab auch keine Gewißheit. Strong Lion lag zum Zeitpunkt des Zwischenfalls an zweiter Stelle, außen rückte Harly auf. Strong Lions Jockey Peter Remmert sagte aus, Harly habe Strong Lion zweimal nach innen gedrängt. Dadurch verlor er an Tempo, und der hinter ihm laufende Engländer Brave Memory galoppierte ihm in die Hakken. Brave Memory kam auch zu Fall, sein Jockey Brian Talor brach sich das Schlüsselbein, Peter Remmert blieb unverletzt.

Eine andere Version besagt, daß Strong Lion zum Unfallzeitpunkt schon geschlagen war und aus Müdigkeit zurückfiel. Peter Remmert soll den aufkommenden Harly nach außen gedrängt haben. Die Rennaufzeichnung bestätigt aber auch diese Version nicht. Eine dritte brachte Brian Taylor ins Gespräch. Er will gehört haben, daß Strong Lions Bein schon vor dem Sturz brach.

Der Erfolg Harlys war nicht der einzige Auslandserfolg am Eröffnungstag. Brian Taylor, 1969 im Sattel des Derbysiegers Don Giovanni in Hamburg, ritt die beiden Sieger Favzi und Asswan. Das waren eigentlich nur Begleitpferde für die vielen Starter des Auslands in den großen Rennen. Asswan gehört Sultan Adham, die Stute Aldhabyih, Zweitplazierte hinter Favzi, Scheich Hamdan al Maktoum aus Dubai. Besitzer von Harly ist der Kuwaiti Nouri Shuaib. Die Siegesserie der Scheich-Pferde scheint kaum aufzuhalten, im Hauptereignis des Meetings, dem Großen Preis von Baden (300 000 Mark) in einer Woche, werden Derbysieger Ordos und Aral-Pokal-Sieger Solo nicht laufen, sie sollen für das klassische Saint-Leger geschont werden. Der Derbyzweite Nandino soll im Preis von Europa in Köln antreten. So bleibt als einziger chancenreicher Starter aus Deutschland Orofino-Bezwinger Abary übrig, der aber auf weichem Geläuf schneller läuft als auf dem momentan trockenen Boden von Iffezheim.

An den Totoschaltern gab es am ersten Renntag einen kleinen Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. In den zehn Rennen schaffte man einen Umsatz von 2,3 Millionen Mark. Im Durchschnittsumsatz pro Rennen erreichte man 234 559 Mark, 1982 schaffte man 247 699 Mark.

MOTORSPORT / Formel-1-Weltmeisterschaftslauf in Zandvoort – Ferrari vorne

Laudas neue Porsche-Hoffnungen schnell geplatzt – Bremsprobleme und Aufgabe

DW. Zandvoort

Mit einem Doppelsieg von Ferrari endete gestern der Große Preis der Niederlande, der zwölfte Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft in Zandvoort. Der Franzose René Arnoux gewann vor seinem Landsmann Patrick Tambay und dem Iren John Watson (McLaren-Ford). Niki Laudas Hoffnungen, mit dem neuen Porsche-Turbo-Motor wieder an alte Erfolge anknüpfen zu können, platzten schnell. Er schied mit Bremsproblemen aus. Auch Manfred Winkelhock erreichte mit dem ATS-BMW das Ziel nicht. In der WM-Wertung führt weiterhin Alain Prost (Renault-Turbo) mit 51 Punkten vor Arnoux (43).

Zwei Gegner haben sich gefunden. In Zandvoort trafen Porsche und BMW, die beiden deutschen Automobilhersteller, erstmals in der Formel 1 aufeinander. Das Duell Sechszylinder gegen Vierzylinder, Niki Lauda im McLaren-Porsche gegen seinen ehemaligen Schüler Nelson Piquet im Brabham-BMW, wird jetzt zu einem Duell zweier gegensätzlicher Sportkonzepte.

BMW hat das Formel-1-Aggregat aus einem Motorblock entwickelt, der in seiner Grundform bereits seit 1962 Verwendung fand. Mit einem speziellen Zylinderkopf aus dem jahrelangen Formel-2-Engagement mit Turbolader und einer komplizierten Elektronik wurde daraus der 640 PS starke Motor, mit dem sich Piquet in diesem Jahr auf den zweiten WM-Rang hinter dem Franzosen Alain Prost (Renault) vorgearbeitet hat.

Die Vorgeschichte des Sechszylinder-Porsches ist dagegen wesentlich kürzer. 1981 erhielten die Zuffenhausener den Auftrag für dieses Aggregat von der arabischen Firma Technique d'Avantgarde (TAG). Die Ingenieure um Projektleiter Hans Mezger bauten den Motor in Rekordzeit, die ersten Prüfstandläufe fanden bereits im Dezember 1982 statt. In Zandvoort, bei seinem ersten offiziellen Auftritt, war der Motor bereits für eine schnelle Trainingsrunde standfest und leistete dabei 695 PS. Die Aufgabe, ein schlagkräftiges Gegenstück zu den Motoren von BMW, Ferrari und Renault zu bauen, scheint damit auf Anhieb geglückt.

Während man bei Porsche zu Beginn der Arbeiten den „TAG-Turbo" wie einen ganz normalen Entwicklungsauftrag behandelte, ging es bei BMW von vornherein darum, das sportliche Image der Marke zu pflegen.

Wegen der Turbo-Entwicklung hat bereits die heiße Phase der Formel 1 begonnen. Das Handgemenge zwischen den Italienern Ricardo Patrese (Brabham-BMW) und Andrea de Cesaris (Alfa Romeo) beim Abschlußtraining in Zandvoort machte besonders deutlich, unter welchem Druck die Fahrer stehen, die derzeit an der Wechselbörse gehandelt werden. Weil Patrese den Alfa-Piloten bei dessen Jagd nach einer guten Zeit auf der Ideallinie behindert hatte und de Cesaris abrupt abbremsen mußte, schlug der Römer in der Boxengasse seinem noch im Wagen sitzenden Landsmann die Faust auf den Helm.



Er stand endlich wieder im Mittelpunkt: Niki Lauda. Doch weit eher als ihn wollten die Zuschauer den neuen Porsche-Motor sehen. FOTO: MÖLLER

Beide Fahrer kämpfen um ein neues Engagement; und davon hängen derzeit auch alle deutschen Pläne ab. Manfred Winkelhock hofft, daß BMW als Motorenlieferant für Brabham ihn anstelle von Patreses zu Nelson Piquet in das Team hieven kann. Der Traum von Stefan Bellof (Gießen) wäre der möglicherweise freiwerdende Platz von John Watson bei McLaren. Dort ist aber bereits de Cesaris ein ernsthafter Anwärter.

Winkelhock war in der letzten Woche selbst aktiv geworden. Der ATS-Pilot hatte sich bei BMW gemeldet, nachdem er nach Toleman auch von Arrows auf seine Pläne für 1984 angesprochen worden war. Beide Teams wollen den Turbo-Motor von BMW haben, mit dem ATS in dieser Saison so viele Probleme hatte. Winkelhock, der seit 1977 bei den Münchnern ist und schon im BMW-Junior-Team fuhr, will jetzt von BMW den Lohn für seine Markentreue. Winkelhock: „Es geht doch nicht darum, daß man versucht, mich woanders unterzubringen, sondern daß BMW seine Ansprüche bei Brabham anmeldet." Winkelhock wurde von BMW versichert, daß er Priorität vor dem ebenfalls in die Formel 1 drängenden Münchner Formel-2-Piloten Christian Danner und vor Formel-2- und Porsche-Pilot Stefan Bellof habe.

In Zandvoort war Bellofs stereotype Antwort auf jede Frage „abwarten". Im Oktober aber stehen für das deutsche Talent die ersten Testfahrten bei McLaren an. Die besten Karten dort hat indes Andrea de Cesaris, obwohl John Watson, der erst in Monza den TAG-Turbo von Porsche fahren darf, jede Rücktrittsabsicht bestreitet und auch im fünften Jahr für McLaren fahren will. Der Vater von de Cesaris ist jedoch Direktor des McLaren-Sponsors in Italien und ihm fehlen weder Geld noch Einfluß.

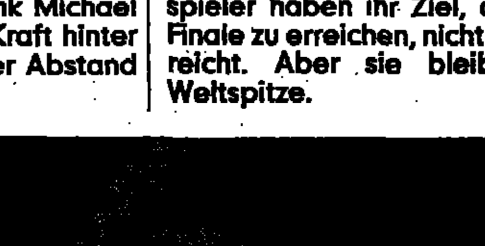
Stefan Bellof jedoch hat nur Talent und in Arbeitgeber Porsche, für den er noch ein Jahr in der Marken-WM fährt, trotz der Lieferung des Turbomotors für McLaren nicht mehr als einen renommierten Fürsprecher ...

EUROPAMEISTERSCHAFTEN / Schwimmer und Bahnfahrer gut, leichte Enttäuschung im Hockey

● Die Schwimmer der Bundesrepublik waren erfolgreicher denn je bei Europameisterschaften – dank Michael Groß. Mit 15 Medaillen bleiben sie die dritte Kraft hinter der „DDR" (40) und der UdSSR (22), zu der der Abstand verkürzt werden konnte.

● *Die deutschen Hockeyspieler haben ihr Ziel, das Finale zu erreichen, nicht erreicht. Aber sie bleiben Weltspitze.*

● *Goldmedaille in der attraktivsten Disziplin des Amateur-Bahnradsports:* Der Erfolg des deutschen Vierers in Zürich verdeckt beim Blick in die olympische Zukunft dennoch einige Mängel. UdSSR und „DDR" scheinen in den anderen Disziplinen weit enteilt.





Zwei Männer, die Gold garantieren? Udo Hempel, Trainer des Bahnvierers als temperamentvoller Antreiber an der Piste (links). Und Michael Groß, der seine vierte Goldmedaille betrachtet, als sei er verärgert.

FOTOS: MÜLLER/AP

Groß – „in einer Reihe mit Helden und Göttern aus der Geschichte Roms"

dpa/sid, **Rom**

Im vergangenen Jahr wurde Michael Groß in Guayaquil bereits zweimal Weltmeister, aber als solcher fühlt er sich erst jetzt nach seinen vier Goldmedaillen bei den Europameisterschaften in Rom. „Ich orientiere mich nicht an Titeln, sondern nur an Zeiten", ordnet der 19jährige Frankfurter vom EOSC Offenbach seine Triumphe von 1982 in die von 1983 ein. Dieses nüchterne Kalkül, die emotionslose Analyse der eigenen Leistung, charakterisiert den inzwischen auf 2,01 m angewachsenen Oberschüler treffender als alles andere.

So abgedroschen inzwischen die Wortspiele mit dem Superlativ seines Namens sein mögen – seit Rom ist Groß unumstößlich der Größte, im Augenblick die Nummer eins im Weltschwimmsport.

Seine beiden Einzelweltrekorde über 200 m Freistil (1:47,87) und mehr noch über 200 m Schmetterling (1:57,05) haben neue Dimensionen eröffnet. Wie Groß am Freitag den alten Weltrekord des Amerikaners Craig Beardsley (1:58,01) auslöschte, das war eine historische Stunde in der Geschichte des Schwimmsports.

Man darf davon ausgehen, daß Groß in seiner Leistungsentwicklung noch nicht am Ende ist. Wer soll ihn in Los Angeles schlagen? „Irgendwann ist auch bei mir Schluß, ich kann nicht jedes Jahr derartige Leistungssprünge machen. Vielleicht sind in Los Angeles schon andere da. In einem Jahr kann im Schwimmsport viel geschehen", stoppt Groß voreilige Prognosen für das Olympiajahr.

Er sagte aber auch: „Ich kann nicht sagen, wo meine Grenze ist, aber ich glaube, ich kann noch schneller schwimmen. Ich hoffe schon im nächsten Jahr." Da war etwas von jenen Widersprüchen, mit denen Groß lebt und die auch in den Zitaten über ihn zum Ausdruck kommen.

● Andreas Schmidt, zusammen mit Groß Weltrekordler über 4 x 200 m Freistil: „Keine Sorge, liebe Leute, der Michael wird eines Tages auch noch erwachsen."

● Horst Planert, Chef-Bundestrainer des DSV: „Michael Groß gehört zur Zeit zu den besten Athleten der Welt. Ich betone den Begriff Athlet über den Schwimmsport hinaus."

● Vater Groß, mit seiner Frau ständiger Begleiter bei allen internationalen Starts seines Sohnes: „Der Ruhm von Michael läßt uns zu Hause völlig kalt. Wenn wir das nicht scharf trennen würden, hätten wir kein Privatleben mehr."

● Wolfgang Richter, Cheftrainer der „DDR"-Schwimmer: „Er ist ein absolutes Phänomen, ein Schwimmer so groß wie unser Roland Matthes in seiner besten Zeit."

● Manfred Thiesmann, DSV-Bundestrainer der Herren: „Ich hoffe bloß, daß es nicht passiert, aber ich glaube, wenn er sich gegenüber manchen erwachsenen Menschen weiter so rotzig benimmt, wie er es manchmal tut, gibt es bald eine Tätlichkeit gegen ihn."

● Harm Beyer, DSV-Präsident, mit Tränen in den Augen nach dem ersten Weltrekord von Rom: „Es ist nicht zu begreifen, es ist einfach nicht zu begreifen ..."

● Seven Lodziewski, Konkurrent aus der „DDR", der Groß einmal den Europarekord abgejagt hatte: „Es tut schon etwas weh, hier mitzuerleben, wie einem der Michael Groß alle eigenen Illusionen nimmt."

● Schlagzeilen italienischer Zeitungen: „Phantastisch – Unglaublich – Unmöglich" / „Groß steht in einer Reihe mit den Göttern und Helden aus der Geschichte Roms" / „Groß – der beste Mann für Olympia."

„Der Zeitvergleich zwischen den Panamerikanischen Spielen von Caracas und Rom ist teilweise erschütternd. Die Schwergewichte im Weltschwimmsport verlagern sich, vor allem auch bei den Herren, von Amerika nach Europa", meinte „DDR"-Cheftrainer Wolfgang Richter nach den Europameisterschaften in Rom. „Wenn es heute einen Kontinentalkampf zwischen Europa und Amerika geben würde, würden die Amerikaner verlieren", glaubt Harm Beyer, Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV). Der Schwede Gunnar Larsson, zweimaliger Goldmedaillengewinner, drückt es mit Blick auf die Olympischen Spiele im kommenden Jahr in Los Angeles einfach so aus: „Europa schlägt Amerika." Und Michael Groß schlägt sie alle.

Doch daneben können deutsche Schwimmer – sieht man von der 4 x 200-m-Freistil-Staffel ab – allenfalben in Europa ganz vorn mitschwimmen. Am Schlußtag gab es in Rom noch einmal Silber mit der 4 x 100-m-Lagenstaffel (Peter, Mörken, Groß, Schmidt) und Bronze durch das Hamburger Talent Stefan Pfeiffer in der neuen deutschen Rekordzeit von 15:16,85 Minuten über 1500 m Freistil. Die deutsche Mannschaft stellte in Rom neben den Weltrekorden von Groß und der Staffel gleich neun Landesrekorde auf und sicherte sich durch Gerald Mörken (Dortmund) über 100 m Brust, Thomas Fahrner aus Lyon über 200 m Freistil, Stefan Pfeiffer (Hamburg/1500 m Freistil), Petra Zindler (Köln) über 400 m Lagen und alle drei Damen-Staffeln zusätzliche Medaillen.

Udo Hempels Bahnvierer: Wiedergeburt einer deutschen Tradition

dpa/sid, **Zürich**

Möglicherweise begann in Zürich die Erfolgsära eines neuen deutschen Bahnvierers der Radamateure. Nach sieben mageren Jahren sieht es ganz so aus, als sollte das neue Weltmeisterteam an die Erfolge der fast schon legendären Gold-Vierer unter Trainer Gustav Kilian anknüpfen, die zwischen 1964 und 1967 fünfmal Weltmeister, zweimal Zweiter und zweimal Dritter wurden und dazu bei Olympischen Spielen dreimal Goldmedaillen gewannen.

Kilians ehemaliger Fahrer Udo Hempel, jetzt Bundestrainer, hat es verstanden, in nicht einmal zwei Jahren ein neues Erfolgsteam zu bilden, von dem auch bei den Olympischen Spielen in Los Angeles das Vordringen ins Finale erwartet werden darf.

„Dieser Vierer hat Zukunft. Da ist Harmonie drin, das sind unsere Nachfolger." Das sagte Hans Lutz, der Böblinger Doppelweltmeister von 1974, nach dem Sieg von Rolf Gölz (20), Michael Marx (23), Roland Günther (20) und Gerhard Strittmatter (22) im Zürcher WM-Finale gegen die „DDR". Schon vor Wochen hatte Gustav Kilian nach einem Vierer-Test in der Büttgener Radsporthalle den Tip gewagt: „Diese Mannschaft bringt es einmal sehr weit."

Erstaunlich war im fünften deutsch-deutschen Vierer-Finale bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen die Steigerung in der „DDR"-Mannschaft, die trotz ständiger Führung des Gegners in der vorletzten Runde noch einmal kräftig aufholte. Michael Marx, Hamburger mit Berliner Verein, meinte nach dem Rennen: „Wir hatten vor diesem Gegner keine Angst, wohl aber Respekt.

Die DDR hat sich von Lauf zu Lauf gesteigert. Aber mit unseren schnellen ersten Kilometern hatten wir sie ganz gut im Griff." Marx war es aber auch, der um ein Haar fast alle Hoffnungen auf den Sieg zunichte gemacht hätte: Zweimal berührte er das Hinterrad seines Vordermannes Gerhard Strittmatter, konnte diesen Fehler aber noch aussteuern. Marx: „Zu dicht aufgefahren, und Nervosität war auch dabei."

Die deutschen Radamateure haben ein Jahr vor den Olympischen Spielen ihre internationale Spitzenposition behauptet, wenn auch in den fünf olympischen Disziplinen bei den Weltmeisterschaften nicht alle Blütenträume gereift sind. Mit dem Sieg des Bahnvierers und dem zweiten Platz von Gerhard Scheller über 1000 Meter gab es dort Medaillen, wo sich der Verband auch in Los Angeles gute Chancen ausrechnen kann.

Der Unterschied: In Los Angeles wird wahrscheinlich wieder Ex-Weltmeister Fredy Schmidtke beim 1000-m-Zeitfahren die Nummer eins sein. „Er hat die Klasse, auch Kopylows Zeit zu fahren. In Zürich haben seine Nerven versagt", begründet Bundestrainer Dieter Berkmann den vierten WM-Platz des Titelverteidigers. Für Vize-Weltmeister Gerhard Scheller sieht Berkmann im olympischen Sprint die Perspektive für 1984. Bleibt der Bahnvierer in dieser Formation zusammen, ist mit ihm erneut zu rechnen.

Anders sieht es in der Einzelverfolgung und im Sprint aus. Über 4000 Meter ist mit Viktor Koutowets (UdSSR) ein Mann gekommen, der nach seinem Zürcher Sieg auch erste Wahl für Los Angeles ist, und im Sprint kommt so schnell keiner an den sowjetischen und den „DDR"-Fahrern vorbei. In Zürich haben sich die Amerikaner, Japaner und Tschechoslowaken von ihrer starken Seite gezeigt. Bleibt als fünfte und neue olympische Disziplin das Punktefahren, wo eine Prognose fast unmöglich ist. In diesem Glücksspiel über 50 km hat in den letzten beiden Jahren die „DDR" dominiert, aber auch Manfred Donike tastet sich international immer mehr in die Weltspitze vor. „Wir werden auf jeden Fall alle fünf olympischen Bahndisziplinen in Los Angeles besetzen", sagte der Sport-Koordinator im Bundesausschuß für Leistungssport, Dieter Ehrlich.

In den nicht olympischen Disziplinen bleiben die deutschen Athleten Weltspitze. Der 38jährige Berliner Rainer Podlesch überraschte hinter seinem Schrittmacher Dieter Drust im Amateursteherrennen, Sprinterin Claudia Lommatzsch (Mülheim/Main) schob sich im Frauensprint nach drei dritten Plätzen auf Rang zwei vor, und Fredy Schmidtke holte mit Partner Dieter Giebken im Tandem nach zwei Vize-Weltmeisterschaften diesmal die Bronzemedaille.

Glanzstück ist aber nun wieder der Vierer. Diese vier Fahrer könnten im nächsten Jahr in der Tat sogar Olympiasieger werden:

● Rolf Gölz (20 Jahre, vom RC Schülerderby Berlin, Heimatort Bad Schussenried, *Abiturient am Gymnasium* Aulendorf, Deutscher Meister Einerverfolgung 81/82, WM-Silber Einerverfolgung '82, WM-Siebter Einerverfolgung 83). Bundestrainer Hempel: „Ein Supertalent, dem die Begabung in die Wiege gelegt wurde. Er ist sehr feinfühlig, empfindlich und leicht verletzbar."

● Roland Günther (20), Bundeswehrsoldat, von der RSG Wiesbaden. Über ihn sagt Hempel: „Ein robuster Typ mit der Qualität, durch hohes, ständiges Tempo noch ein aussichtsloses Rennen herumzureißen."

● Gerhard Strittmatter (23). Er kommt von der RSG Böblingen und ist Sparkassenangestellter in Villingen. Hempel: „Er ist der Eckpfeiler des Vierers, der Ruhepol."

Michael Marx (23), der in Hamburg als Fahrradhändler arbeitet und auf einen Studienplatz für Medizin hofft, gilt als Intellektueller unter den vier Fahrern. Marx will vielleicht Berufsfahrer werden. Er sagt: „Es ist eine Überlegung wert. Wahrscheinlich aber bleibe ich bis Los Angeles Amateur."

Ziel nicht erreicht, aber Bundestrainer sagt: „Wir sind Weltklasse"

dpa/sid, **Amstelveen**

Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft gewann bei der Europameisterschaft in Amsterdam die Bronzemedaille. Im Spiel um den dritten Platz wurde Spanien 3:1 besiegt. Der Titelverteidiger war im Halbfinale nach einer Verlängerung an *Holland mit 1:4* gescheitert. Einer der ersten, der diese Niederlage analysierte, war der Kölner Uli Hänel: „Wir sind sicherlich sehr unglückliche Verlierer und waren bis zu Beginn der Verlängerung deutlich überlegen. Betrachtet man jedoch den gesamten Verlauf des Turniers, so muß ich feststellen, daß mit den Holländern das richtige Team das Finale erreicht hat."

Bundestrainer Klaus Kleiter, der in den Blickpunkt der Kritik rückte, ist dennoch der Meinung, sein Team gehöre weiter zur Weltklasse. Ein Kurzinterview mit dem Bundestrainer:

Frage: Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft hat ihr Ziel nicht erreicht. Ist die Enttäuschung groß?

Kleiter: Natürlich wollten wir unseren Titel erfolgreich verteidigen, und die Mannschaft hat sich nach der Vorrunde im Halbfinale enorm gesteigert und hatte gegen die Niederlande nur kein Glück. Ich habe aber schon vorher gesagt, daß wir in Amstelveen keine Top-Mannschaft wie 1980 zur Verfügung hatten, als wir 18 Spiele hintereinander ungeschlagen blieben. Die Mannschaft war aber spielerisch stärker als 1982, als wir Zweiter der WM wurden. Das läßt für Los Angeles hoffen. Wir zählen nach wie vor zur Weltklasse.

Frage: Welche Konsequenzen ergeben sich jetzt?

Kleiter: Wir haben hier gesehen, daß ältere Spieler wie Trump an ihrer Leistungsgrenze angelangt sind. Wir werden aber nicht auf Teufel komm raus die Mannschaft verjüngen.

Frage: Welche Schwächen müssen bis 1984 ausgemerzt werden?

Kleiter: Wir machen im Defensivbereich *noch* Fehler, *die zu* vermeidbaren Gegentoren führen. Ich hoffe, daß Weltklassespieler wie Blöcher und Schmidt-Opper sich noch mehr vom Einzelspiel lösen und mannschaftsdienlicher werden. Wir werden *zur Spielanalyse noch* vermehrt Videofilme einsetzen.

Frage: Ihnen ist vorgeworfen worden, Sie seien zu weich in der Führung der Mannschaft ...

Kleiter: Der Führungsstil, den ich seit 1974 praktiziere, hat sich wenig geändert. Die Spieler müssen auf dem Spielfeld selbst Entscheidungen *treffen. Ich versuche, die Spieler in* jeder Hinsicht zur Eigenverantwortung zu erziehen. Und bisher sind wir damit gut gefahren. Wo gibt es eine Mannschaft, in der der Kapitän die Kasse mitverwaltet?

NACHRICHTEN

Vater und Tochter

Kopenhagen (sid) – Der Däne Poul Elvström (49) gewann zusammen mit seiner 21 Jahre alten Tochter Trine die Segel-Europameisterschaft in der olympischen Tornado-Klasse. Die sechste und letzte Wettfahrt vor Kopenhagen mußte wegen Flaute abgesagt werden. Für die beste Plazierung des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) sorgten Tobias Neuhann/Bernd Spengler (München/Nürnberg) mit Rand fünf.

Fischer vor Zander

Oberstdorf (dpa) – Der deutsche Eiskunstlaufmeister Heiko Fischer (Stuttgart) gewann bei der Nebelhorn-Trophy in Oberstdorf die Herren-Konkurrenz vor Richard Zander (Wiehl) und dem Kanadier Andre Bourgeois. Bei den Damen siegte Stacy McMullin (USA). Ingrid Karl (Nürnberg) wurde Fünfte. Im Eistanz belegten die Geschwister Antonia und Ferdinand Becherer (Konstanz) hinter Klimova/Ponomarenko (UdSSR) und Devera/Yorke (USA) den dritten Platz.

Junioren Fünfte

Palma de Mallorca (sid) – Die Auswahl des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) belegte bei der Junioren-Weltmeisterschaft in Palma de Mallorca den fünften Platz. Im letzten Spiel unterlag das deutsche Team gegen Argentinien mit 76:79.

Mikkola überholte Röhrl

Helsinki (sid) – Mit einem Sieg auf Audi Quattro bei der 1000-Seen-Rallye in Finnland, dem neunten Lauf zur Fahrer-Weltmeisterschaft, überholte der Finne Hannu Mikkola (105 Punkte) den nicht gestarteten Titelverteidiger Walter Röhrl (87) in der Gesamtwertung. Trotz eines Doppelsieges von Audi konnte Lancia die Führung in der Marken-WM verteidigen. Mit 110 Punkten führt Lancia vor Audi (98) und Opel (70). Überschattet wurde die Rallye vom tödlichen Unfall des Finnen Reijo Nygren, Beifahrer seines Landsmannes Pekka Mallinen (Ford Escort).

Punkt für Rosenheim

Tampere (sid) – Der Eishockey-Bundesligaklub SB Rosenheim gewann in der Finalrunde des Europapokals in Tampere den ersten Punkt. Der Deutsche Meister von 1982 erreichte in seinem zweiten Spiel gegen den finnischen Vertreter Tappare Tampere ein 3:3.

Doppelsieg für Klimke

Münster (dpa) – Dressur-Weltmeister Reiner Klimke (Münster) kam beim „Turnier der Sieger" im Grand Prix zu einem Doppelsieg. Klimke gewann in Münster mit Ahlerich (1773 Punkte) und belegte mit Pascal (1726) noch Platz zwei. Dritter wurde Jean Bemelmans (Krefeld) mit Angelino (1687).

Trampolin: Röh Zweiter

Ins (dpa) – Die deutschen Teilnehmer erreichten beim 25. Internationalen Trampolin-Wettkampf in Ins (Schweiz) zweimal den zweiten Platz. Bei den Herren mußte sich Jörg Röh (Hamburg) mit 101,30 Punkten nur von dem Japaner Kenji Iwamoto (102,60) geschlagen geben. Bei den Damen wurde Esther Lindenlaub (Villingen) mit 96,20 Punkten hinter der Weltmeisterin Ruth Schumann-Keller (Schweiz 98,90) Zweite.

Judo: Sieg für Schnabel

Leonding (dpa) – Der deutsche Schwergewichtsmeister Artur Schnabel (Mannheim) besiegte bei einem internationalen Judo-Turnier in Leonding (Österreich) im Finale den früheren Europameister Detlef Stöhr („DDR").

Fußballfans randalierten

London (sid) – Zum Auftakt der englischen Fußball-Saison kam es nach der 0:4-Niederlage von Birmingham City bei West Ham United in London zu schweren Ausschreitungen. Jugendliche schlugen in der Stadt auf wehrlose Passanten ein und richteten große Verwüstungen an. Insgesamt wurden 236 Personen festgenommen.

RUDERN / Weltmeisterschaft in Duisburg begann gestern mit Vorläufen

Peter-Michael Kolbe kam, sah und fuhr locker-leicht ins Halbfinale

dpa, **Duisburg**

Das Konzept des dreimaligen Skuller-Weltmeisters Peter-Michael Kolbe, durch einen Sieg im Vorlauf der 11. Ruder-Weltmeisterschaften in Duisburg das Semifinale ohne weitere Qualifikationen zu erreichen, ging auf. Gestern gewann der 30 Jahre alte, jetzt in Oslo lebende Hamburger Industrie-Kaufmann ohne große Mühe vor dem Amerikaner Christopher Wood, der mit einer deutlichen Länge Rückstand Platz zwei vor dem Griechen Kostas Kontomanolis belegte. Auf den weiteren Plätzen kamen Steven Redgrave (Großbritannien) und Tim McLaren (Australien) ein.

Peter-Michael Kolbe, der erst am Freitagabend in Duisburg eingetroffen war, hatte gehofft, zwischen heute und Freitag pausieren zu können, um die positiven Auswirkungen des Höhentrainingslagers in St. Moritz bis ins Finale am kommenden Sonntag wirken zu lassen.

Mit unterschiedlichem Erfolg für zwei Boote des Deutschen Ruder-Verbandes (DRV) der Bundesrepublik begannen die Weltmeisterschaften. Im Kampf der 805 Aktiven aus 31 Ländern in 233 Booten fuhr der Doppelzweier mit Agrikolaf Schmelz als Vorlaufssieger direkt ins Halbfinale während der Vierer mit Steuermann der Renngemeinschaft Mainz/Bonn/Hannover/Berlin nach einem enttäuschenden vierten Platz am Mittwoch in den Hoffnungslauf muß.

Der erst vor den nationalen Titelkämpfen im Juni in Köln neu zusammengestellte Doppelzweier mit dem letztjährigen Weltmeisterschafts-Vierer im Einer, Georg Agrikola (Germersheim), und dem nationalen Meister Andreas Schmelz (Eberbach), fuhr in seinem Vorlauf einen glatten Sieg vor der UdSSR, Frankreich und Großbritannien heraus. Für den Vierer mit Steuermann der Renngemeinschaft Mainz/Bonn/Hannover/Berlin reichte es dagegen nach den Erkrankungen im Höhentrainingslager St. Moritz bei kräftigem Gegenwind nur zu einem vierten Platz. Auf den letzten 50 Metern setzten sich die Boote aus Neuseeland, der UdSSR und der „DDR" von der Renngemeinschaft um Schlagmann Wolfgang Maennig knapp ab. Am Ende fehlte im am härtesten umkämpften Vorlauf lediglich eine halbe Sekunde.

Da sich in den gestern entschiedenen Männer-Bootsklassen im Vierer mit Stm., Doppelzweier und Zweier ohne Stm. (hier keine Beteiligung aus der Bundesrepublik) aufgrund der Meldezahl jeweils drei Boote aus jedem Vorlauf direkt für das Halbfinale qualifizierten, blieben Überraschungen weitgehend aus. Im Doppelzweier erreichte auch der vor dem Einer-Favoriten Peter-Michael Kolbe geflüchtete zweimalige finnische Olympiasieger Pertti Karppinen mit seinem Bruder Reima in der tagesschnellsten Vorlaufzeit sicher das Finale.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft, 1. Spieltag: Arsenal London – Luton Town 2:1, Aston Villa – West Bromwich Albion 4:3, FC Everton – Stoke City 1:0, Ipswich Town – Tottenham Hotspur 3:1, Leicester City – Notts County 0:4, Manchester United – Queen's Park 3:1, Nottingham Forest – FC Southampton 0:1, FC Sunderland – Norwich City 1:1, FC Watford – Coventry City 2:3, West Ham United – Birmingham City 4:0, Wolverhampton W. – FC Liverpool 1:1.

„DDR"-Oberliga, 3. Spieltag: Dynamo Berlin – FC Rot-Weiß Erfurt 3:3, Stahl Riesa – FC Hansa Rostock 3:1, FC Vorwärts Frankfurt/Oder – Wismut Aue 4:1, Chemie Leipzig – 1. FC Lok Leipzig 0:3, FC Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) – Chemie Halle 2:2, FC Carl Zeiss Jena – Dynamo Dresden 1:1, 1. FC Magdeburg – Union Berlin 5:0. – Die Tabellenspitze: 1. 1. FC Magdeburg 6:0 Punkte, 2. Lok Leipzig 5:1, 3. Vorw. Frankfurt/Oder 4:2.

BASKETBALL

Junioren-WM in Palma de Mallorca: Endrunde: Deutschland – Argentinien 76:79 (42:39), Spanien – USA 70:99 (37:44), Brasilien – UdSSR 79:100 (55:43).

EISHOCKEY

Europacup-Endrunde in Tampere/Finnland: ZSKA Moskau – SB Rosenheim 5:1 (4:0, 1:0, 0:1), Tappara Tampere – Dukla Iglau 3:3 (0:0, 2:2, 1:1), ZSKA Moskau – Dukla Iglau 3:1 (1:0, 0:0, 2:1), SB Rosenheim – Tappara Tampere 3:3 (1:1, 0:2, 2:0).

HOCKEY

Bundesliga, Damen, 10. Spieltag Gruppe Süd: Berliner SC – SC Brandenburg Berlin 2:4 (1:0).

Europameisterschaft, Herren in Amstelveen: Wales – Polen 0:1 (0:1), Irland – Österreich 4:0 (1:0), England – Schottland 2:1 n. V. (0:1, 1:1), Belgien – Frankreich 1:2 (1:1), Halbfinale: Spanien – UdSSR 2:4 (2:0), Niederlande – Deutschland 4:1 n. V. (1:1, 1:1).

RINGEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag: Gruppe West: TuS Aldenhoven – AC Goldbach 18:20, KSV Köllerbach – VfK Schifferstadt 19:19, KSV Witten – TKSV Bonn-Duisdorf 28,5:9. – Gruppe Süd: SV Hallbergmoos – KSV Wiesental 14:22, AV Reilingen – SV Freiburg-Haslach 26,5:9,5, ASV Urloffen – KSV Aalen 16:24, AV Freiburg-St. Georgen – SV Triberg 14:23.

TENNIS

Bundesliga, 5./6. Spieltag: Gruppe 1: Klipper Hamburg – ETUF Essen 4:5, TEC Waldau Stuttgart – TC Karlsruhe-Rüppurr 6:3, TC BW Neuss – RTHC Bayer Leverkusen 5:4. – Gruppe 2: LTTC Rot-Weiß Berlin – TC Amberg 3:6, TC Grün-Weiß Mannheim – TC Großhesselohe München 4:5, Iphitos München – TC Weiden 3:6.

RADSPORT

Bahn-Weltmeisterschaft in Zürich: Mannschaftsverfolgung, Finale: 1. Deutschland 4:19,03 Min. (Gölz, Günther, Marx, Strittmatter), 2. „DDR". – 5000-m-Profi-Verfolgung, Finale um Platz eins: 1. Bishop (Australien), 2. Dill-Bundi (Schweiz) nach 4 km eingeholt. – Verfolgung Damen, 3000 m: Finale: 1. Carpenter (USA) 3:52,31 Min., 2. Olavarri (USA) 3:52,48. – Tandem, Amateure, um Platz drei und vier: 1. Deutschland (Schmidtke/Giebken), 2. Holland (Pieters/Vrolijk) – Finale: 1. Frankreich (Depine/Vernet), 2. Tschechoslowakei (Kucirek/Martinek).

REITEN

„Turnier der Sieger" in Münster (national): Mächtigkeitsspringen: 1. Bettinger (Aegidienberg) Domlerche und Johannsmann (Steinhagen) Risiko je 4 Fehlerpunkte im 3. Stechen, 3. Wöckener (Lohmar) Geoffry 4 im 2. Stechen, 4. Hafemeister (Berlin) Anabelle und Supan (Borken) Lord je 0, nach dem 2. Stechen zurückgezogen; – S-Springen: 1. Snoek (Münster) Palma Nova 0 Fehlerpunkte/50,2 Sekunden. 2. Rüping (Itzehoe) Silbersee 0/50,5, 3. Bettinger (Aegidienberg) Miß Wüstenfee 0/51,3, 4. Wöckener (Brühl) Devil 0/55,6, 5. Gravemeier (Osnabrück) Platon 4/51,2, 6. Laudon (Brühl) Harlekin 8/55,5, alle im Stechen; – Dressur: Grand Prix Special: 1. Klimke (Münster) Ahlerich 1486 Punkte, 2. Klimke auf Pascal 1391, 3. Bemelmans (Krefeld) Angelino 1359, 4. Bröker (Gelsenkirchen) Hombre 1302, 5. Wolff (Warendorf) Vago 1300, 6. Balkenhol (Hilden) Aponti 1282.

SCHIESSEN

Deutsche Meisterschaften in München: Sportpistole, Großkaliber: 1. Reiniger (Stuttgart) 594 Ringe. – Kleinkaliber, Freie Waffe: 1. Riesterer (Pforzheim) 1170 Ringe, 2. Lind (Heilbronn) 1169, 3. Kistermann (München) 1166. – Schnellfeuerpistole: 1. Glock (Heidelberg) 593, 2. Weißenberg (Tiengen) 593. – Freie Pistole: 1. Beyer (Hegelsberg) 564. – KK-Standardgewehr: 1. Bierlinger (München) 585 Ringe (deutscher Rekord).

GOLF

Howard-Carpendale-Cup, 72 Löcher Ranglisten-Turnier des Deutschen Golflehrer-Verbandes in Recklinghausen (Standard und Par 72): 1. Gideon (St. Dionys) 71+75+73+74=293 Schläge; 2. Knauß (München) 70+76+76+74=296; 3. Gögele (Augsburg) 80+72+74+75=301; 4. Vollrath (Recklinghausen) 74+76+76+76=302; 5.–6. E. Theuuwen (Wegberg) 76+76+77+74=303 und Gartenmaier (Wien) 73+76+73+81=303.

SCHWIMMEN

16. Europameisterschaften in Rom, letzter Tag: Herren: 1500 m Freistil: 1. Salnikow (UdSSR) 15:08,84 Minuten, 2. Petric (Jugoslawien) 15:14,54, 3. Pfeiffer (Deutschland) 15:16,85 (DSV-Rekord). – 200 m Lagen, Finale: 1. Franceschi (Italien) 2:02,48 Minuten (Europarekord). – 4 x 100 m Lagen, Finale: 1. UdSSR 3:43,99, 2. Deutschland (Peter, Mörken, Groß, Schmidt) 3:44,79, 3. „DDR" 3:45,54.

Damen: 200 m Schmetterling: 1. Polit 2:07,82 Minuten (Europarekord), 2. Geißler (beide „DDR") 2:08,09 ... 7. Zindler 2:14,07, 8. Hasse (beide Deutschland) 2:14,18. – 200 m Rücken: 1. Sirch 2:12,05, 2. Zimmermann (beide „DDR") 2:13,36 ... 6. Schlicht (Deutschland) 2:15,42 (DSV-Rekord). – Synchronschwimmen, Gruppe: 1. England 168,342 Punkte, 2. Holland 163,577, 3. Deutschland (Hänisch, Scheller, Schubert, Feil, Lang, Hohlstein, Jorkisch) 159,381.

KANU

Deutsche Meisterschaften auf dem Baldeneysee in Essen: Herren (500 m): Einer-Kajak: 1. Seack (Hamburg) 1:46,37!, Einer-Canadier: 1. Eicke (Düsseldorf) 1:56,97. – Zweier-Canadier: 1. Eicke/Glaser (Düsseldorf) 1:47,88. – Herren (1000 m): Zweier-Kajak: 1. Schmidt/Kegel (Berlin) 3:21,38. – Einer-Canadier: 1. Eicke 4:15,09. – Damen (500 m): Einer-Kajak: 1. Schüttpelz (Essen) 2:01,20.

GALOPP

Mülheim (Ruhr): 1. Rennen: Arasteh (St. Eccles) vor Tap o. W., Daus und Borgenschütze, Toto: 40/17, 16, 14, ZW 216, DW 512, 2. Rennen: Oktant (E. Apter) vor Isarpolka und Alpengott, Toto: 36/11, 13, 11, ZW 260, DW 736, 3. Rennen: Safront (D. McCann) vor Newcomer und Fleetwood, Toto: 28/16, 22, 22, ZW 216, DW 532, 4. Rennen: Bardia (St. Wegner) vor Falarich und Cirk, Toto: 28/17, 38, 26, ZW 668, DW 6152, 5. Rennen: Birkboosh (R. Ulrich) vor Gollau und Dannel, Toto: 32/19, 26, 21, ZW 276, DW 1420, 6. Rennen: Indio Rico (K. Woodburn) vor Tremulit und Belasco, Toto: 40/14, 15, 19, ZW 132, DW 592, 7. Rennen: Sonnenwind (Manfr. Hofer) vor Welamus und Aprilgott, Toto: 156/22, 21, 16, ZW 2652, DW 7760, 8. Rennen: Limeira (O. Schick) vor Bestseller und Pedant, Toto: 28/13, 30, 21, ZW 328, DW 1456, 9. Rennen: Waldflora (S. Klein) vor Ausbund und Agathe, Toto: 72/19, 22, 17, ZW 480, DW 2812.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Mahwah/US-Bundesstaat New Jersey, Damen-Einzel, Halbfinale: Mandlikova (CSSR) – Benjamin (USA) 6:1, 6:3, Durie (Großbritannien) – Potter (USA) 4:6, 6:1, 6:0. – Doppel, Halbfinale: Durie/Walsh (Großbritannien/USA) – Kohde/Pfaff (Deutschland) 4:6, 7:6, 6:3. – Einladungsturnier in Jericho/New York, Herren-Einzel, Halbfinale: Gene Mayer (USA) – Lewis (Neuseeland) 6:2, 6:4, Günthardt (Schweiz) – van Patten (USA) 6:3, 6:2. – Turnier in Port Chester/New York, Herren-Einzel, Endspiel: Gerulaitis (USA) – Arias (USA) 6:3, 3:6, 6:2. – 102. US-Tennismeisterschaften in Flushing Meadow/New York, Qualifikationsturnier, Damen-Einzel, zweite Runde: Schropp (Deutschland) – Herreman (Frankreich) 4:6, 6:4, 7:6, Blackwell (USA) – Keppeler (Deutschland) 6:3, 2:6, 7:5.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 18, 19, 27, 41, 47, Zusatzzahl: 29. – Spiel 77: 0 6 3 0 5 1 7.

(Ohne Gewähr)

SCHACH / Hübner gegen Karpow – Erste Live-Übertragung im Fernsehen

Experten und Zuschauer am Ende ratlos

DW. **Bonn**

Etwa 50 000 Mark hat das Spektakel gekostet: Premiere für die Live-Übertragung eines Schachspiels am Samstagabend. Robert Hübner spielte gegen Weltmeister Anatoli Karpow und sagte selbst: „Ich mußte mich zusammenreißen, um nicht einzuschlafen." Der Weltmeister habe eine einfallslose Eröffnung gespielt. Das Spiel (Hübner: „Da war nicht viel los") endete remis.

Claus Span, zuständiger Redakteur der WDR-Abteilung Erwachsenenbildung, rechnet mit einer Sehbeteiligung von rund 2,5 Millionen Zuschauern, etwa 1000 Anrufe gab es im Studio während der Sendung. Auch im nächsten Jahr soll es eine derartige Sendung geben. Die Premiere ist auf alle Fälle einen Kommentar wert.

*

Nach dieser ersten Live-Übertragung einer Spitzen-Schachpartie wird es den Herren beim Westdeutschen Rundfunk hoffentlich zumute sein wie dem Ehepaar, das am Morgen nach der Gartenparty das zerschlagene Geschirr und den zertrampelten Rasen betrachtet: „Es war ja irgendwie toll, aber das nächste Mal laden wir nur die Hälfte ein."

Die Idee, an einem Abend 2½ Stunden lang über sämtliche 3. Fernsehprogramme eine Partie zwischen dem sowjetischen Schachweltmeister Anatoli Karpow und dem deutschen Matador Robert Hübner zu übertragen, die Züge gleichzeitig in einem Studio von Experten kommentieren zu lassen und dazu auch noch die Zuschauer zu telefonischen Fragen oder Vorschlägen zu animieren, hat etwas Faszinierendes. Aber wie die Leute alles nach dem Motto „Fernsehschach total" in einer überorganisierten Schau ertrinken ließen, wird bei vielen ahnungslosen Zuschauern nur die Meinung verstärkt haben, daß Schachspieler Spinner sind, denen man am besten etwas aus dem Wege geht.

Karpow und Hübner, in einer Glaskabine abgeschirmt, spielten eine relativ farblose Partie. Kein Wunder, bei 2½ mal weniger Bedenkzeit für die gesamte Partie als normalerweise für die ersten 40 Züge durfte keiner von beiden ein allzu großes Risiko eingehen. Natürlich war der Ausgang (Remis unter Ausnutzung der vollen Bedenkzeit inklusive einer atemberaubenden Endphase im Blitztempo) nicht vorher verabredet. Aber er paßte genau.

Das wäre nicht weiter schlimm gewesen. Auch dazu hätten die eingeladenen Kommentatoren Kluges und Lehrreiches sagen können. Aber es waren ihrer einfach zu viele. Drei Großmeister (Pfleger, Hecht und Hort), mehrere Bundesligaspieler, die gar nicht alle zu Wort kamen, der Ehrenpräsident und der Vizepräsident des Deutschen Schachbundes – Kamera und Moderator hetzten nur so von Tisch zu Tisch, Varianten flogen durch den Raum, nur noch die Experten unter den Zuschauern konnten dem folgen. Die anderen mögen sich mit dem erfreulichen Anblick der schönen Brigitte Cimarolli getröstet haben, die man extra aus Salzburg eingeflogen hatte. Sie spielt ein gescheites und respektables Schach, aber hier wirkte sie doch eher als lebendes Fernsehbeweisstück dafür, daß es auch beim Schach hübsche Mädchen gibt.

In diesem Durcheinander ist es verständlich, daß die Zuschaueranrufe den Partieverlauf teilweise besser vorhersagten als die prominenten Großmeister. Hätten Helmut Pfleger und Hans-Joachim Hecht Zeit gehabt, etwas mehr aufs Brett als in die Runde und in die Kamera zu schauen, hätten sie sicherlich rasch gesehen, warum Hübner im 18. Zuge nicht – wie die Kommentatoren es mit dem Zusatz, nun gerade der Weltmeister aber in eine sehr prekäre Situation, vorhersagten – den Turm auf das Feld d2 setzte. Nicht Karpow, sondern Hübner wäre sofort in Nachteil gekommen.

Auch die Ratlosigkeit der Kamera in der Endphase, als die Züge in Sekundenschnelle aufeinanderfolgten, war eine Folge der Überorganisation. Statt dem Zuschauer nun einen direkten Blick auf das Brett der beiden Kämpfenden zu gestatten, zeigte man nur die Gesichter der Kommentatoren, die sich andauernd dafür entschuldigten, daß es nun doch zu schnell gehe.

Der dicke Vlastimil Hort, einer der besten und zugleich witzigsten Schachspieler der Welt, traf ins Schwarze: Diese Partie werde wohl nicht in die Schachgeschichte eingehen. Aber, so sei hinzugefügt, vielleicht doch in die Fernsehgeschichte: als Anschauungsbeispiel, wie man es beim nächsten Mal besser machen kann.

JOACHIM NEANDER

Simmels erster Roman als TV-Verfilmung

Einer überlebt es nicht

„Mich wundert, daß ich so fröhlich bin", war der erste Roman des damals 21jährigen Johannes Mario Simmel. Er schrieb ihn unmittelbar nach Kriegsende, noch ganz unter dem Eindruck all des Furchtbaren, das geschehen war.

Die Geschichte: Im dreigeschossigen Keller eines alten Wiener Mietshauses treffen während eines Luftangriffs im März 1945 sehr unterschiedliche Menschen aufeinander. Einzig das alte Fräulein Reimann wohnt hier. Um sie nicht allein zu lassen, kommt der Priester Gontard her – wenn er nicht gerade bei Hinrichtungen Beistand leisten muß. Anna Wagner und ihre Tochter Evi haben sich den sicheren Keller ausgesucht; der Chemiker Walter Schröder, kriegswichtig beschäftigt, die junge Schauspielerin Riemerschmid und der desertierte Soldat Faber kommen zufällig vorbei. Das Haus wird getroffen, die Kellerinsassen werden verschüttet. Das Drama beginnt. Einer überlebt es nicht ...

Mich wundert, daß ich so fröhlich bin – ZDF, 21.20 Uhr

Der Autor Simmel über sein Erstlingswerk: „Es ist keine erfundene Geschichte. Ich habe die Personen und die Ereignisse allerdings verschlüsseln müssen. Doch so, wie es berichtet wird, hat sich alles abgespielt.

Damals gab es in Wien – und in ganz Europa – nur Kälte, Hunger, Not, Zerstörung, Trümmer und Tod; aber es gab auch noch etwas anderes, etwas Wunderbares, das uns alle verband: Hoffnung. Es gab die Hoffnung auf eine bessere Welt. Es ist dann alles ganz anders gekommen, als wir es uns erträumten. Darum bin ich so froh darüber, daß mein Roman nun für das Fernsehen verfilmt wurde."

Michael Kehlmann, fernseherprobter Regisseur (er inszenierte unter anderem „Johanna aus Lothringen", 1959; „Kasimir und Karoline", im selben Jahr; „Der jüngste Tag", 1961; „Einen Jux will er sich machen", auch 1961; und der „Tod des Handlungsreisenden", 1963, für den Bildschirm), hat das Simmel-Buch in einer Gemeinschaftsproduktion des Österreichischen Fernsehens ORF und des ZDF in Szene gesetzt. Er kennt den späteren Bestsellerautor noch aus seiner Zeit als Nachtredakteur und Feuilletonist bei der Zeitung „Welt am Abend", wo er, Kehlmann, nach eigenem Eingeständnis gelegentlich „naseweise Kritiken" schrieb.

Kehlmann erinnert sich: „Als ich Simmel kennenlernte, hatte er den Roman, den ich jetzt für das Fernsehen verfilmt habe, gerade fertig. Ich las ihn, war begeistert und wartete gespannt, so wie er, auf das Erscheinen des Buches. Es wurde sein erster durchschlagender Erfolg als Romancier."

Zu seiner TV-Adaptation der Geschichte erklärt Kehlmann folgendes: „Werktreue, was Handlung und Figuren betrifft (nicht jedoch, was den Schauplatz angeht, den ich bewußt größtenteils auf den Keller konzentriert habe, um innerhalb der vorgegebenen Zeit die größtmögliche Dichte und Spannung zu erzielen), stand dabei immer als wichtiges Gebot, das ich mir selbst gesetzt hatte, neben mir und über mir."

Und er fügt hinzu: „Simmel hat, so finde wenigstens ich, wunderbare Figuren geschaffen in diesem Roman, und die, wie ich meine, glückliche Besetzung muß mit Hilfe des Regisseurs all deren Besonderheiten, Eigenarten, deren Unverwechselbarkeit zum Leben erwecken. Ich war über die Schauspieler, die mir dabei zur Verfügung standen – jeder einzelne meine Wunschbesetzung –, sehr froh."

Tatsächlich wirkt die Liste der Darsteller beeindruckend: Vilma Degischer, Alexander Kerst, Gertraud Jesserer, Klausjürgen Wussow, Karlheinz Hackl und andere. DW.

Was war das für ein Brief?

Da habe ich doch vor Tagen im Fernsehen die Begegnung zwischen dem Mister McFarlane aus Amerika und dem ägyptischen Boß Mubarak gesehen. Sie saßen auf den Besuchsstühlen und sprachen miteinander, was so halt Politiker tun, wenn sie nicht schießen. Was sie sprachen, hörte man nicht, dafür erzählte ein Fernsehmensch, den man nicht sah, worum es sich handelte. Um Nahost, bitte schön. So weit, so gut.

Während die Herren jedoch mitten im Austausch ihrer gegenseitigen Interessen waren, griff der Mister in sein Sakko, mir erstarb das Blut in den Adern, griff also in die Jackett-Tasche und zog, ich atmete auf, einen dicken Brief heraus. Den übergab er dann straks dem ägyptischen Gastgeber. Ich dachte nun, und mit mir dachten Millionen der mit hoher TV-Kopfsteuer belegten Bürger, jetzt werde der unsichtbare Erklärer sagen, was es mit diesem Brief auf sich habe. Aber nein, er hatte wohl aus seinem Versteck hinter der Gardine die Übergabe nicht sehen können, jedenfalls – keine Erklärung.

Nun gut, dachte ich, der Tag ist lang und hat viele Nachrichtensendungen. So wartete ich Tages- um Tagesschau, heute um heute, aber keine Erklärung kam. Tage sind vergangen, Freunde rufen an, sag mal, weißt du, wie das mit dem Brief ... Ich gehe nur noch unwirsch zum Telefon. Die Nation will es wissen: Was ist das für ein Brief? Wer hat ihn geschrieben? Was steht drin? Warum wurde er übergeben? Warum hat man uns gezeigt, daß er übergeben wurde? Für 156 Mark jährlich darf man wohl eine Antwort verlangen dürfen. Schon für ein Drittel des Betrages kann man es telefonisch von Herrn McFarlane persönlich erfahren. Vorwahl: 001 202.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Szenen einer Alptraum-Ehe

Da gab es Szenen, die unter die Haut gingen, wenn auch Melodramatik die Tragik der Handlung manches Mal zu ersticken drohte: Burt Lancaster als Doc Delaney, der seine Probleme in Alkohol ertränkt, und Shirley Booth als seine Frau Lola, die ihren Seelennöten mit Hilfe von Träumen zu entkommen sucht und all ihre ungelebte Liebe auf ihren Hund Sheba überträgt. Das sind zwei Menschen, die nicht mehr die Kraft aufbringen, mit ihrem Leben aus eigener Anstrengung heraus fertig zu werden und in ihrer Verzweiflung sich gegenseitig das Leben zur Hölle machen.

Daniel Manns Verfilmung von William Inges Theaterstück **„Komm zurück, kleine Sheba"** (ARD) ist längst ein Leinwandklassiker. Für Burt Lancaster bedeutete dieser Film 1953 das Sprungbrett in andere Rollenfächer, als jene die man ihm bisher anvertraut hatte. Plötzlich galt er als dramatisches Talent und nicht länger nur als Idealbesetzung für Muskelmannpartien. Die größte Wirkung des Films aber ging auch heute noch, 30 Jahre nach der Erstaufführung dieser Szenen einer traumatischen Beziehung, von der Theaterschauspielerin Shirley Booth als Lola aus. Die Darstellerin erhielt für ihr Kino-Debüt 1954 den „Oscar". Sie spielte die Lola, für deren verzweifelte Suche nach Liebe und Geborgenheit der Hund Sheba Symbol und Opfer wird, mit einer Intensität, die ebenso ergreifend wie bedrückend war.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Start ins Glück
12.05 Umschau
12.25 Laßt die Kirche im Dorf
Religiöse Aspekte im ländlichen Raum
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
Das große Eselsrennen
16.10 Tagesschau
16.15 10° östlicher Länge (4)
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
17.20 Der Trotzkopf
5. Teil: Erste Liebe
Aus dem Trotzkopf ist eine junge Dame geworden. Nach Ende der Schulzeit geht es nach Haus, aufs elterliche Gut. Unterwegs macht Ilse noch einen Besuch auf Schloß Lindenhof, bei einem Freund ihres Vaters. Ilse genießt die Tage – und das liegt vor allem an Leo, dem Sohn des Hauses.
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Vom Webstuhl zur Weltmacht
Letzter Teil: Nichts unter der Sonne hat Bestand
Augsburg wird protestantisch. Der Kaiser droht, die abtrünnige Reichsstadt zu brandschatzen. Doch die Reformation ist nicht mehr aufzuhalten ... Anton Fugger ist alt und kraftlos geworden. Neffe Hans Jakob und Sohn Markus übernehmen die Firma. Aber die Jungen jonglieren so unbekümmert mit den ererbten Millionen, daß ein Abstieg nicht mehr aufzuhalten ist.
21.15 Alltag in Asien
Die Fischer von Initao
Film aus den Philippinen von Winfried Scharlau
21.45 Wir vier (2)
Musik-Show
22.30 Tagesthemen
23.00 Ein hübscher kleiner Strand
Französ. Spielfilm (1949)
Mit Gérard Philipe, Madeleine Robinson, Jean Servais, u. a.
Regie: Yves Allegret
00.30 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
Der Zauberer vom Mars
Flug in die 5. Dimension
15.45 Die Glasperlenkette
Russischer Jugendfilm (1978)
16.45 Ferienkalender
16.50 Der Wunschfilm (14)
Gewählt: Die Biene Maja
Das große Wettfliegen
17.15 Die kleinen Strolche
Wie man Filmstar wird
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Wagen 106
Hochwürden
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Country-Time mit Freddy Quinn
20.15 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Ich möchte nicht so leben wie meine Mutter ...
Wer die Beziehung zwischen Mutter und Tochter darstellen will, trifft auf sehr persönliche Lebensgeschichten, aber auch Verhaltensweisen, die eine große gesellschaftliche Bedeutung haben.
21.00 heute-journal
21.20 Mich wundert, daß ich so fröhlich bin
Mit Vilma Degischer, Alexander Kerst, u. a.
Regie: Michael Kehlmann
23.10 Barocke Zeiten
Rußland und Japan
In Rußland begann der Barock mit Kirchen, die Angehörige des Adels auf ihren Besitzungen bauen ließen. Barock auch in Japan? Erstaunlicherweise ja. Während des Barocks in Europa entstand dort eine mit dem Barock durchaus vergleichbare Kunst- und Lebensauffassung.
23.40 heute



Alexander Kerst, Vilma Degischer, Alexander Heinrich und Doris Meyer in dem TV-Film „Mich wundert, daß ich so fröhlich bin", um 21.20 Uhr im ZDF

FOTO: KÖVESDI

WEST

18.00 Weltspiegel für Kinder
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Maxi und Mini
18.30 Weltspiegel für Kinder
19.00 Mickey Rooney
Mickeys Basketballturnier
19.15 Die schönen Frauen

WEST/NORD/HESSEN

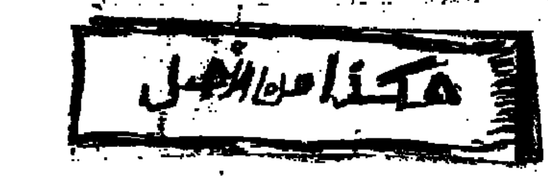
20.00 Tagesschau
20.15 Europa – wir und die anderen
Beispiel: Jugendarbeitslosigkeit
21.45 Wege zu Beethoven (10)
Mit Leonard Bernstein, Maximilian Schell und den Wiener Philharmonikern
Das Spätwerk Ludwig van Beethovens – ein „schwerer Brocken". Dazu gehört das Streichquartett cis-Moll op. 131. Die Aufnahme einer Streichorchester-Fassung, die heute auf dem Programm steht, hält Bernstein für eine seiner geglücktesten Beethoven-Interpretationen
22.45 Das Bild der Woche
„Goethe in der Campagna"
22.55 Letzte Nachrichten
Nur für NORD/HESSEN
23.00 Dallas
Auf Messers Schneide (2)

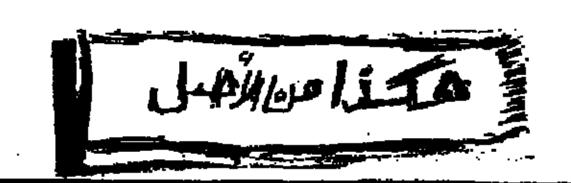
SÜDWEST

Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Angenehme Ruhe
20.20 Ferienreise am Bildschirm
Herbst in Karlsbad
Verblichener Glanz und sozialistischer Alltag eines berühmten Kurorts
21.05 Großer Vogel Mond
21.15 Dimido – Träume auf Reisen
Hinter dem Namen „Dimido" verbirgt sich ein Architekt, der sich den Spaß erlaubt hat, einen „Historischen Jahrmarkt" zusammenzustellen.
22.00 Dallas
Der verlorene Sohn

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Villa mit 100 PS
Amerik. Spielfilm (1954)
mit Lucille Ball, Desi Arnaz, Marjorie Main, u. a.
Regie: Vincente Minelli
20.35 Karl Valentin und Liesl Karlstadt
In der Apotheke
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Der Untergang der „Lusitania"
Dokumentation von Mike Wooller und Michael Grigsby
22.50 Rundschau





Pankraz, der Wühler und das Gleichgewicht

Eine grämliche Historikerriege scheint Einfluß auf die Bonner Politik zu gewinnen. Sprach man dort früher – wenigstens bei CDU/CSU – ganz selbstverständlich vom notwendigen Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, so redet man heute lieber vom „europäischen Gleichgewicht", in das die deutsche Frage eingebunden sei. Selbstbestimmung, so wird suggeriert, finde ihre Grenzen am „europäischen Interessenausgleich". Wer das nicht einsehe, sei ein „Nationalist" oder ein „Illusionist" und gefährde das westliche Bündnis.

Bei den Historikern, die in ihrer Sprache ja keine Rücksicht auf potentielle Wähler zu nehmen haben, liest sich das alles noch ungleich konkreter. Teils mit der Melancholie des „Realisten" (Hillgruber, Haffner), teils durchaus im Stil normativer Eiferer (Stürmer, v. Aretin) konstatieren sie, daß Deutschland in seiner Geschichte sehr viel häufiger Objekt denn Subjekt der Politik gewesen sei. Es war Dispositionsmasse bei den Entscheidungen seiner westlichen und östlichen Nachbarn, die von draußen ungeniert in die Belange des Reiches hineinregierten, sich deutsche Territorien aneigneten, deutsche Territorialfürsten bestachen und zu Landesverrätern machten. Das sei also der europäische Normalfall. Wer daran rüttle, gefährde das europäische Gleichgewicht in unerlaubter Weise.

Pankraz weiß natürlich, daß die Fakten von Hillgruber und Stürmer richtig wiedergegeben werden, aber er ist entschieden dagegen, daß heutige Politiker aus diesen Fakten voreilige und definitive Schlüsse ziehen. Sicherlich soll und darf man aus der Geschichte lernen, doch man darf sich nicht mit ihren negativen Resultaten abfinden. Deutschland als Dispositionsmasse ist ein solches negatives Resultat. Wir leben nicht mehr im Zeitalter herrscherlichen Gottesgnadentums, in dem sich niemand um die Sehnsüchte des Volkes kümmerte. Mittlerweile wird die Selbstbestimmung auch noch dem kleinsten afrikanischen Stamm zuerkannt; sie einzig und allein den Deutschen – aus welchen Gründen auch immer – prinzipiell zu verwehren bedeutet eine negative Privilegierung, die durch nichts gerechtfertigt werden kann, am allerwenigsten durch „europäisches Gleichgewicht".

Was ist das übrigens für ein Gleichgewicht, das hier an Stelle der Selbstbestimmung zum absoluten politischen Wert erhoben wird? Außer einem zwischen den Supermächten USA und UdSSR mühsam hergestellten und immer wieder gefährdeten, zur Zeit sogar eindeutig derangierten Gleichgewicht der atomaren Bewaffnung gibt es in Europa nichts, das sich auch nur annähernd die Waage hält. Die eine Hälfte lebt in Freiheit und ziemlichem Wohlstand, die andere ist versklavt und wird gewaltsam auf einem ökonomischen Status gehalten, der weit unter ihren natürlichen Möglichkeiten liegt. Nicht nur einem Teil des deutschen Volkes, sondern auch zahlreichen anderen ostmitteleuropäischen Völkern wird die Selbstbestimmung vorenthalten. Nichts stimmt mehr in diesem alten, ehemals so stolzen Europa.

Angesichts einer solchen Lage im Stile Hillgrubers von einer „deutschen Hegemonialstellung" im Falle nationaler Selbstbestimmung zu sprechen und gar noch seine Politik an einer derartigen Chimäre auszurichten zeugt von sanftem Aberwitz. Im Grunde steht hinter dem wichtigtuerischen Gerede vom „Gleichgewicht" nicht Realpolitik, sondern der Verzicht auf Politik überhaupt. Es ist nur der aus der Helmut-Schmidt-Ära allzu bekannte Jalta-Fatalismus, der sich ein neues, schickes Mäntelchen umgehängt hat. Empfohlen wird, um des lieben Friedens willen alle Grenzen, Herrschaftssysteme und Unterdrückungsverhältnisse ausdrücklich anzuerkennen und darauf zu hoffen, daß es irgendwann einmal „von allein" besser wird.

„Die Geschichte wird auch in Europa weitergehen", sagte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß kürzlich in einem WELT-Interview. Das ist zweifellos richtig, aber Strauß relativierte seine Einsicht sofort wieder, indem er neben dem Krieg auch gleich die Revolution als ein Vehikel historischer Veränderung in Europa ein für allemal ausschloß. Nichts soll hier mehr von unten kommen, weil das nur zu „Chaos" und Verlusten führe, alles soll der Kabinettspolitik einiger großer Zampanos und Neo-Metterniche überlassen werden, die die Sache schon befriedigend richten würden.

Dabei wird eindeutig der Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht. Die Weltgeschichte und speziell die europäische Geschichte ist kein Paradegaul, der gehorsam auf Kabinettsordres reagiert, sondern ein „Wühler", eine Art Riesenmaulwurf, der seine unkonventionellen Gänge besonders gern in den schnurgerade abgezirkelten Gärten der politischen Kabinette gräbt. Die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc" war solch ein Gang, sie kam allen Kabinettshengsten in Ost und West gründlich in die Quere. Weitere Gänge werden früher oder später auch anderswo zutage treten, auch in Deutschland, das weder im Positiven noch im Negativen aus Europa herausfällt.

Bonner Ost- und Deutschlandpolitiker wären gut beraten, wenn sie sich lang- und mittelfristig auf Überraschungen „von unten" einstellten. Dazu gehört, daß sie sich nicht in erster Linie als Waagemeister des Interessenausgleichs verstehen, sondern als Anwälte der eigenen Interessen, daß sie die Sehnsüchte und berechtigten Hoffnungen der eigenen Klientel artikulieren und würdig vertreten. Nur so können sie vielleicht einst ein wirklich neues Kapitel in der Geschichte Deutschlands und Europas eröffnen, das nicht auf Hegemonie und Überwältigung, sondern auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründet ist.

Pankraz

Ein Schotte im Wien der Jahrhundertwende – Die Kunstausstellungen der 37. Edinburger Festspiele

Warum soll Schönheit praktisch sein?

Während der Mann im Priesterrock mit dem Schild „Der heiße Schotte" seine Seele zu Ehren Gottes in den Dudelsack bläst, sich Pantomimen und Stelzenakrobaten auf der Straße produzieren und in jeder verfügbaren Halle und Kirche der Stadt die internationalen Theater- und Musikgruppen, die „Fringe", ihr buntes Programm ausbreiten, hat sich der Kern des diesjährigen 37. Festivals von Edinburg ein zentrales Thema vorgenommen: das Wien der Jahrhundertwende. Also frönt man in Ausstellung, Theater, Konzert und Oper österreichischer Glorie, Dekadenz und ihrer gelegentlichen Abkanzelung. Vor allem im „Nationalmuseum für Altertümer" wird mit der nicht sehr großen, doch wohl ausgewählten Schau „Wien um 1900" diese Epoche in ihren Ambitionen und Wandlungen mit Gemälden, Skulpturen, Zeichnungen und Graphiken, mit Medaillen, Schmuck, Möbeln, Fotografien und Plakaten illustriert.



Schuf Bilder traumatischer Visionen: Der Komponist Arnold Schönberg, gemalt von Richard Gerstl, aus der Edinburger Ausstellung
FOTO: HISTORISCHES MUSEUM WIEN

Schotten und Wiener verband um die Jahrhundertwende ein besonderes künstlerisches Verhältnis. Schottische Jugendstilkünstler erregten seinerzeit mit ihren farbintensiven und phantasievollen Bildern großes Aufsehen. Vor allem der Glasgower Architekt Charles Rennie Mackintosh beeindruckte im Jahre 1900 in der Wiener „Secession" nachhaltig mit seinem „Schottischen Raum". Die „Fine Art Society", nur wenige Schritte von Nationalmuseum entfernt, hat dieses Ambiente der kühlen Eleganz von dunkel gebeizten oder weiß gestrichenen Möbeln vor schlicht weißen Wänden rekonstruiert. Dieser Raum läßt nachfühlen, warum seinerzeit die Studenten, als Mackintosh Wien besuchte, seine blumengeschmückte Kutsche im Triumphzug zum Ausstellungsgebäude zogen. Solchen Enthusiasmus konnte Mackintosh seinen Schotten nie entlocken.

In vier Sektionen bieten sich die k. u. k. Reminiszensen dar. Als majestätischer Grüß-Gott-Onkel empfängt in der ersten Abteilung „Das Kaiserreich" die blendend weiße *Marmorbüste des schnauzbärtigen* Kaisers Franz Joseph. Wien, wie es lebt, wie es tanzt, wie es malt und baut, wird in Kunstwerken und Dokumenten veranschaulicht. Ein anerkannter Architekt wie Otto Wagner z. B. war für die Wiener Stadtbahn zuständig; nebenbei entwarf er nägelbeschlagene Möbel und phantastische Modelle für Gebäude, die nie ausgeführt wurden.

In weißgekacheltem Raum wird anschließend die „Wiener Secession" inszeniert, in der Künstler nicht nur gegen den akademischen Muß rebellierten, sondern auch die Barrieren zwischen Kunst und Kunstgewerbe beseitigten und den Austausch mit der Kunst des Auslands suchten. Gustav Klimt ließ sich sichtlich von der morbiden Linienkunst des Engländers Aubrey Beardsley inspirieren, während Josef Hoffmann oder Joseph Olbrich die britischen Entwerfer wie Charles Robert Ashbee und eben Mackintosh mit ihrer strengen Eleganz, die den sensuellen Schwung der Jugendstillinie bereits mit strikter Geometrie zügelten, begeisterten. Als die „Wiener Werkstätten" ins Leben gerufen wurden, holte man sich jedenfalls Rat bei den Briten. Da wurde alles, was zu gestalten war, rigoros durchstilisiert: Bücher, Plakate, Keramik, ganze Häuser mit ihren Inneneinrichtungen bis zum Besteck und dem Gewand der Hausfrau samt darangehefteter Brosche. Die Prinzipien waren streng ästhetisch: Mackintoshs rassige Stühle mit ihren weit hochgezogenen Sprossenlehnen brachen oft unter menschlichem Gewicht zusammen, und auch das schönlinige Besteck diente kaum dazu, einen Tafelspitz problemlos aufzuspießen.

Die Reaktion auf dieses radikale Diktat erfolgte bald durch Künstler – wie den Architekten Adolf Loos –, die für das Einfache und Praktische plädierten, oder durch die expressiven Temperamente, die den Nerv der Zeit bloßlegten, wie Schiele, Kokoschka oder der junge Richard Gerstl, der mit 25 Jahren Selbstmord beging. Vielseitigkeit war die Parole: Komponisten malten, Maler dichteten. So sind in Edinburg auch Gemälde von Arnold Schönberg zu sehen, seine traumatischen „Visionen", seine verschwommenen Gesichter mit den nachtdunklen Augenhöhlen werden gezeigt. Daneben hängen die Porträts, die er von seinem Schwager, dem Komponisten Alexander von Zemlinsky oder Alban Berg malte. In der letzten Abteilung schließlich wird gezeigt, wie man auf der Wiener Opernbühne Wagners „Gesamtkunstwerke" zu verwirklichen trachtete. (Bis zum 25. September).

Und damit nicht nur Auge und Ohr, sondern in gewisser Weise auch der Geschmack auf ihre Kosten kommen, präsentieren die Rothschilds (die für den Wein zuständig sind) in der Königlich Schottischen Akademie ihre künstlerisch gestalteten Weinettiketten, für die sie Maler wie Chagall, Braque, Mirò und andere gewinnen konnten. Und daneben plazierten sie einige der schönsten Beispiele aus ihrer eindrucksvollen Sammlung von Augsburger Weingefäßen des Barocks (bis zum 10. September).

Beim genaueren Hinsehen stellt sich heraus, daß die Edinburger ihr Wien-Thema doch nicht so genau nahmen. In der dahinterliegenden „National Gallery" sind die schottischen Viktorianer zu bewundern, die an Erzählfreude und Sentimentalität ihren Kollegen in London um keinen Pinselstrich nachstanden (bis 2. Oktober). Im „City Art Center" stellt der Amerikaner Arthur Sackler seine eindrucksvolle Sammlung altperuanischer Keramik und Skulptur vor, während im oberen Stock der Österreicher Friedensreich Hundertwasser den Schotten zum erstenmal seine farbfreudigen Arbeiten und Weltverbesserungsideen präsentiert.

Jenseits der Straße in der „Fruitmarket Gallery" toben heftigere Gemüter. In den wandfüllenden farbigen Wirbelstürmen des „wilden" Italieners Sandro Chia schweben muskulöse Menschen wie aufgeblasene Ballons und scheint es ständig zu zischen und zu knattern. Chia nimmt in deftigen Allegorien die Kunstgeschichte auf den Arm, während der Deutsche Jörg Immendorf auf kleinerem Format, doch nicht minder heftig tiefsinnigere „Beschwörungen" und „Weltfragen" artikuliert (bis 17. September). Und damit ist man wiederum beim Hauptthema, der Weltverbesserung durch die Kunst, die wortgewaltig allabendlich mit Karl Kraus' Weltuntergangsprosa „Die letzten Tage der Menschheit" von der Bühne donnert.

HEIDI BÜRKLIN

Weniger Uraufführungen, noch mehr Klassiker – Eine Vorschau auf die kommende Theatersaison

Mit Dürrenmatts „Physikern" in den heißen Herbst

Franz Kafkas Roman „Der Prozeß" ist zweimal gültig für die Bühne bearbeitet worden: Von André Gide und *Jean-Louis Barrault* zum einen und zum anderen, aus ganz anderen Erfahrungen schöpfend, von Jan Gossmann, der einmal das Prager Theater am Geländer leitete. „Das Schloß", Kafkas anderen Roman, hat dessen Freund Max Brod in eine schlüssige szenische Fassung gebracht. Wer freilich hofft, die deutschen Theater könnten sich zum 100. Geburtstag des irritierenden Erzählers auf einen dieser Texte besinnen, wird enttäuscht: Nur ein einziges Mal gibt es den „Prozeß" in der kommenden Spielzeit auf einer deutschen Bühne; offenbar kannte man das Werk nur an den *Kammerspielen in* Paderborn.

Unsere Theater, soeben aus dem Goethe-Jahr heraus, haben eben etwas gegen „Pflichtübungen". Man half sich mit Matineen – schließlich fiel der Gedenktag am 3. Juli auf einen Sonntag –, lediglich das Schauspielhaus Düsseldorf kündigt „Die Verwandlung" an, die der englische Schauspieler und Regisseur Steven Berkoff dramatisierte. In der Provinz, in Wilhelmshaven und Lübeck, und dort, wo man noch immer ideologisches Theater macht – also bei Hansgünther Heyme in Stuttgart –, greift man zum „Neuen Prozeß" von Peter Weiss, der auf Kafkas vieldeutige Rätsel eine eindeutige Antwort wußte.

Es verwundert nicht weiter, daß man ebendort auch Heinar Kipphardts letztes und so fragwürdiges Stück vorhat, „Bruder Eichmann", von dem renommierte Theater längst die Finger lassen. Nur Utzerath in Nürnberg spielt es, Karlsruhe und – eigenartig – auch Bogdan Denk in Braunschweig.

Antworten auf aktuelle Fragen suchen die Bühnen in bewährten Werken, den Arbeitslosenstücken des Ödön von Horváth vor allem – „Kasimir und Karoline" oder „Glaube Liebe Hoffnung" gibt es mehrfach. Einige wenige Dramaturgen glauben noch, Dürrenmatts Farce „Die Physiker" hätte mit der Diskussion um Atomkraft zu tun. Nur das rührige Schloßtheater in Celle will die Mahnungen verbreiten, die Max Frisch in seiner „Chinesischen Mauer" formulierte und zudem zu einem grandiosen Theaterspektakel gestaltete.

Brecht, der noch vor Jahren – gemeinsam mit Shakespeare – an der Spitze der Spielplan-Statistik stand, ist ziemlich zurückgefallen. Wohl weil sich herumgesprochen hat, daß Dreigroschen-Weisheiten und griffige Formeln – „Ändert die Welt, sie braucht es!" – nicht allzuweit tragen. *Gewiß, „Mutter Courage" ist zum* Klassiker geworden, zwei Häuser spielen den „Guten Menschen von Sezuan". Ansonsten setzt man auf das Frühwerk, auf „Im Dickicht der Städte" vor allem, und auf „Leben Eduards des Zweiten". Auch Ibsen, vor wenigen Jahren noch zur Denun*ziation bürgerlicher Untugenden aus*erkoren, fehlt fast ganz, nicht anders geht es Gerhart Hauptmann.

In der Statistik ist der erste Rang längst von gehobener Unterhaltung übernommen worden – man sieht es an Peter Shaffers „Amadeus", der allerorten Triumphe feierte. Alan Ayckbourns „Treppauf treppab" war der Renner der Saison 1981/82, in Österreich – verblüffend! – das „Omelett Surprise" des Axel von Ambesser. Die Theater haben gar keine Wahl: Das Publikum will es so, sie richten sich darauf ein. Nur Jean Anouilh, ein rechtes Fressen fürs Parkett wie für Schauspieler und Regisseure, kennen die Dramaturgen nicht.

Weil aber Kant dekretierte, die Kunst beschäftige sich mit dem Ernsten und Schweren – als wäre das Leichte nicht das Schwerste! –, kommen in Überzahl Klassiker in die Spielpläne. Shakespeare also, vor allem die Komödien – es gibt einen wahren „Sommernachtstraum"-*Boom!* –, *Schiller und Kleist (bis zur* „Familie Schroffenstein" in Wuppertal). Molière gibt es weniger, Hebbel kaum, Büchner ganz vereinzelt, Strindberg überhaupt nicht – und da wäre so vieles zu entdecken!

Doch mit Entdeckerfreuden hapert es. Unsere Bühnen müssen sparen – *da gibt es harte Auflagen* –, *deshalb* greifen sie wieder zu den tantimefreien Klassikern. Uraufführungen fehlen zwar nicht. Nur ist ihre Zahl wiederum erheblich kleiner als im Vorjahr. Und auch dann bevorzugt man bekannte Namen: Thomas Bernhard, Botho Strauß, Tankred Dorst, Wolf*gang Bauer, schließlich Jörg Graser*, der vor drei Jahren mit dem meisterlichen „Irrenwärter" („Witwenverbrennung") Aufsehen erregte.

Kein Edward Bond indes, nichts Neues von Kroetz. Es muß allerdings auffallen, daß die Theater mehrfach zu seinen ausgemacht guten Frühwerken greifen, zu „Stallerhof" und „Wildwechsel". Und das – nachgespielt zu werden, statt Uraufführungs-Eintagsfliegen zu produzieren –, das hat sich der Franz Xaver Kroetz schon lange gewünscht.

KATHRIN BERGMANN

Film: New York City Girl

Im Medium entschwindet der Mensch



Ob es bei uns auch einmal dahin kommen wird, daß ein junger Filmemacher gleich seinen ersten Film mit professioneller Lässigkeit präsentiert? In Amerika passiert es immer wieder, und Susan Seidelmans „New York City Girl" fand gleich so viel Anklang, daß der Film im vergangenen Jahr entgegen ursprünglicher Absichten sogar im Wettbewerb der Festspiele von Cannes gezeigt wurde. Daß der Film die bescheidene Produktionssumme von 100 000 Dollar aus einem staatlichen Filmförderungsetat bekam, gibt ihm hierzulande noch eine ganz eigene Pikanterie. Denn die Tatsache, daß er ein Stück Alltag abbildet, tut seinem Unterhaltungswert keinen Abbruch.

Susan Seidelman zeichnet sensibel das Porträt eines jungen Mädchens aus der Provinz, daß sich in New York den Traum von der großen Popmusik-Managerkarriere erfüllen will. Doch dahinter scheint mehr auf. Es ist das Psychogramm einer Generation, die in der Medienkultur großgeworden ist, aber nie gelernt hat, wie man mit Menschen umgeht, mit sich selbst und mit den anderen. Die beständig in Gefahr schwebt, die Wirklichkeit mit dem Wunsch zu verwechseln. Die nicht warten kann und dabei beständig über die eigenen Füße stolpert. *Und am Ende dann* vor einer unerwarteten Pleite steht.

Diese Wren (bemerkenswert in dieser Rolle: Susan Berman) ist eigentlich ein Psycho-Monster. Nach außenhin cool, aufgekratzt und ausgebufft, erscheinen ihr als perfekter Egoistin die Menschen nur dann von Interesse, wenn sie ihr von Nutzen sein können. Zum Beispiel Paul (Brad Rinn), der nette Junge aus der Provinz, der immer herhalten muß, wenn es ihr gerade schlecht geht. Oder Eric (Richard Hell), der schon einmal eine Schallplatte gemacht hat und Wren verspricht, mit ihr in Los Angeles eine Band aufzumachen. Pech für Wren, daß Eric genauso denkt wie sie und am Ende der Ausgebufftere ist.



Das Porträt einer perfekten Egoistin: Susan Berman in der Titelrolle FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

So steht schließlich Wren vor einem Scherbenhaufen, und wenn man sich eine leichte Schadenfreude auch nicht verkneifen kann – Paul, der Genas führte, war doch so nett –, ist immerhin deutlich geworden, daß Wrens Egoismus nicht aus Bösartigkeit, sondern aus Hilflosigkeit herrührt, daß sie wohl auch gerne geben und nicht nur nehmen würde, hätte man ihr nur einmal die Chance gegeben, mit ihren Gefühlen in der Realität zu leben. Ein kleines ausgefeiltes Psychogramm, das Susan Seidelman da auf Anhieb gelungen ist.

SVEN HANSEN

„Politische Emigration und literarische Gegenwart" – Exil-Literaten trafen sich in Eichholz

Nur wer die Freiheit achtet, bleibt glaubwürdig

Duplizität der Ereignisse: Während sich Mitglieder des Exil-PEN-Clubs der deutschsprachigen Länder sowie zahlreiche weitere Exil-Autoren in Eichholz bei Bonn zu ihrem Jubiläumskongreß (das Zentrum wurde vor 30 Jahren gegründet) und zu einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Fachtagung „Politische Emigration und literarische Gegenwart – Exilliteratur im deutschsprachigen Raum" zusammenfanden, lösten die Warschauer Machthaber nicht nur den polnischen Schriftstellerverband, sondern auch den Vorstand des polnischen PEN-Zentrums auf. So hatte sich wieder einmal konkret und hochaktuell bestätigt, was der Ehrenpräsident des Exil-PEN-Clubs, der aus Rumänien stammende ungarische Schriftsteller K. G. Werner, in seiner Eröffnungsrede in die Worte faßte: „Jeder Schriftsteller, der mundtot gemacht oder ins Exil vertrieben wird, entlarvt die Unfähigkeit der Macht zur Humanität und Freiheit."

Der 83jährige Werner, der zweimal – zuerst von Nationalsozialisten, dann von den Kommunisten – ins Exil verbannt wurde, erinnerte daran, daß in der Bundesrepublik Schriftsteller *aus 15 Ländern aller* Kontinente ihre neue Heimat gefunden hätten. „Daß viele Exilanten die deutsche Sprache als eine freie Sprache gebrauchen können, ist ein Beweis dafür, daß wenigstens in einem Teil dieses Landes die Tyrannei des Fanatismus und der Dummheit überwunden wurde."

So wie K. G. Werner ging auch der amtierende und auf der Tagung in Eichholz als Präsident des Exil-PEN-Clubs bestätigte Publizist Rudolf Ströbinger in seinem Referat über das Selbstverständnis des Exilliteraten auf die für jeden Autor lebenswichtige Frage des Friedens in Freiheit ein. Werner erklärte, daß trotz aller Entspannungsbemühungen des Westens der Grundwiderspruch zwischen Diktatur und Menschenrechten noch nicht verschwunden sei. Ströbinger befaßte sich in seinen Ausführungen speziell mit den „Friedensgesprächen" der Autoren aus West und Ost.

Ein Schriftsteller, meinte Ströbinger, der die Freiheit des Geistes und des Schaffens genieße, müßte, um glaubwürdig zu sein, von seinem östlichen *Gesprächspartner zunächst* einmal verlangen, daß dieser, bevor er allgemein über den Frieden spreche, sich für die Freiheit seiner inhaftierten Kollegen einsetze. Die „Friedensbemühungen" von Autoren wie Kant, Kozak, der sowjetischen offiziellen Schriftsteller seien, solange sie zur Unterdrückung der Menschenrechte in ihren Ländern schwiegen, ja, sie oft sogar noch guthießen, unglaubwürdig.

Die Tagung in Eichholz entwarf im übrigen ein sehr vielfältiges Gemälde der literarischen Aktivitäten im Exil. *Hubertus Prinz zu Loewenstein*, Vorsitzender des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA), sprach über die deutsche Literatur im Exil 1933 bis 1945. Eine lebhafte Diskussion entstand über die Frage, ob es heute im Westen überhaupt einen Markt für Exilliteratur gebe. Hier kam es zu interessanten Kontroversen zwischen dem Verleger York Seewald und dem Verlagsleiter des Kölner Bundverlags, Tomas Kosta, der ebenfalls zur Emigration aus dem Osten gehört.

Interesse fanden auch Beiträge über „Exilschriftsteller und neue Medien" (Dr. Stukenbröker von der Verlagsgruppe Bertelsmann) und über die Literaturförderung in der Bundesrepublik. Das Bundeskanzleramt hatte zu einem speziellen Empfang eingeladen, wo Staatsminister Jenninger über Grundzüge der Ostpolitik der Bundesregierung referierte. Bei einer Autorenlesung im Rheinischen Landesmuseum in Bonn, an der unter anderem Eva Hay, Lucian Grigorowitsch, Gabriel Laub und Witold Wyrpsza teilnahmen, konnte sich die Öffentlichkeit mit neuen Werken der Exilautoren vertraut machen.

Mit entschiedenem Protest verurteilten die Mitglieder des Exil-PEN-Clubs der deutschsprachigen Länder in drei Resolutionen die Verfolgung ihrer Kollegen in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Um ihre Sympathie zu unterdrückten Autoren zu bekunden, wurden der vietnamesische Schriftsteller Duy Lam und Mauricio Rosencoff Silvermann aus Uruguay, die beide in Haft gehalten werden, zu Ehrenmitgliedern des Exil-PEN-Clubs ernannt.

ANDREAS WILD

JOURNAL

Deutsch-chinesischer Schriftstelleraustausch

dpa, Paderborn

Vom nächsten Jahr an soll es jährlich zwei deutsch-chinesische Schriftstellertreffen geben. Mit dieser Vereinbarung endete eine 14tägige Konferenz chinesischer und nordrhein-westfälischer Literaten und Übersetzer, die die rheinisch-westfälische Auslandsgesellschaft (RWAG) in Paderborn organisiert *hatte. Die Konferenz diente vor al*lem dem Abschluß der Redaktionsarbeiten an zwei Anthologien, die bis zum Jahresende erscheinen sollen, eine Auswahl der deutschen zeitgenössischen Literatur von 70 Autoren aus der Bundesrepublik, die in rund 50 000 Exemplaren in China gedruckt wird, und einer deutschen Sammlung der aktuellen chinesischen Literatur.

Protest-Telegramm des FDA an Jaruzelski

dpa, Bonn

Der „Freie Autorenverband" hat in einem Telegramm an Ministerpräsident Jaruzelski gegen das Verbot des Schriftstellerverbandes und des PEN-Clubs in Polen protestiert. „Wir fordern Sie auf, die Freiheit der Betätigung unserer polnischen Kollegen wiederherzustellen", heißt es darin. Jaruzelski möge aus dem deutschen Schicksal die Erkenntnis gewinnen, daß eine gewaltsame Unterdrückung des freien Geistes nur um so sicherer zum Sieg der Freiheit und zum Untergang totalitärer Herrschaft führe.

Für die Restaurierung des Gettos ausgezeichnet

M. v. Z. Venedig

Der jüdischen Gemeinde Venedigs wurde jetzt ein Preis des italienischen Ministeriums für Kulturgüter zugesprochen. Damit wird die gelungene Restaurierung des Gettos anerkannt. Es wurde 1516 gegründet und war das erste in Europa. Sein Name leitet sich daher, daß den Juden Venedigs, die dem Stadtpatriarchat zu reich und zu mächtig geworden schienen, ein Quartier zugewiesen wurde, das bis dahin der Eisenverhüttung gedient hatte. Das Dialektwort für Metallfluß „Gheto" gab dann der Siedlung den Namen. Die jahrelangen Restaurierungsarbeiten waren zusätzlich von der Stadt, der Denkmalspflege und zwei amerikanischen Komitees unterstützt worden.

Alte Illustrationen zu Wagners Opern

DW. München

Zwölf Kupferstiche mit Illustrationen zu den Opern Richard Wagners, die Ferdinand Leeke um 1880 schuf, hat jetzt der Verlag Blanc + Haenle in München in einer limitierten Auflage von den alten Platten abgezogen. Die Kupferstiche stammen aus dem Besitz des Verlages Franz Hanfstaengl, dessen Kupferhandpressendruck-Abteilung von dem neuen Verlag übernommen wurde. Dazu gehört auch die Portrat-Galerie, die einst wesentlich zur Bekanntheit des Hanfstaenglschen Unternehmens beigetragen hatte. Blanc + *Haenle wollen auch künftig* Handabzüge von alten Kupferplatten aus diesem Fundus (u. a. von Defregger, Kaulbach oder Künstlern der zwanziger und dreißiger Jahre) anbieten.



Lohengrin, Schlußszene des 3. Aktes, von Ferdinand Leeke
FOTO: BLANC + HAENLE

Neue Zahlen über Deutsch in Ungarn

-ly, Budapest

Regelmäßigen Deutschunterricht hatten im Schuljahr 1982/83 in Ungarn 83 648 Grund-, Berufs- und Oberschüler; 4805 Hörer studierten an den Universitäten Germanistik. Bei der Volkszählung 1980 gaben *372 032 Bürger an, deutsche, 130 809* russische und 114 354 englische Sprachkenntnisse zu besitzen. Ungarn hat rund 10,5 Millionen Einwohner.

Wetzlars Phantastik-Preis für den „Märchenmond"

T. L. B. Wetzlar

Den in diesem Jahr erstmals verliehenen „Phantastik-Preis der Stadt Wetzlar" hat das Autorenehepaar Wolfgang und Heike Hohlbein für sein Fantasy-Jugendbuch „Märchenmond" zuerkannt bekommen. *Der Preis, der mit 2500 Mark dotiert* ist, wird am 3. September im Rahmen der „3. Wetzlarer Tage der Phantastik", die vom 2. bis 4. September mit Diskussionen, Lesungen und Aktionen stattfinden, überreicht.





Auch gestern noch waren viele Straßen, wie hier in der Innenstadt von Santander (Foto links), überflutet. Nach stundenlangen Wolkenbrüchen hatten sich manche Straßen in regelrechte Sturzbäche verwandelt, wie ein Bild aus Bilbao zeigt (Mitte). Freiwillige Helfer mußten auch am Samstag noch Tausende von Menschen, die durch die Fluten von der Umwelt abgeschnitten worden waren, bergen. FOTOS: AP

Die Sintflut kam über das Baskenland: 32 Tote

dpa, **Madrid**

Mindestens 32 Menschen kamen ums Leben, als am Wochenende das spanische Baskenland und angrenzende Provinzen im Wasser versanken. Wolkenbrüche und Gewitter führten in den Provinzen Guipuzcoa, Vizcaya, Alava, Santander, Burgos und Navarra zu den größten Überschwemmungen in Nordspanien seit Menschengedenken. Wegen der chaotischen Zustände ist noch ungeklärt, wieviele Todesopfer die Katastrophe letztlich gefordert hat. Die Behörden sprachen gestern von 32 Toten, davon fünf im französischen Teil des Baskenlandes, wo die Fluten zwei Campingplätze bei St.-Jean-de-Luz mit sich rissen und 15 Campingwagen ins Meer spülten. Etwa 20 Menschen wurden jedoch gestern noch vermißt. Auch das Ausmaß der Schäden ist bislang nicht abzuschätzen.

Die Lage im Katastrophengebiet entspannte sich erst gestern leicht, nachdem die Regenfälle nachgelassen hatten. Das spanische Königspaar und Regierungschef Felipe González brachen ihren Urlaub ab und besuchten die Überschwemmungsgebiete. Die sintflutartigen Regenfälle mit Wassermengen bis zu 400 Litern pro Quadratmeter in 24 Stunden hatten bereits am Freitag eingesetzt und 48 Stunden angehalten. Sämtliche Flüsse traten über die Ufer, Dutzende von Ortschaften wurden vom Wasser eingeschlossen. Brücken stürzten ein, die Strom- und Wasserversorgung ist unterbrochen. Eisenbahnlinien und nahezu alle Straßen sind wegen Überflutung unpassierbar.

In der schwer betroffenen Hafenstadt Bilbao mit rund 500 000 Einwohnern stieg das Wasser fünf Meter hoch. Bilder aus dem Katastrophengebiet zeigen ein unbeschreibliches Chaos in braunen Wasserfluten: Schlamm, Berge von Trümmern, Autowracks, eingestürzte Häuser und Brücken, bis zum zweiten Stockwerk im Wasser stehende Gebäude und unterspülte Straßen.

Die Rettungsarbeiten mit allen verfügbaren Kräften der Armee, Polizei, Feuerwehr, des Roten Kreuzes und von Freiwilligen wurden durch die Unterbrechung fast aller Zufahrtswege und starke Sturmböen erschwert. Die Marine setzte vier Zerstörer zur Versorgung des Baskenlandes mit Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten ein.

Große Lkw-Konvois der Streitkräfte mit Nahrungsmitteln, Decken und anderen Gütern wurden von Madrid und Saragossa aus in Bewegung gesetzt. Hubschrauber retteten mehr als 400 Menschen von Hausdächern, aus Baumkronen und von eingeschlossenen Hügeln. Zwei Männer der Guardia Civil kamen bei Rettungsarbeiten in den Fluten um.

In der Landwirtschaft gibt es größte Schäden. Tausende von Tieren ertranken in den Fluten. Manche Dörfer wie Llodi in Nordalava wurden nahezu vernichtet. Guernica blieb drei Tage lang von der Außenwelt abgeschnitten. Erdrutsche, Geröll und umgestürzte Bäume behinderten auch gestern noch den Verkehr.

Tausende gestrandeter spanischer, deutscher und französischer Touristen, die in ihren Autos ausharren mußten oder in Notunterkünfte gebracht wurden, konnten erst gestern ihre Fahrt fortsetzen. An den Grenzübergängen gab es kilometerlange Stauungen. Während auch der Zugverkehr sich langsam wieder normalisierte, waren die Telefonverbindungen und die Stromversorgung immer noch unterbrochen. Die Regenfront wanderte weiter nach Westen und Süden und erreichte gestern Asturien, wo vorbeugend Notmaßnahmen getroffen worden waren.

Die Überschwemmung im Baskenland ist die schwerste von drei Katastrophen dieser Art in Spanien in weniger als einem Jahr. Im Oktober 1982 war die Region um Valencia und Alicante von schwersten Überflutungen betroffen, bei denen 39 Menschen ums Leben kamen. Im November letzten Jahres forderten Überschwemmungen in Katalonien, Andalusien und Huesca elf Menschenleben.

Internationales Wattenmeer-Konzept gefordert

AP, **Frankfurt**

Zur Rettung der letzten natürlichen Lebensräume vor der dramatisch um sich greifenden Umweltzerstörung haben am Wochenende Umweltschutzorganisationen der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Die Umweltstiftung World Wildlife Found, Deutschland, forderte auf ihrem dritten internationalen Wattenmeertag in Cuxhaven ein internationales Konzept zur Erhaltung des 450 Kilometer breiten Wattenmeeres an den Nordseeküsten der Bundesrepublik Deutschland, Dänemarks und der Niederlande. Der Bund Naturschutz legte in München einen Katalog von Forderungen zum Bodenschutz vor.

Die Umweltschutzminister der drei norddeutschen Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein setzten sich auf dem Wattenmeertag für ein vollständiges Verbot der Verklappung (Einleitung schädlicher Industrierückstände) in der Nordsee ein. Nach Angaben des Ministerialdirigenten im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dietrich von Hegel, kann ein Verklappungsverbot jedoch nur erlassen werden, wenn die beteiligten Unternehmen dies wirtschaftlich verkraften können. Die Staatssekretärin im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, Hedda Meseke, kündigte an, daß noch in diesem Jahr die Kabinettsvorlage für den geplanten Nationalpark Wattenmeer fertig werde.

Nach den Angaben des Naturschutzbundes verringert sich durch Bebauung die Waldfläche in der Bundesrepublik Deutschland jeden Tag um elf Hektar, die landwirtschaftliche Nutzfläche um 140 Hektar und das Gartenland um 13 Hektar. Elf Prozent der Fläche seien heute schon überbaut. Der Bund forderte an erster Stelle eine flächenschonende Siedlungs- und Verkehrspolitik. An zweiter Stelle wird die „Entsiegelung" aller Flächen verlangt, die nicht unbedingt asphaltiert oder betoniert sein müssen. Hinterhöfe sollten begrünt, Feld- und Waldwege nicht asphaltiert und statt Asphaltdecken Rasengittersteine verwendet werden.

Bester Freund

dpa, **London**

Die Briten haben bei einer Meinungsumfrage nach ihrem „besten Freund" auf dem europäischen Kontinent mit großem Abstand Deutschland an erster Stelle genannt: 27 Prozent entschieden sich in einer vom „Sunday Telegraph" veröffentlichten Gallup-Umfrage für die Deutschen. Erst dann folgen Franzosen (neun Prozent) und Holländer. 1968 hatte Deutschland bei einer gleichen Umfrage erst zwölf Prozent erhalten.

Bei „Gerangel" erschossen

dpa, **Köln**

Bei einer Auseinandersetzung mit einem Polizeibeamten ist ein 26 Jahre alter Radfahrer in Wesseling bei Köln erschossen worden. Nach Angaben der Polizei sind nähere Einzelheiten des Vorfalles noch ungeklärt. Man gehe davon aus, daß der Beamte, der noch nicht vernommen worden sei, bei einem „Gerangel" seine großkalibrige Waffe „vor dem Zugriff" des angetrunkenen Radfahrers habe schützen wollen und „dabei der Schuß gefallen" sei. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung ein.

Mordserie

dpa, **New York**

Eine Ende Juni in Joliet (US-Bundesstaat Illinois) und Umgebung begonnene Serie von mysteriösen Morden reißt nicht ab. Am Wochenende wurde die blutüberströmte Leiche einer älteren Frau von einem Zeitungsträger in ihrer Wohnung gefunden. Sie ist das 17. Mordopfer in Joliet in zwei Monaten.

Tod in der Achterbahn

dpa, **Neuss**

Eine 37 Jahre alte Besucherin des Schützenfestes in Neuss/Rhein ist am Wochenende aus einer fahrenden Achterbahn zu Tode gestürzt. Die Frau war aufgestanden und hatte übermütig gewinkt, als die Wagenkette die höchste Stelle der Anlage erreichte. Während der Wagen in die Tiefe raste, verlor die Frau den Halt.

Zufalls-Fang

SAD, **Miami**

Als sie einem liegengebliebenen Autofahrer beim Starten seines Lieferwagens helfen wollten, entdeckten zwei Polizisten des Staates Florida den Grund, warum der Fahrer so unheimlich nervös war. Im Inneren des Kleinbusses lagen schön verpackt 500 Pfund Kokain im Wert von 20 Millionen Dollar (rund 52 Millionen Mark).

Ehrung in Venedig

dpa, **Venedig**

Vier Tage lang wird in Venedig die schwedische Filmschauspielerin Ingrid Bergmann geehrt. Unter dem Motto „Tribute to Ingrid" versammeln sich in der Lagunenstadt internationale Filmstars, um an ihre am 29. August 1982 verstorbene Kollegin zu erinnern.

Der Ärger Italiens mit den lieben Gästen

Deutsche nutzen den schlechten Ruf für Betrügereien

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Mit unverhohlener Schadenfreude verzeichnet und kommentiert die italienische Presse in diesen Tagen die Verhaftung von elf deutschen Urlaubern im idyllischen Malcesine am Gardasee. Die Anklage lautet in allen Fällen auf Betrug. Die Beschuldigten hatten im Verlauf der letzten Tage bei der Polizei oder den örtlichen Carabinieri-Kommandos Anzeige gegen Unbekannt wegen Diebstahls erstattet. Malcesine, seit jeher ein beliebtes Ferienziel der Deutschen, bekam dadurch praktisch über Nacht einen ausgesprochen miserablen Ruf. Der romantische Ort hatte nie zuvor eine solche Häufung von Eigentumsdelikten zum Schaden der teuren Gäste aus Deutschland erlebt.

Da war etwa Peter L. (23) aus Bad Tölz und dessen Ehefrau, die das Verschwinden eines Surfbrettes beklagten. Oder Professor Johann F. und sein Reisegefährte, der Student Michael Franz-Josef H., die unbekannte Diebe beschuldigten, wertvolle Radio- und Stereogeräte aus ihrem Mercedes entwendet zu haben. Und sogar ein Polizeibeamter, Ulrich H. (33), schimpfte auf das italienische Diebsgesindel, weil seiner Frau in der Pizzeria die Handtasche gestohlen worden sei.

Opfer erfundener Anschläge

Den Carabinieri kam diese Lawine von Diebstählen allerdings nicht geheuer vor. Sie gingen den einzelnen Fällen nach und entlarvten die betrügerischen Urlauber, die sich als Opfer erfundener Anschläge auf ihr Eigentum hingestellt hatten, um Schadensersatzansprüche bei ihren Versicherungsgesellschaften stellen zu können.

Eine große Mailänder Zeitung berichtete über diese inzwischen fast beliebte Art des Betruges unter der sechsspaltigen Überschrift „Das neue deutsche Hobby: Ferien auf Kosten der Versicherung". Ein anderes Blatt erinnert daran, daß im vergangenen Jahr zwei Deutsche ihre schon recht betagten Autos im Gardasee versenkten, um einen Unfall vorzutäuschen und so ihre Versicherung übers Ohr zu hauen.

Ersatz für entgangene Amore

Überhaupt benutzt die italienische Presse die Gelegenheit, um voller Ironie die eingefleischte Überzeugung vieler Deutscher zu geißeln, die in Italien das Land der Diebe und Betrüger sehen. Wie die Vorfälle am Gardasee und anderswo zeigten, seien nicht immer die bösen Italiener am rätselhaften Verschwinden des Urlaubereigentums schuld. Zur rechten Zeit kommen da auch Meldungen aus Rom, nach denen auch in der italienischen Hauptstadt die Zahl der Eigentumsdelikte in dieser Urlaubssaison entscheidend zurückgegangen ist.

Eine neapolitanische Zeitung berichtet im Zusammenhang mit den seltsamen Eskapaden deutscher Urlauber auch über den außergewöhnlichen Fall einer (nicht namentlich genannten) Touristin aus Germania, die den Rechtsweg gegen ihre Reiseagentur beschritten habe. Sie forderte Schadensersatz, weil das versprochene Abenteuer mit einem „Latin Lover" während ihres Italien-Urlaubs ausgeblieben war.

LEUTE HEUTE

Lancaster operiert

Der amerikanische Filmschauspieler **Burt Lancaster** ist fünf Stunden lang am offenen Herzen operiert worden. Lancaster, der im November 70 Jahre alt wird, geht es, nach Auskunft seiner Ärzte im Sinai-Krankenhaus in Los Angeles, den Umständen entsprechend gut. Die vierfache Bypass-Operation sei erfolgreich verlaufen.

Schwimmender Palast

Eine märchenhafte Privatjacht geht in Southampton ihrer Vollendung entgegen. Das von König **Fahd** von Saudi-Arabien in Auftrag gegebene Schiff „Abdul Aziz" kam im Rohbau aus Dänemark und wird in Southampton für rund 40 Millionen Mark veredelt.




Die vertraglich zu Verschwiegenheit verpflichteten Vospers-Facharbeiter rüsten das Schiff unter anderem mit Hubschrauberdeck, Swimmingpool, mehreren Saunas, einem Krankenhaus samt Intensivstation, Badewannen aus Marmor mit goldenen Wasserhähnen und kugelsicherem Glas aus.

Vertrags-Rekord

Die „**Rolling Stones**" haben einen Weltrekord gebrochen. In Paris unterzeichnete das Rock-Quintett einen Vertrag mit der US-Plattenfirma CBS Records, der ihnen für insgesamt vier Alben 28 Millionen Dollar einbringen wird. Den bisherigen Weltrekord hielt der Sänger **Kenny Rogers** mit einem 20-Millionen-Dollar-Vertrag mit RCA Records für fünf Alben.

Vier Jahre Gefängnis für deutsche Piloten

Schnellgericht sah Waffenschmuggel als erwiesen an

E. ANTONAROS, **Athen**

Zu je vier Jahren und einem Monat Gefängnis hat ein griechisches Schnellgericht in der Stadt Saloniki (Nordgriechenland) zwei deutsche Piloten wegen Waffenschmuggels verurteilt. Friedrich Keim (50) aus Göttingen und Friedhelm Kuhnick (33) aus Bremerhaven waren am vergangenen Mittwoch festgenommen worden, als in einem Flugzeug, mit dem sie nach Kairo weiterfliegen wollten, 8,5 Tonnen Waffen und Munition – darunter 45 sowjetische SAM-Raketen – gefunden wurden.

Auch nach der Verurteilung der beiden Deutschen, die bis zuletzt beteuerten, von der Ladung nichts gewußt zu haben, herrscht Unklarheit über den Absender und die Abnehmer der Waffenmengen. Vor dem Gericht in Saloniki gaben die beiden Piloten an, den Auftrag erhalten zu haben, die Maschine über Kairo nach Sri Lanka (Ceylon) zu fliegen. „Uns war gesagt worden, daß sich in den Kisten Ersatzteile befanden", sagte Keim. Neben den SAM-Raketen hat die griechische Polizei in 257 Kisten knapp 300 000 Gewehrgeschosse, 350 Raketen anderer Art und 1350 Gewehrmagazine gezählt.

Tip durch anonymen Anruf

Die Maschine der im afrikanischen Staat Liberia eingetragenen Fluggesellschaft „Coastal Liberian World Airways" mußte am 19. Juli, aus Ost-Berlin kommend, wegen eines Schadens in Saloniki zwischenlanden. Damals war sie nicht durchsucht worden, weil – so ein Flughafensprecher – „solche Zwischenlandungen absolut normal sind".

Die beiden Piloten wären mit der vollbeladenen Maschine möglicherweise auch unkontrolliert weitergeflogen, hätte die Polizei nur ein paar Stunden vor dem Abflug einen anonymen Anruf nicht erhalten. „Seht mal in die Maschine rein, es gibt eine Menge Waffen", sagte der Unbekannte und legte auf.

Als ihren Auftraggeber identifizierten die beiden Piloten einen angeblich von Frankfurt aus operierenden Geschäftsmann mit dem Namen Wolf Wohlmuth. Keim: „Er hatte den ersten Flug sogar mitgemacht." Seither hat Keim Wohlmuth nicht mehr gesehen. Wohlmuth soll die „Caravelle" auch gechartert haben.

Ein Funke hätte gereicht...

Recherchen der griechischen Polizei ergaben allerdings, daß die liberianischen Zivilluftbehörden bereits am 21. April 1983 diese Maschine mit einem Fernschreiben an die Internationale Behörde für Zivilluftfahrt abgemeldet hatten. Dazu ein Richter: „Die beiden Piloten flogen sozusagen in einer Piratenmaschine, die nicht die geringsten Sicherheitsvorschriften berücksichtigte. Ein Funke hätte gereicht, um die Stadt Saloniki in die Luft zu jagen."

Das Gericht ging davon aus, daß die von den beiden Piloten vorgelegten Frachtbriefe und Flugpläne irreführend sind. „Es war nicht festzustellen, an wen die Waffen und die Munition geliefert werden sollten, weil der gezielte Versuch unternommen wurde, alle Spuren zu verwischen", heißt es in der Urteilsbegründung. (SAD)

Himalaja-Riesen wurden „gestutzt"

AFP, **Kathmandu**

Nepalesische Geometer haben jetzt einen stillen Wunsch von Alpinisten in aller Welt erfüllt – sie maßen alle Gipfel des Himalaja nach. Zugleich stellten die nepalesischen Behörden einen Katalog auf, in dem die Berge in vier Kategorien für Bergsteiger – oft nach dem Recht auf „Erstbesteigung" – eingeteilt wurden.

Insgesamt 72 von 122 „Riesen" des höchsten Gebirges der Erde wurden auf ihre „richtige" Höhe herauf- oder herabgesetzt. Einzig der Mount Everest (auf tibetanisch Tschomolungma) blieb unangetastet: Jeder Zoll der 8848 Meter des Königs der Berge bleibt unbestritten. Dagegen büßten einige seiner „Nachbarn" mehr als einen halben Kilometer ihrer bisher offiziellen Höhe ein: so der Nala Hankar 573 Meter und der Gyalzen 554 Meter. Die Höhe des Bhrikuti wurde um 356 Meter, des Ohmi Kangri um 100 Meter, des Baruntse um 91 Meter und der Südgipfel des Annapurna um 54 Meter herabgesetzt. „Zuwachs" verzeichneten nach den neuen Messungen der Cho Oyu mit 48 Metern, der Lhotse Tsar mit 17 Metern, der Lhotse/Schwestergipfel des Mount Everest mit fünf Metern und die „Killer"-Spitze des Manaslu mit sieben Metern.

Bei der eher juristischen Klassifizierung nach dem Recht auf Besteigung fallen in die erste Klasse die bisher unbezwungenen Gipfel an der tibetanisch-nepalesischen Grenze. Diese Berge waren in den letzten zwei Jahren aus eher politischen Gründen „tabu". Nach der Korrektur der Grenze zwischen Nepal und Tibet („autonome Region" der Volksrepublik China) sind sie jetzt besteigbar. Nepal behält sich allerdings das Recht vor, daß die wichtigsten dieser Berge als erste von nepalesischen Expeditionen bestiegen werden oder zumindest von Mannschaften, denen wenigstens drei Nepalesen angehören. Zu dieser ersten Berg-Gruppe gehören 18 Berge, darunter der 7952 Meter hohe Gyachung im Gebiet des Mount Everest und der 6062 Meter hohe Malakankar in Nordwest-Nepal.

Zur zweiten Berg-Gruppe, die von ausländischen Teams bestiegen werden dürfen, nachdem sie von nepalesischen Expeditionen oder solchen mit Teilnehmern aus Nepal bereits „erobert" wurden, gehören elf Berge, die weiter als diejenigen der ersten Klasse von der Grenze entfernt sind, darunter der 8482 Meter hohe Kanchanjunga und der 6808 Meter hohe Bobaye.

Die dritte Gruppe, zu der mehrere Achttausender gehören, umfaßt 76 Gipfel, die offenbar allen Expeditionen offenstehen. Hierzu gehören unter anderem: der Hauptgipfel des Kantschantunga (8586 Meter), der Lhotse (8516), der Yalung Kang (8505), der Makalu (8463), der Dhaulagiri (8167), der Manaslu (8163), der Annapurna (8091), der Kanbanchen (7903) und der Jannu (7710). In der vierten Kategorie schließlich sind 18 „kleinere" Gipfel aufgeführt, die zum „Trecking" freigegeben wurden, darunter immerhin auch noch Sechstausender wie der Chulu (6584) in West-Nepal.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hoch über den Britischen Inseln lenkt trockene und zunehmend warme Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Heiter, im Süden sonnig und durchweg trocken. Höchste Temperaturen zwischen 23 Grad C im Norden und 28 Grad C in Süddeutschland. Nachts klar und Abkühlung auf 14 bis 10 Grad C. Schwacher bis mäßiger, an der Küste anfangs frischer Nordostwind.

Weitere Aussichten für Dienstag:

Sonnig, auch im Norden wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	29°
Bonn	21°	Kopenh.	20°
Dresden	20°	Las Palmas	23°
Essen	18°	London	17°
Frankfurt	21°	Madrid	21°
Hamburg	18°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	26°
München	24°	Moskau	12°
Stuttgart	23°	Nizza	22°
Algier	25°	Oslo	19°
Amsterdam	17°	Paris	21°
Athen	32°	Prag	22°
Barcelona	22°	Rom	25°
Brüssel	19°	Stockholm	17°
Budapest	26°	Tel Aviv	30°
Bukarest	25°	Tunis	30°
Helsinki	15°	Wien	24°
Istanbul	25°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.30 Uhr, -untergang: 20.14 Uhr. **Mondaufgang:** 23.03 Uhr, -untergang: 13.48 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Zehn Pfennig für ein Kilo Baudenkmal

AFP, **Brüssel**

Zum Kilopreis von 2,50 belgischen Franc – rund zehn Pfennig – ist in Belgien eines der berühmtesten Architekturbeispiele des Art Nouveau, das 1899 vollendete Brüsseler „Volkshaus", verramscht worden. Die in ihre Einzelteile zerlegten Eisenkonstruktionen, Gitter und Verzierungen wanderten auf unbekannte Schrotthalden. Eine Rekonstruktion des Baus, der von dem belgischen Architekten Victor Horta (1861–1947) stammt, ist nach Meinung von Fachleuten völlig ausgeschlossen. Der Skandal wurde erst offenbar, als die Spuren des einstigen „Volkshauses" nicht mehr zu verfolgen waren.

Das „Maison du peuple", ein Zeit- und Stilgenosse des Eiffelturms und des Pavillon Baltard in den inzwischen abgerissenen Pariser Hallen, gehörte zu den schönsten Beispielen des Art Nouveau, zu dessen wesentlichen Vertretern Horta zählte. Typisch für den Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Stil sind die Verwendung von Eisen, Glas und der Einsatz von Farbe, von weichen Linien und asymmetrischen Formen.

Der Bau, den Experten für ein Meisterwerk der modernen Architektur halten, starb seinen ersten Tod bereits vor 18 Jahren. Damals wurde Brüssel „provisorische Hauptstadt" der Europäischen Gemeinschaft. Ganze Stadtteile wurden zu Baustellen, auf denen die neuen Bürotürme für die EG aus dem Boden gestampft wurden. Für Spekulanten taten sich ungeahnte Möglichkeiten auf, die historische Bausubstanz zog dabei den Kürzeren.

Das „Maison du peuple" wurde im Herzen der Brüsseler Altstadt von der Belgischen Arbeiterpartei errichtet. Es war ein Treffpunkt des europäischen Sozialismus. Doch weder seine geschichtliche Bedeutung noch seine bauliche Schönheit vermochten Hortas Werk zu retten: Die großen Glasflächen, die Fassade mit den schön geschwungenen Eisenteilen, die Galerien, Säle und auch das Café wurden für den Schaufelbagger freigegeben. An seiner Stelle erhebt sich seither ein anonymer Betonklotz.

Hätte nicht der Horta-Schüler Jean Delhaye, der seit 40 Jahren um die Erhaltung der Werke seines Meisters kämpft, damals durchgesetzt, daß die Einzelteile des „Maison du peuple" numeriert und aufbewahrt werden, wäre das Art-Nouveau-Juwel damals schon auf Nimmerwiedersehen verschwunden. So aber, unter dem energischen Einsatz Delhayes, bestand bis vor kurzem noch Hoffnung, das Horta-Haus eines Tages originalgetreu wieder aufbauen zu können. Steine, Eisenträger, Balken und Verzierungen wurden 18 Jahre lang erst in einem Schuppen in einem Brüsseler Park, dann auf einem unbebauten Gelände gelagert.

Vor kurzem dann überraschten Polizisten zufällig ein paar Schrotthändler dabei, wie sie Eisenträger und Metallteile auf Lastwagen luden. Sofort angestellte Nachforschungen ergaben: Ein Gauner, der sich als Eigentümer des kunsthistorisch bedeutsamen Alteisens ausgab, hatte das „Maison du peuple" Stück für Stück für den absurden Preis von zwölfeinhalb Pfennig pro Kilo verkauft. Als die Sache aufflog, war der größte Teil dessen, was einst ein architektonisches Meisterwerk war, bereits unter den Schneidbrenner gekommen und dann mit unbekanntem Ziel auf Lastkähne verladen worden.

„Die wichtigsten Teile des Gebäudes, vor allem die Träger und Stützkonstruktionen, sind für immer verloren. Es ist ausgeschlossen, das Haus eines Tages zu rekonstruieren", lautet das Fazit Jean Delhayes.

ZU GUTER LETZT

„Wie man mit zwei Klappen eine Fliege schlägt". Überschrift einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur.